09/2015

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

INTERVIEW

Hans J. Schelling im KOMMUNAL-Interview

Seite 22

KOMMUNALMESSE

Zukunftsforen beleuchten Gemeindethemen

Seite 74

FAG-Verhandlungen unter der Lupe

Eine ernüchternde Zwischenbilanz der Finanzausgleichsverhandlungen 2015 zeigt auf, was bisher nicht geschah.

Seite 14

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032902 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

www.vw-nutzfahrzeuge.at

Der neue Transporter. Das Original.

Als vor über 65 Jahren der Entwurf für einen kompakten Lieferwagen entstand, brachte Volkswagen Nutzfahrzeuge die Bedürfnisse von Profis auf den Punkt. Es war der Grundstein einer Idee, die seitdem mit jeder Transporter Generation an Professionalität und Vielseitigkeit gewinnt. Der neue Transporter ist vollgepackt mit Innovationen, die dort Lösungen bieten, wo es im täglichen Einsatz wichtig ist. Diese Professionalität findet sich auch im modernen Erscheinungsbild wieder. Präzise Linien und Kanten machen den Transporter jetzt unverkennbar zu einem technischen Vorreiter.

Das Original. Für Ihre hohen Ansprüche.

Jetzt mit bis zu
€ 1.500,–[1)]
Unternehmerbonus

€ 1.000,–[2)]
bei Finanzierung über die Porsche Bank

Nutzfahrzeuge

1) Bei Kauf eines neuen Transporter erhalten Sie bis zu EUR 1.500,– Unternehmerbonus. Erhältlich für Unternehmer mit gültiger UID-Nummer bei Kauf und Anmeldung bis 31.12.2015 bzw. solange der Vorrat reicht. 2) Bonus bei Porsche Bank Finanzierung, Mindestlaufzeit 36 Monate, Mindest-Nettokredit 50 % vom Kaufpreis. Gültig für Unternehmerkunden bis 30.11.2015 (Datum Kaufvertrag und Finanzierungsantrag). Nicht gültig für Sonderkalkulationen für Flottenkunden. Boni sind inkl. MwSt. und NoVA und werden vom unverb. empf. Listenpreis abgezogen. Nähere Infos bei teilnehmenden VW Betrieben. Symbolfoto.
Verbrauch: 5,7 – 9,4 l/100 km. CO_2-Emission: 149 – 220 g/km.

KOMMENTAR

DAS JAHR DER **BEWÄHRUNG**

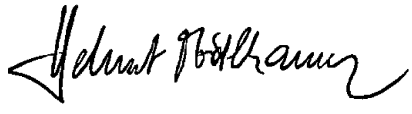
Die Gemeinden sind das stabile Rückgrat Österreichs. Das bestätigen jetzt sogar so manche Wirtschaftsforscher, die bisher die Gemeinden immer als lästiges und teures Anhängsel der Länder bezeichneten.

„DIE GEMEINDEN HABEN DIE IMMER SCHWIERIGER WERDENDEN **AUFGABEN BISHER MIT BRAVOUR GEMEISTERT**, WAS ABER NICHT BEDEUTEN KANN, DASS SIE NOCH MEHR BELASTET WERDEN KÖNNEN.“

Wenn der Vorsitzende des Staatsschuldenausschusses Bernhard Felderer bei den Kommunalen Sommergesprächen in Bad Aussee den Gemeinden das beste Zeugnis der Republik ausstellte, gleichzeitig aber weitere Reformen einmahnte, dann zeigt das, dass jetzt die Bedeutung der Gemeinden nicht nur von den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch immer mehr von den Experten erkannt wird. Immerhin haben die Gemeinden im vergangenen Jahr wieder etwas geschafft, wovon andere Gebietskörperschaften nur träumen können, nämlich einen Überschuss erwirtschaftet und gleichzeitig über 300 Millionen Schulden abgebaut. Dies fand in den Medien kaum Erwähnung, weil es eben nicht in das Bild passt, das man tagtäglich den Menschen vorgaukelt, dass die Gemeinden zu teuer und reformbedürftig seien. Die Gemeinden haben die immer schwieriger werdenden Aufgaben bisher mit Bravour gemeistert, was aber nicht bedeuten kann, dass sie noch mehr belastet werden können. Teilweise stehen sie bereits mit dem Rücken zur Wand, ein Drittel aller österreichischen Kommunen kämpft mit Abgängen.

Im heurigen Jahr ist die Einnahmenentwicklung sehr positiv, weil einige Vorzieheffekte aus der Steuerreform spürbar werden. Das kann aber nicht hinwegtäuschen, dass wir im kommenden Jahr nicht nur durch die Steuerreform gewaltige Einbußen bei den Einnahmen, sondern auch enorme Steigerungen im Sozialbereich (Stichwort Mindestsicherung) haben werden. Das Jahr 2016 wird nicht nur wegen der Verhandlung über einen neuen Finanzausgleich, sondern vor allem wegen der weiter aufgehenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben das Jahr der Bewährung werden.

Geht es nach dem Willen des Finanzministers, dann wird es im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen zu einer Neuordnung der Aufgaben und Vereinfachung der Geldflüsse kommen. Ein Ziel, das der Österreichische Gemeindebund seit Jahren einfordert und beweist, dass die Gemeinden nicht Reformverweigerer, sondern Reformtreiber sind. Das werden wir beim 62. Österreichischen Gemeindetag am 10. und 11. September in Wien eindrucksvoll unter Beweis stellen. Für eine lebenswerte Zukunft brauchen wir gesunde Gemeinden!



HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

In wenigen Tagen starten die Kommunalmesse und der Österreichische Gemeindetag auf dem Messegelände in Wien. Besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen das heuer erstmals stattfindende Zukunftsforum der Gemeinden. Dabei möchten hochrangige Expertinnen und Experten mit Ihnen darüber diskutieren, wie die Gemeinde von morgen gestaltet wird.
Im Mittelpunkt der Gespräche werden drei Zukunftsforen der Standortpolitik stehen, nämlich die Bereiche „Infrastruktur und Technologie", „Servicequalität und Bürgernähe" und „Gesundheit".
Die Eröffnungsansprache wird Infrastrukturminister Alois Stöger halten. Teilnehmer sind unter anderem Staatssekretärin Sonja Steßl, der Chef des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Peter McDonald, und der aus der ORF-Reihe „Science-Busters" bekannte Physiker Werner Gruber, der nicht nur durch umfassendes Wissen brilliert, sondern auch immer einen guten Spruch auf Lager hat.
Neben dem fächerübergreifenden Wissensaustausch bietet das Kommunal Zukunftsforum auch viel Gelegenheit zum Netzwerken und zum Gespräch mit Menschen, die sich über die Zukunft von Österreichs Gemeinden Gedanken machen. In diesem Sinne freue ich mich, Sie auf der Kommunalmesse und beim Zukunftsforum begrüßen zu dürfen.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunalverlag

/ab 50

Sonderbeilage Kommunale Sommergespräche

Heuer stand die Zukunft des ländlichen Raums in Bad Aussee auf dem Programm – Ein Sonderbericht auf 24 Seiten

/22

Zuständigkeit und Verantwortung in eine Hand

Finanzminister Hans Jörg Schelling im KOMMUNAL-Sommerinterview

INHALT

/34

Investieren in Erneuerbare

Über die Rahmenbedingungen für Wind-, PV- und Kleinwasserkraftanlagen

/102

Hedi Wechner

Der Mensch hinter der Bürgermeisterin von Wörgl

FOTOS: Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname; TITEL: Vorname Nachname

KOMMUNAL 09/2015

POLITIK & RECHT

Die ersten 100 Tage 14
Was bisher nicht geschah bei den Finanzausgleichsverhandlungen 2015

Ein baylonisches Zahlengewirr 19
Verwirrung um den Begriff „Defizit"

Schuldenstand deutlich reduziert 26
Die Gemeinden haben 2014 mehr als 300 Millionen Euro Schulden reduziert

Mehr Frust als Anreiz 27
Unnötige Stolpersteine behindern Ansuchen um Breitband-Förderung

Immobilienertragsteuer 28
Antworten auf Fragen rund um Grundstückstransaktionen

KOMMUNALMESSE & GEMEINDETAG 2015

Zukunftsforum 90
Hochkarätig besetzte Diskussionen zur Zukunft der Gemeinden

Programmübersicht 100
Ihr Wegweiser zu den Veranstaltungen bei Kommunalmesse und Gemeindetag

GESTALTEN & ARBEITEN

THEMENSCHWERPUNKT: Energie und Energiewende ab 34
Die Zukunft im Energiebereich hat längst begonnen.

Naturschutz & Wasserkraft 48
Die Novelle des Tiroler Naturschutzgesetzes betrifft v.a. Wasserkraftanlagen

Keine Patentrezepte für den ländlichen Raum 50
Kommunalkredit-Boss Alois Steinbichler zu „10 Jahre Sommergespräche"

LAND & LEUTE

Gefährlicher Schulbeginn 104
Mehr als 500 Schulkinder verunglücken jedes Jahr

Standortfaktor Innovationskultur 110
Über die Bedeutung von Kreativität

Es lebe der Sport 113
Die Salzkammergut-Trophy 2015

Bundesländer, Personalia, Termine, Impressum ab 114

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

A. Kärcher GesmbH	98	hollu Systemhygiene GmbH	89
A1 Telekom Austria AG	76	Ing. Leo Riebenbauer GmbH	43
ARGE Forum mineralische Rohstoffe	83	kigago	77
Austrian Power Grid AG	42	Maschinenring Österreich GmbH	81
Bundesministerium für Inneres	31	ÖKOM EDV Planungs- und Handelsgesmbh	92
BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	32	Österreichische Apothekerkammer	96
Compuritas GmbH	94	Österreichische Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr	79
Containex Container	97	PORR AG	80
Familie & Beruf Management GmbH	111	Porsche Österreich G.m.b.H.	82
Gas Connect Austria GmbH	47	Salzburg Wohnbau GmbH	44
Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungen	86	VIEW Promotion GmbH	84

LEITARTIKEL

DIE PARTEIEN VERLIEREN **DIE MENSCHEN**

Was sich seit einigen Jahren abzeichnet, ist offenbar „ganz oben“ noch immer nicht angekommen: Die Menschen interessieren sich zwar für Politik, aber die Parteien verlieren sie.

Eigentlich müsste man sagen, die Parteien verlieren die Menschen nicht, sie verscheuchen sie. Wenn man sich die Aktionen der politischen Parteien in Österreich der vergangenen Wochen ansieht, könnte man zu dieser Ansicht kommen.

Das Thema Asyl ist so eine Sache, bei der sich die Parteien nicht nur nicht mit Ruhm bekleckern, sondern der Politik an sich einen Bärendienst erweisen. Hier wird auf dem Rücken der Menschen ein unwürdiges Hickhack aufgeführt, das den Boden bereitet für Auswüchse der bösesten Art. Und für den schwarzen Peter hat man die Gemeinden, die man vortrefflich für die eigenen Versäumnisse an den Pranger stellen kann. Lösungen werden keine geboten.

Wenn sich eine Partei Abgeordnete einer sich selbst zerbröselnden anderen Partei einverleibt, ist das auch so eine Sache. Denn immerhin gäbe es noch das freie Mandat. Wenn man sich mit dem Chef zerstreitet (der irgendwie völlig abgehoben, um nicht zu sagen realitätsfern agiert), könnte man sein Mandat immer noch ausüben. Es wirft kein besonders gutes Licht auf Menschen, die von einer (im Abstieg begriffenen) Partei zur anderen wechseln, weil sie sich dort die bessere Befriedigung des eigenen Egos erwarten. Aber vielleicht bin ich da altmodisch.

Genauso ist es mit Wahllisten, die erstellt sind und dann bei nächster Gelegenheit über Bord geworfen werden. „Wort halten“ ist nicht so wichtig, wenn es um „die Sache“ geht.

Man kann zwar einwerfen, dass man sich als Mensch und als Wähler auch täuschen kann – und sich nach einer Wahl auf einmal von einer anderen Partei besser repräsentiert fühlt. Aber was soll man aus solchen Beispielen lernen? Dass es o.k. ist, sein Fähnchen in den Wind zu hängen? Soll man glauben, dass sich Leute, die so agieren, wirklich „für die Menschen“ einsetzen?

> „In den Gemeinden werden **Loyalität und Ehrlichkeit** noch hoch gehalten.“

Das Ende dieses Liedes ist in unzähligen Umfragen und Erhebungen dokumentiert: Die Menschen wenden sich von der Politik ab und haben überhaupt kein Vertrauen mehr in die „hohe Politik“. Die Jungen gehen gleich gar nicht mehr in die Politik – eine besonders fatale Auswirkung für unsere Demokratie.

An solche Auswirkungen denkt „da oben“ aber keiner. Diese Entwicklungen sehen „die da oben“ auch nicht, sie sind ganz wo anders zu spüren, und zwar in den Gemeinden, wo sich die Jungen zuerst engagieren. Wo sie die ersten politischen Schritte machen, wo sie lernen, wie das Zusammenspiel der Kräfte funktioniert. Nicht umsonst ist schon x-mal betont worden, dass die Gemeinden die „Schulen der Demokratie“ sind. Hier geht es um Sachpolitik und darum, den Menschen eine vernünftige Daseinsvorsorge zu bieten, da engagieren sich auch die Jungen. In den Gemeinden werden auch noch Dinge wie Loyalität und Ehrlichkeit hochgehalten. Dass es auch in den Gemeinden um Wahlgewinne geht, versteht sich von selbst. Aber wenn hier was nicht ganz astrein läuft, bekommen die Kommunalpolitiker das sofort und direkt mit.

In der „großen Politik“ schaut’s offenbar aber anders aus. Da geht es nur um den Erhalt ... von was auch immer.

HANS BRAUN
Chefredakteur von KOMMUNAL
hans.braun@kommunal.at

KOMMENTAR

KARL KIENZL ÜBER GEMEINSAME ANLIEGEN VON GEMEINDEN UND STÄDTEN

Sicherung der Lebensqualität ist oberstes Gebot der Kommunen

Fällt der Begriff „Smart Cities“, dann ist meist von einer städtischen Entwicklung die Rede, die auf erneuerbare Energieträger, ressourcenschonende Technologien und innovative Kommunikationstechnologien setzt. Anwendungsbereiche können Energie, Wohnen und Mobilität, aber auch Planung und BürgerInnenbeteiligung sein. Dass dieses komplexe und bisweilen technologielastige Konzept besonders auf Städte fokussiert ist, hat seine Gründe: Bereits vier von fünf EuropäerInnen leben und arbeiten in einer Stadt – Tendenz steigend. Die Städte in der EU sind auch für rund 75 Prozent des Energieverbrauchs verantwortlich. Urbane Räume spielen also bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklung eine zentrale Rolle. Städte sind auch ein attraktiver Markt, in dem neue Technologien erprobt werden können – ähnliche Strukturen lassen sich international besser vergleichen, Best Practice einfacher übertragen.

Was aber nicht heißt, dass kleinere Gemeinden von Entwicklungsmöglichkeiten eines „Smart City-Konzepts ausgenommen sind – im Gegenteil. Einzelne Aspekte können etwa in den Bereichen Energieerzeugung und -effizienz, Bauen, Mobilität und Governance regional angepasst auch für kleinere Gemeinden adaptiert werden. Schlussendlich ist das Zusammenspiel zwischen Städten und ländlichen Regionen entscheidend: Infrastrukturen und Versorgungsnetze für Energie, Lebensmittel, Wasser, Abfall und Mobilität machen vor Gemeindegrenzen nicht Halt. Auch kleinere Gemeinden stehen vor der Herausforderung des Klimawandels und ihre demografischen Entwicklungen stehen in enger Wechselwirkung mit jenen der Ballungsräume.

Ein Anliegen ist Städten und ländlichen Regionen jedenfalls gemein: die Lebensqualität der BürgerInnen und die Wettbewerbsfähigkeit der lokalen Wirtschaft auf Basis ökologischer Grenzen nachhaltig zu gestalten. Auf diesem Weg zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft sind für „Smart Cities“ und „Smarte Regionen“ ganzheitliche Konzepte gefragt, in denen technologische Lösungsmöglichkeiten, Material- und Ressourcenflüsse sowie innovative Formen der BürgerInnenbeteiligung berücksichtigt sind.

karl.kienzl@umweltbundesamt.at
Dr. Karl Kienzl ist stellvertretender Geschäftsführer des Umweltbundesamtes

ANGESAGT

DAS WORT HAT ....

„Ich habe auf ein Zitat von Erwin Ringel über den Fremdenhass Bezug genommen. Laut Ringel stammen die Angstgefühle aus einem mangelnden Selbstwertgefühl. Daraus ziehe ich den Schluss, dass wir auf vieles in Österreich Erreichtes sehr stolz sein können und uns nicht zu fürchten brauchen. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass wir 1956 in der Ungarn-Krise in einer ganz anderen Situation waren. Da war das eigene Elend noch in sehr wacher Erinnerung, wir waren noch arm genug, um zu teilen."

Wilfried Haslauer,
Landeshauptmann von Salzburg, in einem Interview zum Thema „Asyl" im „Standard" vom 30. 7. 2015

„Die Errichtung eines Erstaufnahmezentrums an der EU-Schengen-Außengrenze ist „unumgänglich".

Hans Niessl,
Landeshauptmann des Burgenlandes am 29. 7 .2015 in ORF-Burgenland

„Auch einem durchschnittlichen verständigen Käufer wäre im Zeitpunkt des Erwerbs der Liegenschaft die Lärmbeeinträchtigung und damit einhergehend eine allfällige Schlafstörung bezeihungsweise Gesundheitsbeeinträchtigung für sensible Menschen erkennbar gewesen."

Auszug aus der Urteilsverkündung, mit der die Richterin Amalia Berger-Lehner laut einer APA-Meldung die Klage eines Anrainers gegen die nächtlichen Glockenschläge des Linzer Mariendoms abweist. Das Verfahren geht vermutlich nun in die nächste Instanz.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

9.700.000.000: Weltbevölkerung wächst schneller als angenommen

Die Weltbevölkerung wird bis zum Jahr 2050 stärker wachsen als angenommen. Wie die Stiftung Weltbevölkerung erklärte, korrigierte die UNO eine Hochrechnungen von 2013 und rechnet nun mit einem Anstieg der globalen Bevölkerung von heute etwa 7,3 Milliarden auf rund 9,7 Milliarden Menschen bis 2050. Das seien mehr als 170 Millionen mehr Weltbewohner als angenommen. Im Jahr 2100 rechnet die UNO mit 11,2 Milliarden Menschen auf der Erde. Verantwortlich für das Wachstum sind den Angaben zufolge beinahe ausschließlich die Entwicklungsländer. So wird damit gerechnet, dass die Bevölkerung in Afrika von heute rund 1,2 Milliarden auf fast 4,4 Milliarden Menschen im Jahr 2100 steigt. In Europa wird hingegen mit einem Rückgang von derzeit 738 Millionen Menschen auf rund 646 Millionen im Jahr 2100 gerechnet.

http://www.weltbevoelkerung.de

97 Millionen Euro für EU-Programm

Die EU fördert die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Österreich und der Tschechischen Republik mit mehr als 97 Mio. Euro, wie die EU-Kommission laut NZZ-Online Anfang Juli bekanntgab. Inklusive der nationalen „Kofinanzierung" beläuft sich der Wert des Investitionspakets auf mehr als 115 Millionen Euro, die für die Überwindung der größten grenzübergreifenden Hindernisse in diesen Regionen eingesetzt werden sollen, teilte die Kommission mit. Der Schwerpunkt des Programms liegt im Umwelt- und Bildungsbereich.

nzz.at

IRLAND INTERESSIERT SICH FÜR LEHRLINGSAUSBILDUNG

Das heimische System der Berufsausbildung hat Vorbildcharakter für Irland, wie eine Gruppe irischer Abgeordneter bei einem Parlamentsbesuch meinte. Vor allem die duale Ausbildung in Betrieb und Schule, die Vielfältigkeit des Angebots an Lehrberufen sowie die Möglichkeit, eine Berufsreifeprüfung zu absolvieren, interessierte die Besucher um Delegationsleiterin Joanna Tuffy.

Joanna Tuffy by Paul Reynolds from Dublin, Ireland via Wikimedia Commons.

KOMMENTAR

ENERGIEVERBRAUCH VON GEBÄUDEN

Von energieeffizient geplanten zu energieeffizient betriebenen Gebäuden

Ein nachhaltiges und energieeffizientes Gebäude: das ist heute der Wunsch eines jeden Bauherrn. Viele Beispiele zeigen bereits, dass nachhaltiges Bauen sowohl im Neubau als auch in der Generalsanierung in der Realität angekommen ist.

Leider ist es jedoch auch Realität, dass viele dieser Gebäude einen höheren Energieverbrauch aufweisen als in der Planung prognostiziert und der Bauherr keinen Schuldigen ausmachen kann. Es ist oft unklar, wo Fehler passiert sind: Der Planer verweist auf fehlerhafte Umsetzung seiner Planung, der Errichter auf eine schlechte Planung oder es ist der Nutzer mit seinem ineffizienten Nutzerverhalten. Weshalb der Energieverbrauch tatsächlich höher ist, ist auch oft schwierig festzustellen, da die dafür notwendige Messinfrastruktur in der erforderlichen Qualität zumeist fehlt. Ein einziger Grund für diesen Mangel ist auch nicht auszumachen.

Bei so vielen am Projekt Beteiligten – Bauherr, Planer, umsetzendes Unternehmen, Facility Manager, Nutzer – gibt es viele Schnittstellen, die unzureichend definiert werden. Hinzu kommen der notorische Zeitmangel, den es bei jedem Projekt gibt, und damit einhergehend unzureichende Funktionstests der eingebauten Anlagen.

Deshalb empfiehlt es sich – besonders bei komplexeren Bauvorhaben –, einen „Inbetriebnahmemanager" ins Boot zu holen, der dem Bauherrn hilft, während der gesamten Planung, Errichtung bis hin zum Betrieb die unterschiedlichen Beteiligten so zu koordinieren und zu kontrollieren, dass die bestellte Qualität auch in der Realität des Gebäudebetriebs erreicht wird.

margot.grim@e-sieben.at
Margot Grim ist Arbeitsgruppenleiterin der IG Lebenszyklus Hochbau zum Thema Inbetriebnahmemanagement und Gesellschafterin der e7 Energie Markt Analyse GmbH.

FOTOS: Vorname Nachname / Bildagentur, Name Nachname

www.fsb-cologne.de

FREIRAUM. SPORT. BÄDER.

KÖLN, 27. – 30. OKT. 2015

INTERNATIONALE FACHMESSE FÜR FREIRAUM, SPORT- UND BÄDERANLAGEN

- Neu: In den erstklassigen Hallen 6, 7, 9 und 10.2 mit Eingang Ost und Nord
- Rund 650 Aussteller zeigen Neuheiten, Design und Trends für die Freizeitwelten von morgen
- Jubiläum der Extraklasse: 50 Jahre IAKS
- Attraktiv und vielseitig: Das Rahmenprogramm für alle Zielgruppen – für Kommunen, Planer, Betreiber von Sport- und Freizeitanlagen, Stadien und Arenen, Landschaftsarchitekten, Vereine, Investoren, Einkäufer, Bauträger

ZEIT SPAREN, GELD SPAREN!
Jetzt online registrieren und Karten kaufen.
www.fsb-cologne.de

Besuchen Sie zeitgleich auch die aquanale. Informationen unter:
www.aquanale.de

Gesell GmbH & Co. KG
Sieveringer Str. 153
1190 Wien
Tel. +43 1 3205037
Fax +43 1 3206344
office@gesell.com

koelnmesse

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

Energie- und Synergieeffekte in den Gemeinden

KOMMUNAL widmet sich diesmal dem Thema „Energie“, das wie kaum ein anderes sämtliche Dimensionen unseres Lebens bestimmt. Viele Trends auf nationaler und internationaler Ebene erfordern eine zukunftsfähige Energiepolitik. Nachdem über viele Jahrzehnte vor allem die Industrieländer ständig steigenden Energiebedarf hatten, hat sich diese Entwicklung mittlerweile auch in die Schwellen- und Entwicklungsländer verlagert. Systematisch geht es dabei etwa um Energieversorgung, Energiespeicherung und den zentralen Bereich der Energieeffizienz.

> „In den kommunalen Unternehmen, Seniorenheimen oder Kindergärten wird das **Thema Energie immer wichtiger.**“

Sowohl von der Europäischen Kommission als auch auf der nationalen Ebene werden dazu laufend Best-Practice-Beispiele kreiert, in die immer neue Konzepte einzubringen sind. Auch die Wissenschaft befasst sich seit jeher intensiv mit Energie, hierzu werden laufend neue interdisziplinäre Forschungseinrichtungen und Studiengänge geschaffen. Dabei stehen vor allem Problemlösungskompetenz und Zukunftsfähigkeit im Mittelpunkt und auch die kommunale Ebene hat längst reagiert. Der letzte Pitters®KOMMUNALTREND zeigt, dass sich unsere Gemeinden zunehmend für Öffentlich-Private-Partnerschaften zur Realisierung nachhaltiger Energienutzungskonzepte interessieren.

Auch in den kommunalen Unternehmen, Seniorenheimen oder Kindergärten wird das Thema Energie immer wichtiger, kaum ein Führungskräftesemi-nar kommt ohne Tipps zur Energieoptimierung in ganzheitlicher Hinsicht aus. Das Umweltbundesamt etwa initiiert in Kooperation mit Ministerien und Sportverbänden in mehreren Gemeinden Programme, in denen etwa Sportplätze einer ökologischen Nebennutzung (Photovoltaik, Biomasse, Flohmarkt etc.) zugeführt werden.

Es geht dabei – nomen est omen – um das Zusammenspiel von Energie- und Synergieeffekten und darum, gemeinsam den daraus resultierenden Nutzen zu ziehen.

office@pitters.at
www.pitters.at

KOMMUNAL QUICK FINANZCHECK

GEMEINDEFINANZEN IN 100 SEKUNDEN

Reform der Finanzkraft

Für die einen konterkariert die Finanzkraft samt den darauf beruhenden Verteilungsmechanismen den abgestuften Bevölkerungsschlüssel und die „eigene Abgabenleistung“, für die anderen relativiert sie teilweise, aber noch nicht ausreichend die Ungleichheit der Mittelzuteilung des Finanzausgleichs durch den aBS und die geringere Abgabenleistung von „Ungunstlagen“.

Die Finanzkraft setzt sich meist aus den Ertragsanteilen sowie/oder (anteilig) den gemeindeeigenen Abgaben (insbesondere den Einnahmen aus Kommunalsteuer und Grundsteuer) zusammen. Nachstehende Tabelle bildet die entsprechenden Einnahmen der Gemeinden (ohne Wien) für das Jahr 2013 nach Einwohner-Größenklassen ab. Stark verallgemeinernd könnte man also sagen, je höher die eigene Finanzkraft, desto höher der Beitrag, der für die gemeinsame, solidarische Finanzierung einer Aufgabe (z. B. der gemeinsamen Finanzierung der Krankenanstalten mit den Ländern) erbracht werden kann und je geringer das Erfordernis für Unterstützung von außen (etwa durch Förderungen).
Die Finanzkraft (FK) tritt in diversen (auch länderweise unterschiedlichen) Definitionen in Erscheinung und bildet die Basis für Umlagesysteme innerhalb der Länder (Landesumlage, Sozialhilfe- und Krankenanstaltenbeiträge etc.) sowie teilweise auch für die Verteilung der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel oder gewisser Förderungen. Auch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) kennt zwei Finanzkraftdefinitionen, auf die vielfach von den Landesgesetzgebern abgestellt wird. Vom Volumen her ist die FK-Verteilung innerhalb des FAG jedoch von untergeordneter Bedeutung (rund 400 Mio. Euro). Anders sieht es bei den Transfer- und Umlagensystemen zwischen Land und Gemeinden aus, wo bundesweit 3-4 Mrd. Euro über FK-Schlüssel verrechnet werden. Die künftige(n) Definition(en) der Finanzkraft wird/werden also im Hinblick auf des FAG 2017 eine zentrale Verhandlungsfrage sein.

ERTRAGSANTEILE & EIGENE ABGABEN
der Gemeinden (ohne Wien) 2013 (in EUR/Kopf)

Gemeinde-größe	Ertrags-anteile	Kommu-nalsteuer	Grund-steuer	Sonstige Abgaben	Gesamt
bis 500	791,9	113,9	59,5	78,4	1.043,7
501-1.000	770,6	126,4	56,8	56,3	1.010,0
1.001-2.500	756,6	178,1	62,4	51,5	1.048,7
2.501.-5.000	769,0	253,0	74,5	49,6	1.146,1
5.001-10.000	757,6	355,2	81,6	44,2	1.238,6
10.001-20.000	879,0	395,5	82,7	48,6	1.405,8
20.001-50.000	1.058,6	389,9	83,6	52,5	1.584,7
über 50.000	1.188,6	499,9	100,4	112,5	1.901,4

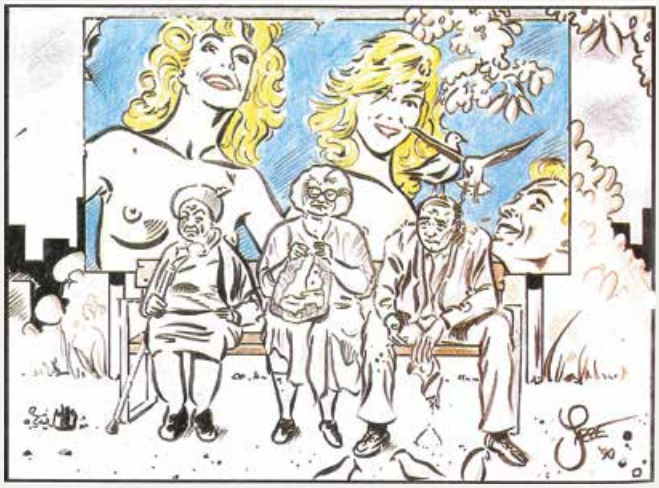
KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

Traum und Wirklichkeit im Österreich des Jahres 1990

Mit dem heiklen Thema „Daten und Fakten zwischen Fortschritt und Realität“ beschäftigte sich die achte Ausgabe des „kommunal-journals“ vom September 1990. So hatte sich zwischen 1890 und 1990 das Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung um rund neun Jahre erhöht und lag bei 35,7 Jahren. Zum Vergleich: Heute liegt das Durchschnittsalter bei 43,3 Jahren, hat sich also in den vergangenen 25 Jahren um acht Jahre gesteigert. Generell fand sich damals schon die Feststellung, dass Österreich zu den Ländern mit „der ältesten Bevölkerung“ zählt – eine Entwicklung, mit der die Gemeinden heute vermehrt konfrontiert sind.

Noch eine Entwicklung begann sich im September 1990 immer stärker abzuzeichnen (erste Prognosen gab es schon seit den 60er Jahren): Die klassischen Begriffe Ehe und Familie wurden von den Jugendlichen immer mehr hinterfragt – auch das ist eine Entwicklung, mit der die Gemeinden heute zu tun haben (Stichwort „Singlewohnungen“).



Leider lässt sich heute nicht mehr eruieren, welchen Auftrag der Zeichner 1990 bekommen hatte, aber das Zerrbild zwischen der Realität der demografischen Entwicklung und dem Wunschdenken der Werbewirtschaft scheint uns gut getroffen zu sein.

Ohne Gemeinden kein Umweltschutz

Der zweite große Brocken der achten Ausgabe war die „Initiative für Umweltkultur“, die der Gemeindebund ins Leben gerufen hatte. 500 Gemeinden hatten an dem Bewerb teilgenommen, 48 wurden ausgewählt.

Das besondere „Zuckerl“ für die ausgezeichneten Gemeinden lag darin, dass gleichzeitig mit der Umweltschutzauszeichnung den Gemeinden auch die „Tourismustauglichkeit“ attestiert wurde und der österreichische Reisebüroverband eine Sonderempfehlung für Urlauber und Reisebüros für diese Gemeinden herausgab. Eine Idee, die wir uns auch im 21. Jahrhundert vorstellen könnten.

Bestens ausge*STADT*et: **Abfallbehälter und Stadtmobiliar**

Wir führen exklusiv das hochwertige Behälterprogramm der Marke FINBIN

Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG STADTMÖBEL

KOMMENTAR

RADARÜBERWACHUNG AUF GEMEINDESTRASSEN

Seit fast zehn Jahren beschäftigt das Thema der Radarüberwachung von Gemeindestraßen die Österreichischen Gemeinden. Zahllose Versuche, dieses Problem zu lösen, sind bislang ins Leere gegangen.

Im Juli 2008 hat die Datenschutzkommission Radarüberwachungen durch Gemeinden mangels Vorliegen einer gesetzlichen Grundlage datenschutzrechtlich für unzulässig erklärt. Während der Bund für sich und die Länder durch Änderungen in der Straßenverkehrsordnung die Section-Control für zulässig erklärt hat, hängen die Gemeinden nach wie vor in der Luft. Rechtliche Auseinandersetzungen vor dem Verwaltungsgerichtshof und der Datenschutzkommission folgten.
Was haben die Gemeinden überhaupt mit der Geschwindigkeitsüberwachung auf Gemeindestraßen zu tun? Die Gemeinden sind Straßenerhalter und betreiben das längste Straßennetz Österreichs. Die Tätigkeit der Verkehrspolizei, unter anderem die Überwachung der Einhaltung straßenpolizeilicher Vorschriften, kommt jedoch den Bezirksverwaltungsbehörden zu.

Jeder gelernte Österreicher weiß jedoch, dass Vorschriften nur dann Geltung haben, wenn sie auch überwacht werden und allenfalls bei Übertretungen eine Sanktionierung folgt. Vorschriften ohne Sanktionen werden, wenn überhaupt, als Empfehlungen angesehen.

Auf den Gemeindestraßen gibt es nach wie vor keine Geschwindigkeitsüberwachung, während auf Landesstraßen und Autobahnen munter geblitzt wird. Dies ist umso bedauerlicher, da die Statistiken belegen, dass eine hohe Zahl von Verkehrsunfällen mit Personenschaden auf überhöhte Geschwindigkeit im Ortsgebiet, und somit meist auf Gemeindestraßen, zurückzuführen ist. Die Bürgermeister sind mit Klagen der Bewohner, dass in Siedlungsstraßen zu schnell gefahren wird, vor Kindergärten, Spielplätzen und Volksschulen die 30-km/h-Beschränkungen nie eingehalten werden und somit die Sicherheit der Fußgänger und Kinder gefährdet ist, konfrontiert. Vielleicht kommt bald jemand auf die Idee, wegen unterlassener Überwachung eine Amtsmissbrauchsklage einzubringen.

> „Vielleicht kommt bald jemand auf die Idee, **wegen unterlassener Überwachung** eine Amtsmissbrauchsklage einzubringen."

Der Gemeindebund hat die im Nationalrat und Bundesrat vertretenen Bürgermeister und Klubobleute angeschrieben und um eine entsprechende Initiative des Parlaments ersucht. Da derzeit eine StVO-Novelle im Parlament anhängig ist, wäre dies eine passende Gelegenheit, die entsprechenden Änderungen durchzuführen. Dabei geht es darum, den Gemeinden die automatisationsunterstützte Überwachung der erlaubten Höchstgeschwindigkeit zu ermöglichen. Ob, wann, wie und wo eine Geschwindigkeitsüberwachung erfolgt, soll von der Gemeinde autonom entschieden werden. Diese trägt dafür die Verantwortung, da sie selbst die Verkehrssituation vor Ort am besten beurteilen kann. Dabei geht es nicht um ein Muss, sondern lediglich um die Eröffnung der Möglichkeit für die Gemeinden. Wenn man nicht will, dass die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf Gemeindestraßen künftig nur noch als Empfehlung für die Autofahrer gilt, wäre es höchst an der Zeit, diese Änderungen zu beschließen.

WALTER LEISS
Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

Demner, Merlicek & Bergmann

FÜR NIEDERÖSTERREICHISCHE WIENERGIEBÜNDEL

IST NACHHALTIGE ENERGIE EIN HEIMSPIEL.

Sie begrüßen umweltfreundliche Energielösungen in Ihrer Gemeinde mit Pauken und Trompeten? Dann spielen Sie das nächste Stück gemeinsam mit Wien Energie und lassen Sie sich von günstigen Tarifen und umfangreichen Dienstleistungen überzeugen. Informieren Sie sich jetzt über unser Angebot auf **wienenergie.at**

WIEN ENERGIE

UNSERE KRAFT FÜR SIE.

www.wienenergie.at

Wien Energie Vertrieb, ein Unternehmen der EnergieAllianz Austria.

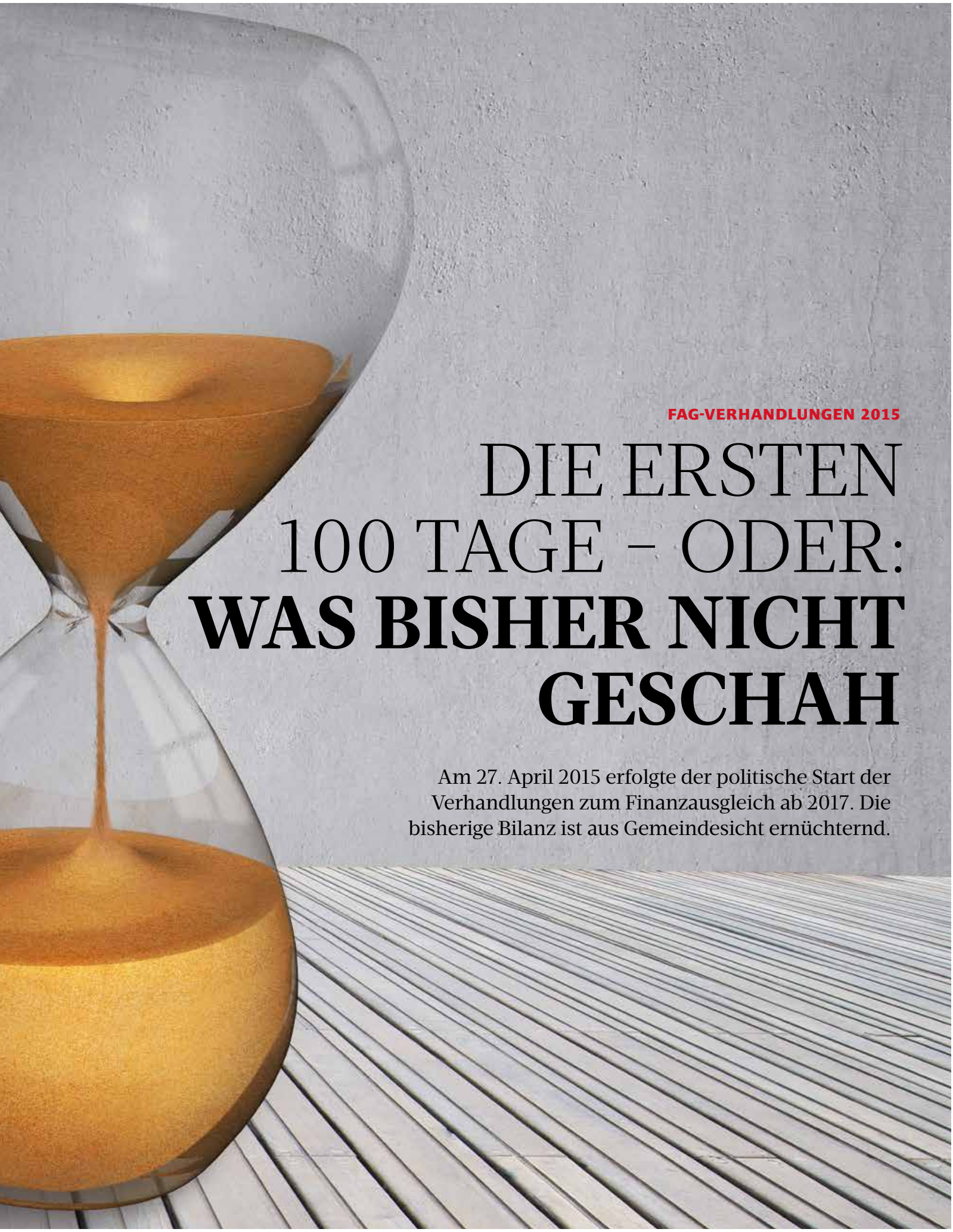
POLITIK & RECHT

WELCHES DEFIZIT?
Ein babylonisches Zahlengewirr
Seite 19

.

REDUKTION
Schuldenstand deutlich reduziert
Seite 26

BREITBAND UND DIE FÖRDERUNGEN
Mehr Frust als Anreiz
Seite 27



FAG-VERHANDLUNGEN 2015

DIE ERSTEN 100 TAGE – ODER: **WAS BISHER NICHT GESCHAH**

Am 27. April 2015 erfolgte der politische Start der Verhandlungen zum Finanzausgleich ab 2017. Die bisherige Bilanz ist aus Gemeindesicht ernüchternd.

TEXT / KONRAD GSCHWANDTNER

Die Aufgabenreform ist de facto abgesagt. Die Reform der Einheitsbewertung und Grundsteuer findet im Zwischenbericht des BMF an die politische Ebene mit keinem Wort Erwähnung. Stattdessen wird noch die eine oder andere Studie in Auftrag gegeben, die befürchten lässt, dass der Finanzausgleich noch komplizierter und der ländliche Raum finanziell noch schlechter gestellt werden könnte.

Aber der Reihe nach: Schon die Steuerreform, die 2016 voll wirksam wird und für die Gemeinden mit Mindereinnahmen im Bereich von rund 250 Millionen Euro an Ertragsanteilen, einem teilweisen Verlust an Grunderwerbsteuer an Bund und Länder sowie höherer Steuerbelastung etwa im Bereich der Immobilienertragssteuer verbunden ist, hat gezeigt, dass der Bund seine Interessen ohne große Rücksichtnahme auf die Gemeindeebene durchpeitscht. Die auf den 27. 4. folgenden gut zehn Wochen bis zur zweiten politischen Runde am 15. 7. (und dem Beginn der mehrwöchigen Sommerpause) waren geprägt durch viele kurzfristig angesetzte Termine und noch kurzfristiger vorgelegte Unterlagen – nicht selten erst ad hoc zu Sitzungsbeginn. Von BMF-Seite wurde immer wieder betont, dass man spätestens bis Mai 2016 mit der Reform fertig sein will und nicht wie in der Vergangenheit erst im Herbst vor einem neuen Finanzausgleich. Der nach einem Vorschlag der Länder vom BMF vorgegebene Reformprozess gliedert sich in nachstehende Themencluster bzw. Unterarbeitsgruppen:

Arbeitsgruppe – Abgabenautonomie der Länder (und Gemeinden): Von kommunaler Seite wurde bereits mehrfach kritisch angemerkt, dass die Länder von Seiten des Bundes hier in einen, wenn man so will, Stellvertreterkrieg hineingedrängt wurden. Anstatt eine ernstzunehmende Aufgaben-, Kompetenz- und Föderalismusdiskussion zu führen und sich ernsthaft mit möglichen Einsparungspotenzialen oder Leistungskürzungen unseres Vollkasko-Staates auseinander zu setzen, wird einfach unterstellt, dass die Länder, wenn sie in Hinkunft selbst mehr Abgaben beim Bürger einheben, stärker unter Spardruck stehen als jetzt. Da die Länder aber im Gegenzug fordern, wenn schon Abgabenautonomie, dann muss das in Richtung eines zweistelligen Milliardenbetrages gehen und Raum für eine eigenen Steuerpolitik bieten,

> „**Die Länder wurden** vom Bund bei der Abgabenautonomie **in einen Stellvertreterkrieg gedrängt.**“

und auch von Bundesseite eine „Verländerung“ etwa der gemeindeeigenen Grundsteuer offen angedacht wird, ist etwas Sorge angebracht. Und zwar nicht nur um die Abgabenautonomie der Gemeinden, sondern auch generell um die schädlichen Folgen eines daraus resultierenden Steuerwettbewerbs in unserem Land. Auch die hierbei vielgerühmte Schweiz muss die Folgen des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen wieder durch einen komplizierten Ausgleichsmechanismus geradebügeln. Obwohl einschlägige Gutachten (etwa jenes von Verfassungsrichter Prof. Achatz, das wie auch andere FAG-Studien auf der BMF-Homepage abrufbar ist) große Skepsis offenbaren, wird das Thema Abgabenautonomie der Länder (bewusst) weiterhin am Kochen gehalten und soll im Herbst weiter diskutiert werden. Stattdessen wäre es besser, einmal die wirklich anstehenden

Von einem seiner großen Ziele, nämlich den Finanzausgleich einfacher und transparenter zu machen, darf sich der Bund damit bereits verabschieden

FOTOS: Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

Hausaufgaben zu machen, und zwar die sowohl aus verfassungsrechtlicher als auch aus verwaltungsökonomischer Sicht dringend gebotenen Einheitsbewertungs- und Grundsteuerreform. Dass das 2012 und 2013 von den kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam mit Experten des Finanzministeriums und Praktikern aus den Gemeinden entwickelte „Altlengbacher Modell" (vereinfachte Bewertung samt laufender Valorisierung) nur auf den Forderungspapieren von Gemeindebund und Städtebund steht, aber nicht im Zwischenbericht des BMF an die politische Ebene, wurde bereits eingangs angesprochen. Weitere Forderungen der Gemeindeebene im Zusammenhang mit Abgaben und Abgabenautonomie sind beispielsweise die Ausweitung der „freien Beschlussrechtsabgaben" etwa in Richtung von Infrastrukturprojekten, nötige Verwaltungsvereinfachungen, wie etwa der Wegfall des verpflichtenden Notars bei Immobilienertragsteuer-relevanten bodenpolitischen Maßnahmen der Gemeinden, sowie etwa auch die Schaffung einer Rechtsgrundlage in der BAO, sodass nicht nur die GIS-Gebühren, sondern auch Abgaben- und Gebührenrückstände der Gemeinden durch seriöse Inkassodienste (z. B. der KSV) eingetrieben werden können.

Arbeitsgruppe – Aufgabenkritik und Aufgabenorientierung: Obwohl von Gemeindeseite beispielsweise ein Kompetenzabtausch – volle Übernahme der Kinderbetreuung gegen Abgabe der Aufgaben im Gesundheits- und Sozialbereich – angeboten wurde und ernsthaft über die Notwendigkeit der vielen verpflichtenden, aber auch freiwilligen Aufgaben und Leistungen gesprochen werden sollte, lehnt der Bund eine Aufgabenreformdiskussion ab. Er argumentiert, dass man keinen zweiten Österreich-Konvent wolle und dass die Bundesregierung ohnedies bereits eine Aufgaben- und Deregulierungskommission (die Gemeinden sind darin nicht vertreten!) eingesetzt hat.

Man kann also das Zwischenresümee ziehen, dass das Hinterfragen von Aufgaben von Bundesseite nicht gewünscht wird, denn dann muss man dem Bürger nicht erklären, dass es diese oder jene Leistung nicht mehr gibt, man muss auch nicht mit den Ländern und allenfalls der Opposition um nötige Zweidrittelmehrheiten im Parlament rittern und man muss vor allem eines nicht: Angst haben, dass vor dem kritischen Medienauge eine weitere Reform scheitert. Somit wird der vielgepriesene aufgabenorientierte Finanzausgleich wohl lediglich die aktuelle Aufgaben- und Kompetenzverteilung in unserem Land mit anderem Verteilungsschlüssel abbilden.

Von einem seiner großen Ziele, nämlich den Finanzausgleich einfacher und transparenter zu machen, darf sich der Bund damit bereits verabschieden. Denn wenn man den, wenn auch nicht als gerecht empfundenen, Einwohnerschlüssel zurückdrängen will und stattdessen die diversen Funktionen und Aufgaben der Gemeinden durch eine Vielzahl anderer statistischer Verteilungskriterien ersetzen wird, wird der Finanzausgleich erst richtig komplex. Bis Februar soll eine neue Studie darüber Auskunft bringen, wie man regionale Versorgungsfunktionen von zentralörtlichen Gemeinden messen kann. Ob im Ergebnis einer aufgaben- und damit auch ausgabenorientierten Gemeindefinanzierung gegenüber dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel

der Vorzug zu geben ist, wird sich möglicherweise erstmals im Frühjahr zeigen, wenn erste Berechnungsmodelle vorliegen. Eines ist jedoch klar, ein höheres Einnahmenniveau führt fast immer auch zu einem höheren Ausgabenniveau. Ob dieses Faktum in einem neuen Finanzausgleich einzementiert werden soll, sei dahingestellt.

Arbeitsgruppe - Transfers: Der Bund hat neben der bereits erwähnten „Vereinfachung" des Finanzausgleichs zwei weitere Steckenpferde: Zum einen will er die Transfer- und Umlagensysteme vereinfachen (Transferströme saldieren) und auch die unterschiedlichen Finanzkraftdefinitionen harmonisieren und zum anderen will er das Förderungswesen der Länder und Gemeinden (etwa über eine 15a-Vereinbarung) reglementieren, um – wie es heißt - Mehrfachförderungen zu vermeiden. Ob er hier auch in die Kompetenzen der Länder, etwa was die unterschiedliche Finanzierungsbeteiligung der Gemeinden im Gesundheits- oder Sozialbereich, die Landesumlage oder die BZ-Mittelvergabe betrifft, eingreifen will, wird sich weisen. Von Länderseite wird eine solche Vorgehensweise naturgemäß mit Skepsis gesehen. Aus Gemeindesicht muss man festhalten, dass es aufgrund der föderalen Staatsstruktur Österreichs auch weiterhin gewisse Feinverteilungsmechanismen innerhalb der Länder geben muss, auch wenn da und dort Reformen und mehr Transparenz angebracht wären. Zur Forderung des Österreichischen Gemeindebundes nach einem Strukturfonds in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr für strukturschwache und Abwanderungs-Gemeinden sowie für Gemeindekooperation gibt es von Bundes- und Landesebene noch wenige Rückmeldungen oder gar Bekenntnisse, sich an der Finanzierung zu beteiligen.

Arbeitsgruppen Krankenanstalten- und Pflegefinanzierung: In den beiden Arbeitsgruppen zur Gesundheits- und Pflegefinanzierung wurden bisher vorwiegend die jeweiligen Positionen und Forderungen gesammelt. Auch hier geht es erst im Herbst weiter, auch wenn immer wieder davon die Rede ist, dass die Umsetzung der Gesundheitsreform, die ein Einsparungspotenzial von mehreren Milliarden Euro mit sich bringen soll, ins Stocken geraten ist. Betreffend den Zukunftsbereich der Pflege (aber auch andere Zukunftsbereiche wie die Sozialhilfe oder das Asylwesen) muss es von Bundesseite eine stärkere Finanzierungsbeteiligung geben. So ist aus Sicht des Gemeindebundes der Pflegefonds zumindest auf die Dauer einer Finanzausgleichsperiode zu verlängern und deutlich höher als bisher zu dotieren. Demgegenüber wird etwa von BMF-Seite gefordert, dass die auf 2010 eingefrorenen Finanzierungsbeiträge der Länder und Gemeinden (in Höhe des vormaligen Landespflegegeldes) zum nunmehrigen Bundespflegegeld valorisiert werden. Seitens des Sozialministeriums wird etwa die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer zum Zwecke der Pflegefinanzierung gefordert.

> „Die FAG-Reform ist in der Sommerpause, und **vor den Wahlen** in Oberösterreich und Wien **wird wenig Bahnbrechendes passieren**."

Arbeitsgruppe – Gemeindekooperation: Die sechste und letzte Arbeitsgruppe betrifft das Thema interkommunale Zusammenarbeit. Hier ist jedoch wenig Neues zu berichten. Das BMF weist betreffend die Umsatzsteuerpflicht bei Gemeindekooperationen wie auch in den vergangenen zwei bis drei Jahren darauf hin, dass man die MwSt-Richtlinie der EU weitest möglich ausgelegt hat und sich in Brüssel für eine entsprechende Reform, die es jedoch nicht so bald geben wird, einsetzen wird. Daneben sollen von der Arbeitsgruppe weitere Wege für (kosteneffiziente) Gemeindekooperationen geprüft werden.

Die Finanzausgleichsreform ist in der Sommerpause, und vor den kommenden Wahlen in Oberösterreich und Wien wird wenig Bahnbrechendes passieren. Ob es doch noch zur überfälligen Aufgabendiskussion kommen wird oder ob die Abgabenautonomie-Diskussion auch 2016 noch fortgesetzt wird, werden die nicht mehr ganz so heißen Monate dieses Jahres dann zeigen.

KONRAD GSCHWANDTNER IST FACHREFERENT DER ABTEILUNG RECHT UND INTERNATIONALES BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND
konrad.gschwandtner@gemeindebund.gv.at

BEGRIFFSVERWIRRUNG

EIN BABYLONISCHES ZAHLENGEWIRR

Für den Haushalt zählt ein administratives Defizit, ein Maastricht-Defizit, und nunmehr auch ein strukturelles Defizit. Begriffe wie Two-Pack, Six-Pack, budgetäre Transparenz und EPSAS bezeihungsweise IPSAS begleiten uns nebenbei. Wer soll hier den Überblick behalten?

TEXT / Walter Leiss

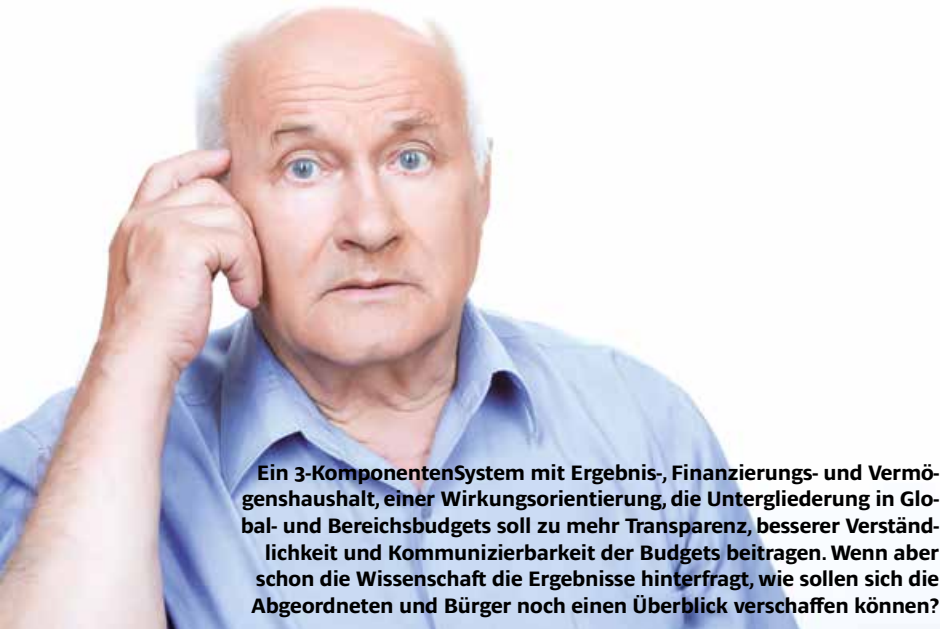
Jede Person, jeder Haushalt steht vor dem Dilemma, mit seinen Einkünften seine Ausgaben bedecken zu können. Zumindest die laufenden Ausgaben sollten mit den Einnahmen gedeckt werden. Daneben sollte noch etwas überbleiben, um größere Investitionen zu decken oder für Krisenfälle vorzusorgen. Für größere Anschaffungen – heutzutage auch schon für Güter des täglichen Bedarfs – war es schon bisher üblich, einen Kredit aufzunehmen, der in der Folge zurückgezahlt wurde. Dabei muss der Kredit aus den laufenden Einnahmen bedeckt werden können. Dieser einfache Grundsatz, dass man langfristig nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt, ist heute nicht nur für den privaten Haushalt verloren gegangen.

Er gilt nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für Unternehmungen in der Wirtschaft, aber auch für die öffentliche Hand. Wenn Unternehmungen langfristig mehr ausgeben als sie einnehmen, stehen sie irgendwann vor dem Konkursrichter. Für die öffentliche Hand fehlen weitgehend derartige Regelungen. Es ist schon klar, dass für größere Unternehmen und die öffentliche Hand keine einfachen Einnahmen- und Ausgabenregelungen gelten können. Die Rechnungslegungsvorschriften waren in der Vergangenheit für die Privatwirtschaft und die

„DIE FRAGE SCHEINT SCHON ZULÄSSIG ZU SEIN, OB DIE FINANZ-REGELUNGEN NICHT SCHON SO KOMPLEX SIND, **DASS SICH EIGENTLICH NIEMAND MEHR AUSKENNT**."

öffentliche Hand auch unterschiedlich geregelt. Während die öffentliche Hand nach der Kameralistik abrechnete, wurden für Unternehmen Bilanzierungsvorschriften nach den Grundsätzen der Doppik entwickelt. Auch im Bereich der öffentlichen Hand wurde die Kameralistik beständig weiterentwickelt bzw. durch zusätzliche Vorgaben ergänzt. Im Bereich des öffentlichen Haushalts ist der Haushaltssaldo oder Finanzierungssaldo die Differenz der Ausgaben und Einnahmen. Ein rechnerisch korrekter staatlicher Haushalt ist stets formal ausgeglichen. Es kommt jedoch darauf an, auf welche Weise der Ausgleich herbeigeführt worden ist. Einen Ausgleich durch Kreditaufnahmen zu finanzieren bringt langfristig Probleme, da damit die Schulden steigen. Diese wesentlichen Grundsätze finden sich auch in den haushaltsrechtlichen Vorschriften für Gemeinden. Sie sehen eine Untergliederung zwischen ordentlichen (laufenden) und außerordentlichen (einmaligen) Ausgaben – Investitionen vor. Eine Schuldaufnahme für Ausgaben im ordentlichen Haushalt ist unzulässig. Ein wesentlicher Umstand, weshalb die Gemeinden in den vergangenen Jahren bis auf wenige Ausnahmen ausgeglichen budgetiert haben bzw. Überschüsse erwirtschaften konnten.

Spätestens mit dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages, in den insbesondere die Bestimmungen zur Schaffung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in drei Stufen eingefügt wurde, ist das Haushaltswesen durch viele andere Kriterien, welche die Stabilität der gemeinsamen Währung sichern sollen, gekennzeichnet.
Das Kriterium der Haushaltsstabilität (Defizitquote unter drei Prozent und Schuldenstandsquote unter 60 Prozent des BIPs) wurden als dauerhaftes Kriterium angelegt. Das sogenannte Maastricht-Defizit wurde geschaffen. Bei der Berechnung des Maastricht-Defizits werden bestimmte Transaktionen der Ergebnisrechnung ausgeschieden und Transaktionen aus der Vermögensrechnung dazugezählt. Um diesen Vorgaben zu entsprechen, wurde eine Vielzahl von Maßnahmen gesetzt. Zum Beispiel die Unzahl von Ausgliederungen im Bundesbereich in ausgelagerte Gesellschaften. Um europaweit einen besseren Vergleich herbeizuführen, werden die Defizite und Schulden auch in Relation zum BIP gesetzt. Um eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Ländern herbeizuführen, wurde eine Neufassung des ESVG (europäisches System



Ein 3-KomponentenSystem mit Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt, einer Wirkungsorientierung, die Untergliederung in Global- und Bereichsbudgets soll zu mehr Transparenz, besserer Verständlichkeit und Kommunizierbarkeit der Budgets beitragen. Wenn aber schon die Wissenschaft die Ergebnisse hinterfragt, wie sollen sich die Abgeordneten und Bürger noch einen Überblick verschaffen können?

Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) beschlossen und im vergangenen Jahr eingeführt. Über Nacht haben sich die Schulden Österreichs entsprechend erhöht. Da die vielen Ausgliederungen nunmehr zumindest ihren budgetären Zweck nicht mehr erfüllen, überlegt man wiederum die Eingliederung in den normalen Haushalt. Von dem Aufwand, der damit verbunden ist, können die Gemeinden ein Lied singen. Beim Maastricht-Defizit ist es allerdings nicht geblieben. Nunmehr sprechen wir vom strukturellen Defizit. Für die Berechnung des strukturellen Defizits wird das Maastricht-Ergebnis um konjunkturelle Effekte und um Einmal-Effekte bereinigt. Unterschiedliche Konjunkturprognosen von den anerkannten Forschungsinstitutionen, erschweren die Berechnung. Aber das haben Prognosen so an sich. Wir haben daher ein administratives Defizit, ein Maastricht-Defizit und nunmehr auch ein strukturelles Defizit. Begriffe wie Two-Pack, Six-Pack, budgetäre Transparenz und EPSAS bzw. IPSAS begleiten uns nebenbei.

Den zum Teil europäischen Vorgaben entsprechend hat für sich der Bund seine Budgetarchitektur mit dem neuen Haushaltsgesetz grundsätzlich neu geregelt. Ein 3-Komponenten-System mit Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt, einer Wirkungsorientierung, die Untergliederung in Global- und Bereichsbudgets soll zu mehr Transparenz, besserer Verständlichkeit und Kommunizierbarkeit der Budgets beitragen (so Steger in Budgetreform: Lessons learned from Austrian Case, Wien 2013). Ob dies gelingt, wird vom Ao.Univ. Prof. Dr. Werner Pleschberger in seinem Beitrag in „Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich, 55 (Heft 4)“, aber auch von Univ.-Prof. Dr. Schauer in „ÖHW Jahrgang 56 (Heft 1-2) zum Rechnungsabschluss des Bundes“ kritisch hinterfragt. Wenn aber schon die Wissenschaft die Ergebnisse hinterfragt, wie sollen sich die Abgeordneten und Bürger noch einen Überblick verschaffen können?

Die Intentionen des Rechnungshofes gehen in die Richtung, das Haushaltsrecht des Bundes auch auf die Länder und Gemeinden zu übertragen. Wieder mit den Argumenten mehr Transparenz, bessere Steuerung und Vergleichbarkeit und Verhinderung von „hohen Verlusten“. Ich wage zu bezweifeln, dass dies gelingen kann. Geschweige denn was der einzelne Bürger mit diesem Mehr an Transparenz anfangen kann (Seitenumfang der Kerndokumente des Budgets 2013 von 3732 Seiten, Rechnungsabschluss von 2700 Seiten plus Darstellung in Teilheften mit rund 13.000 Seiten). Übertragen auf die Gemeinden bedeutet es jedenfalls, dass eine Vielzahl von Gemeinderäten vor komplexen Herausforderungen stehen wird. Die auf Gemeindeebene noch geltenden Grundsätze gingen verloren. Und wie man das Ganze dann noch den Bürgern erklären soll, der sich auf Gemeindeebene noch für die Budgets interessiert, sei dahingestellt.

Ich weiß schon um die Komplexität in der Budgetgestaltung und im Vollzug. Nur die Frage scheint schon zulässig zu sein, ob die Finanzregelungen nicht so komplex sind, dass sich eigentlich niemand mehr auskennt. Oder stecken hinter dieser vorgeblichen Transparenz vielleicht andere Ziele? Letztlich ist auch das Argument, dass die öffentlichen Haushalte nicht anders geführt werden sollen als bilanzierende Unternehmen, nicht stichhaltig.

Denn auch aus der Privatwirtschaft mit ihren Bilanzierungsvorschriften kann die öffentliche Hand nichts lernen. Die Hypo Alpe-Adria hat bilanziert, der Baukonzern Alpine, genauso wie Toshiba. Plötzlich waren bilanzierte Milliardengewinne wieder weg und Unternehmen in den Ruin geführt. Ein Rückbesinnen auf die wesentlichen Grundsätze und eine Vereinfachung wären sicher angebracht. Das kann aber mit den neuen Vorgaben nicht erreicht werden. Fast keiner kennt sich mehr aus und die große Verwirrung ist herbeigeführt.

> „Ein **Rückbesinnen auf die wesentlichen Grundsätze** und eine Vereinfachung wären sicher angebracht.“

WALTER LEISS IST GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

INTERVIEW

„ZUSTÄNDIGKEIT UND VERANTWORTLICHKEIT **GEHÖREN IN EINE HAND“**

Finanzminister Hans Jörg Schelling ist derzeit wohl einer der begehrtesten Gesprächspartner Österreichs. Für die Gemeinden ist er als einer der Proponenten des Finanzausgleichs gleich doppelt wichtig. Für KOMMUNAL hat sich Österreichs Finanzminister Zeit für ein ausführliches Interview genommen.

Die General Theory von Keynes besagt, dass, wenn die private Nachfrage nachlässt, der Staat durch Investitionen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimulieren soll. Kommunen investieren flächendeckend, branchenübergreifend und unmittelbar beim Bürger. Juncker und Schäuble haben das erkannt und haben Investitionspakete in Höhe von 315 bzw. zehn Milliarden Euro, die über die Regionen und Kommunen verteilt werden sollen, ins Leben gerufen. Nur in Österreich hat man das Gefühl, dass man versucht, wo es geht, an das Geld der Kommunen zu kommen und sie damit von diesem Investieren abzuhalten. Täuscht dieses Gefühl, oder liegen Juncker und Schäuble falsch?
HANS JÖRG SCHELLING: Es gibt einen gültigen Finanzausgleich. Die Geldflüsse sind davon abhängig, wie sich das Wirtschaftswachstum entwickelt. Wenn die Konjunktur schwächer ist, dann gibt es auch weniger zu verteilen.
Wir haben in Österreich eine Menge von Doppelstrukturen. Vielfach sind es sogar Dreifach- oder Fünffachstukturen. Hier gibt es eine Menge Effizienzpotenzial, das man noch heben kann. Wenn man die europäische Ebene betrachtet, dann muss man auch die spezifische Situation der einzelnen Staaten beachten. Deutschland macht im Budget einen Gesamtüberschuss. Wir machen trotz aller Anstrengungen noch immer gerade noch strukturelle Nulldefizite, aber keine Überschüsse. Unser Schuldenstand geht also weiter nach oben, weil Österreich ein Ausgabenproblem und kein Einnahmenproblem hat. Daran müssen wir arbeiten. Das wird auch ein Thema bei den Finanzausgleichsverhandlungen sein. Dazu gehören Fragen wie: Wie ordnet man die Aufgaben zu? Wie bringt man die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in eine Hand? Es gibt ja auch genug Dinge, für die andere zuständig sind und für die der Bund zahlen muss.

> „Bei den Strukturen gibt es in Österreich **eine Menge Einsparpotenzial.**“
>
> **Hans Jörg Schelling**

Sie haben die Frage der Aufgaben- und Kompetenzreform erwähnt …
Ich habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die eine Aufgabenkritik auf allen Ebenen durchführen soll. Ziel ist es herauszufinden, ob die Aufgaben auf der richtigen Ebene effizient und bürgernah gelöst werden. Eine zweite Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit der Aufgabenorientierung. Dabei geht es darum, klar zu definieren, welche Aufgabe auf welcher Ebene erbracht werden soll. Eine dritte Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit den Fragen der Transfers und der Transparenz. Im Gegensatz zu vielen anderen vertrete ich die Auffassung, dass man, wenn man den Gemeinden eine Aufgabe überträgt, keine zwischengeschaltete Ebene braucht, sondern dass man das Geld gleich direkt den Kommunen überweisen

„Die Gemeindevertreter sind für diese transparente Vorgehensweise, die Ländervertreter aber wollen, dass weiterhin alles über die Länder fließen soll." Minister Schelling kommentiert Reaktionen auf seinen Vorschlag, dass bei klarer Aufgabenzuordnung auch der Finanzstrom dorthin fließen soll.

kann. Das muss nicht via Bedarfszuweisung über die Länder gemacht werden.

Und dann gibt es noch eine Arbeitsgruppe, die sich mit autonomen Steuern beschäftigt. Hier habe ich erstens klargestellt: Wenn es Steuerautonomie gibt, dann nur im großen Stil und nicht als „Schotterabgabe". Und zweitens: Dort wo die Kompetenzen dann sind, dort sollen sie auch genutzt werden. Es sollte dann nicht mehr möglich sein, dass eine Kommune dann beispielsweise freiwillig auf die Grundsteuer verzichtet, aber im Finanzausgleich dafür Geld verlangt. Wenn es eine Steuerhoheit gibt, dann muss sie auch genützt werden.

Nachdem man 20 Jahre in der Frage der Kompetenzen nicht weitergekommen ist – Stichwort Verfassungskonvent –, habe ich gesagt, dass man das wohl über die Finanzen steuern muss. Wenn man die Geldmittel neu steuert, dann wird auch die Kompetenzverteilung neu zu verteilen sein. Das wird noch zu viel Aufregung führen, weil es sehr unterschiedliche Ansätze gibt. Da gibt es z. B. jene, die sagen: „Jeder Bürger muss gleich viel wert sein". Das kann man diskutieren. Andere wiederum sagen, dass man, wenn man die Aufgaben neu ordnet, die Zuständigkeit in eine Hand geben soll. Das, was in Österreich üblich ist – der eine bestellt, der andere zahlt –, wird auf Dauer nicht möglich sein. Allein, dass man die Zuständigkeit und die Verantwortlichkeit in eine Hand bringt, bedeutet eine deutliche Kompetenzverschiebung. Daran arbeiten wir intensiv.

> „Wenn man die Geldmittel neu steuert, dann wird auch die **Kompetenzverteilung neu zu verteilen sein**."
>
> **Hans Jörg Schelling**

Vielen wäre es am liebsten, wenn man es weiterhin so macht wie bisher: Das Geld wird verteilt und jeder kann es so ausgeben wie er möchte. Ich war kürzlich im Bundesrat, und da hat ein Abgeordneter zitiert, wofür Fördergelder ausgegeben werden. Ob etwa eine „Nacht der schlechten Texte" gefördert werden muss, kann man bezweifeln. Man kann auch darüber diskutieren, ob eine Gemeinde und ein Land gleichzeitig E-Bikes fördern müssen.

Ich weiß schon jetzt, dass jeder – Länder, Gemeinden etc. – für alle Einsparungsvorschläge zu haben ist –, aber nur, wenn sie einen anderen treffen. Es gibt ja jetzt schon Spannungen zwischen den Gemeindevertretern und den Ländern über meine Ankündigung, dass bei klarer Aufgabenzuordnung auch der Finanzstrom dorthin fließen soll. Die Gemeindevertreter sind für diese transparente Vorgehensweise, die Ländervertreter aber wollen, dass weiterhin alles über die Länder fließen soll.

Im Fachhochschulbereich funktioniert es beispielsweise sehr gut, dass die Gelder direkt verteilt werden. Das könnte im Kindergartenbereich genauso laufen.

Abgabenautonomie wäre für Sie eine ideale Lösung?
Man muss mehrere Dinge beachten. Wenn man die Steuerautonomie verlagert, dann muss es um einen größeren Betrag gehen. Wegen Kleinigkeiten zahlt sich der Aufwand nicht aus.

Das Zweite ist, dass man überlegen muss, auf welcher Ebene die Steuerautonomie funktioniert. Derzeit haben die Kommunen drei Steuerebenen: die Kommunalsteuer, die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer. Es wird darüber diskutiert werden, ob man das anders gestalten kann. Die Länder haben derzeit ja nur Abgabenautonomie, aber keine Steuerautonomie.

Wir denken auch darüber nach, wie man die kalte Progression beseitigen kann. Dazu brauchen wir eine Gebührenbremse, denn sonst passiert es, dass das, was die Bürgerinnen und Bürger an Gehaltserhöhungen bekommen haben, durch Steuern- und Abgabenerhöhungen zu einem guten Teil wieder verloren geht.

Im Zuge der Steuerreform hat man sich auf die sogenannte Verwaltungskostenbremse für alle Gebietskörperschaften geeinigt. Das bedeutet, dass die Kostensteigerung, die mit 2,7 Prozent prognostiziert ist, nur 1,7 Prozent betragen darf. Im Gesundheitsbereich wurde das bereits erfolgreich gemacht.

Gemeindekooperationen werden derzeit durch die Tatsache behindert, dass Gemeinden, die füreinander Dienstleistungen verrichten, Mehrwertsteuer zahlen müssen.
Derzeit werden interkommunale Kooperationen noch durch die europäische Rechtslage behindert, weil Mehrwertsteuer bezahlt werden muss. Ich habe die Europäische Kommission bereits darauf aufmerksam gemacht, dass das enorm hinderlich ist.

Wie machen das andere Länder?
Manche Staaten halten sich einfach nicht daran und riskieren ein Verfahren. Das ist vielleicht gar nicht schlecht, weil dann Bewegung in die Sache kommt. Ich bin überzeugt, dass die Gemeinden bereit sind, zusammen zu arbeiten. In vielen Bereichen funktioniert das auch schon sehr gut. Es geht ja nicht nur um die Zusammenarbeit kleiner Gemeinden, sondern auch die Kooperation einer kleinen Gemeinde mit einer großen Stadt. Aus meiner früheren Tätigkeit kenne ich ein Beispiel, wo in einer Vorarlberger Stadt ein Möbelhaus gebaut wurde und sich die umliegenden Gemeinden beschwert haben, dass die Stadt die Einnahmen aus der Kommunalsteuer erhält, während sie mit den Nachteilen – etwa im Verkehrsbereich – zu leben haben. In Vorarlberg erhält eine Kommune eine Genehmigung erst dann, wenn man sich mit den umliegenden Gemeinden auf die Verteilung der Kommunalsteuer geeinigt hat. Das halte ich für eine gute Lösung.

> „Ich habe die Europäische Kommission bereits darauf aufmerksam gemacht, **dass das enorm hinderlich ist**."
>
> **Hans Jörg Schelling**
> zur Besteuerung von Gemeindekooperationen

Haben Sie ein Minimalziel für die FAG-Verhandlungen?
Wir wollen in dem vorher skizziertem Rhythmus vorgehen: Aufgabenkritik, Aufgabenorientierung, Transparenz, interkommunale Zusammenarbeit, autonome Steuern. Und dann gibt es noch zwei Sonderblöcke: Pflege und Spitäler. Wir wollen möglichst viele Probleme aufgabenorientiert lösen, weil man dann aus dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel herauskommt – Aufgabe ist dann Aufgabe.

Wichtig ist mir, dass man die Möglichkeiten, die man hat, auch nutzen muss. Ein Beispiel aus meiner Erfahrung als Kommunalpolitiker: Wenn eine Gemeinde einen Kanal baut, dann kann sie ein Ansuchen um Förderung an das Land schicken. Das Land schreibt dann zurück, dass man nachweisen soll, dass die Kanalgebühren bereits so hoch sind, wie es vom Gesetz her möglich ist. Sonst erhält man keine Förderung. Ich könnte mir vorstellen, dass das generell so gemacht werden muss, denn eine Gemeinde, die ihre Möglichkeiten nicht nutzt, hat offensichtlich zu viel Geld.

Wenn eine Gemeinde keine Grundsteuer einhebt, dann sollte sie auch nicht sagen können: „Ich hebe die Steuer nicht ein, hätte aber gerne Geld aus dem Finanzausgleich". Und wenn ein Bundesland die Pensionen nicht auf das Niveau von Bundesbediensteten bringt, dann soll es nicht kommen und Geld aus dem Finanzausgleich fordern.

Wäre eine Art Pflegeversicherung für Erwerbstätige eine Möglichkeit, um Potenziale zu heben?
Man weiß, dass die Kosten für Pflege steigen. Die Kernfrage dahinter ist, wer das System steuert. Kann es in Zukunft auch möglich sein, dass ein Wildwuchs von Pflegeheimen entsteht, wo man Sachleistungen anbietet? Wie wird das mit der häuslichen Betreuung kombiniert? Für diese

Finanzminister Schelling im Gespräch mit Kommunalverlags-Chef Michael Zimper.

Fragen ist der Sozialminister zuständig, und er soll Vorschläge dafür machen.

Wäre es eine Überlegung, dass der Bund im Pflegebereich mehr Verantwortung übernimmt?
Wir können darüber diskutieren, aber nur dann, wenn wir auch einen Einfluss auf das Geschehen bekommen. Etwa beim Bau von Krankenhäusern. Viele werden ja errichtet, ohne dass jemals erhoben wurde, ob ein Bedarf besteht.

Es muss immer zunächst entschieden werden, wer verantwortlich und wer zuständig ist. Es kann nicht sein, dass einer zuständig ist, aber ein anderer die Verantwortung trägt. Wenn der Bund mehr Verantwortung übernehmen soll, dann muss er auch die Planung, Steuerung und Kontrolle übernehmen können. Die Mittel, die da vergeben sind, ist ja nicht das Geld des Finanzministers, sondern das Geld aller Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Wir Funktionsträger, vom Bürgermeister bis zum Finanzminister, haben die Verantwortung, dieses Geld vernünftig zu verteilen. Wer diese Verantwortung übernimmt, braucht auch die notwendige Entscheidungskompetenz.

Die Urbanisierung mit all ihren Auswirkungen wird gerne als globaler, nicht aufzuhaltender Trend bezeichnet. Sollte der ländliche Raum dennoch gefördert werden?
Es gibt für kaum eine Materie so viele Förderungen wie für den ländlichen Raum – auch auf EU-Ebene. Trotzdem wird man den Zuzug in die Städte nicht bremsen können. Kürzlich wurde kritisiert, dass es in Wien so viele Arbeitslose gibt. Das ist deswegen so, weil Menschen, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind, häufig in die Stadt ziehen.

ZUR PERSON
Hans Jörg Schelling, geboren am 27. Dezember 1953 in Hohenems, Vorarlberg, als Johann Georg Schelling, ist seit 1. September 2014 Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich. Er war unter anderem Mitglied des Gemeinderates von St. Pölten. Durch den Verkauf seiner Anteile an der Lutz-Gruppe 2009 wurde Schelling Millionär. Für seine Tätigkeit im Hauptverband der Sozialversicherungen ließ er sich eine Aufwandsentschädigung von 3000 Euro auszahlen. Schelling ist verheiratet und hat zwei Töchter aus erster Ehe.

Eine wichtige Frage scheint mir, wie man die Vorteile von Stadt und Land kombinieren kann. Ich denke, man muss eine Stadt und ihre Umlandgemeinden als Region betrachten, zum urbanen Raum auch den „urban-nahen" Raum dazu denken. Dann könnte man gemeinsam planen und entwickeln. Und dann könnte man – wie vorher an dem Beispiel aus Vorarlberg erwähnt – auch die Gelder besser verteilen.

In einer oberösterreichischen Gemeinde, in der es mehr Zweit- als Hauptwohnsitzbewohner gibt, hat man eine Umfrage gegen die Zweitwohnsitzbesitzer gemacht, weil man meint, dass diese die Preise in die Höhe treiben. Die in der Gemeinde ansässigen Betriebe haben sich aber gegen diese Initiative gewandt, weil ihnen klar ist, dass sie von den Zweitwohnsitzbesitzern leben. Was ich damit sagen will: Man muss vom eindimensionalen Denken wegkommen und Dinge von mehreren Seiten betrachten.

Für den ländlichen Raum ist die Frage des abgestuften Bevölkerungsschlüssels enorm wichtig. Wird er abgeschafft?
Zur Gänze wird das nicht gehen. Natürlich kann man fragen, ob Wien seine U-Bahnen alleine zahlen soll, obwohl pro Tag eine Million Menschen einpendeln. Ich werde mich dazu nicht äußern. Mein Ziel ist es, möglichst viele Dinge aufgabenorientiert zu lösen. Wenn die Aufgaben klar sind, kann man das auch anders regeln. Wie schon erwähnt, ist der Weg, den man bei den Fachhochschulen geht – also dass Geld pro Kopf verteilt wird – weitaus effizienter als andere Lösungen. Wichtig ist, dass sich alles dazu bekennen. Derzeit gibt es ja verschiedenste Vorschläge, die meist ideologisch motiviert sind. Wir versuchen derzeit, das auf eine Sachebene zu bringen.

Abschließende Frage: Wo möchten Sie einmal leben? Was muss eine Gemeinde bieten, damit Sie sich wohl fühlen?
Ich denke, ich werde mich nicht mehr viel verändern. Ich lebe in St. Pölten, das ist eine Stadt, die oft unter ihrem Wert geschlagen wird, weil sie die Vorteile des Lebens auf dem Land mit einer städtischen Infrastruktur verbindet.

Bei Begräbnissen stelle ich mir mittlerweile manchmal die Frage, wo ich begraben werden möchte. Da habe ich mehrere Möglichkeiten in der Auswahl, habe mich aber noch für keine entschieden.

FOTOS: KOMMUNAL/Hussak

Die Gemeinden haben auch in Krisenzeiten ihre Hausaufgaben gemacht und überall, wo es möglich ist, den Sparstift angesetzt.

GEMEINDEFINANZEN

SCHULDENSTAND DEUTLICH **REDUZIERT**

Während der Bund im Jahr 2014 rund 2,1 Milliarden Euro an Schulden zugelegt hat, konnten die Gemeinden mehr Schulden zurückzahlen als neu aufgenommen wurden.

Zufrieden zeigt sich Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer mit den jüngst veröffentlichten Daten der Statistik Austria zur Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes. „Aus Sicht der Gemeinden ist das Ergebnis sensationell“, so Mödlhammer. Die Kommunen (mit Wien) haben ihren Schuldenstand von 9,561 Milliarden Euro (4. Quartal 2014) auf nunmehr 9,260 Milliarden Euro reduziert. Das entspricht einer Senkung von 301 Millionen Euro oder 3,1 Prozent.

„Die Kommunen haben also auch im Jahr 2014 exzellent gewirtschaftet“, so Mödlhammer. „Während der Bund rund 2,1 Mrd. Euro an Schulden zugelegt hat, konnten wir positiv abschließen und sogar mehr Schulden zurückzahlen als neu aufgenommen wurden.“ Auch die Länder haben ein positives Ergebnis aufzuweisen und reduzierten ihre Verbindlichkeiten von 13,797 Milliarden Euro auf 13,476 Milliarden Euro. Durch den Bundeshaushalt stiegen die öffentlichen Verbindlichkeiten gesamt jedoch auf 280,247 Milliarden Euro (Qb4/2014: 278,089 Milliarden).

> „Die Gemeinden sind die **Sparmeister der Nation**.“
>
> **Helmut Mödlhammer,** Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

„Die Gemeinden sind die Sparmeister der Nation“, so Mödlhammer. „Sie haben in Krisenzeiten ihre Hausaufgaben gemacht und überall, wo es möglich ist, den Sparstift angesetzt. Natürlich geht das zum Teil auch zu Lasten von Investitionen, die dringend notwendig sind und die vorerst zurückgestellt wurden. Vor allem leiden wir aber unter Aufgaben, die uns von Bund und Ländern zusätzlich übertragen wurden und die wir nun auch noch finanzieren sollen“, kritisierte Mödlhammer.

„Dass man uns mit den Kosten für Ausbau und Betrieb der Kinderbetreuung weitgehend alleine lässt, das spüren wir in den kommunalen Haushalten sehr intensiv. Inzwischen sind wir beim Begriff ‚Anschubfinanzierung‘ sehr vorsichtig, wenn er vom Bund kommt. Damit ist meistens gemeint, dass wir in kurzer Zeit mit den Kosten alleine dastehen“, berichtet Mödlhammer aus leidvoller Erfahrung.

Die Auswertung der Statistik Austria wurde schon nach den Regeln des ESGV 2010 vorgenommen und enthält auch die ausgegliederten Einheiten und ihre Verbindlichkeiten.

BREITBAND

MEHR FRUST **ALS ANREIZ**

Der erste Call der Breitbandförderung brachte nicht den gewünschten Anschubeffekt

FOTOS: SHUTTERSTOCK.COM

Wir erinnern uns an die Ende Mai veröffentlichten und mit großen Erwartungen verknüpften Richtlinien für die Breitband-Infrastrukturförderung des BMVIT. Freilich war schon vorher bekannt, dass es eine enge Sache wird, die Anträge rechtzeitig und vollumfänglich zu stellen, standen für diesen so genannten „Ersten Call" der Förderung gerade einmal drei Monate zur Verfügung. Trotz Konsultation waren wichtige Fragen bis Ende Mai offen, etwa die Voraussetzungen der Förderfähigkeit von Projekten, die Förderlandkarte oder auch das Bewertungshandbuch.

Gebetsmühlenartig hat der Gemeindebund wiederholt, dass die Hürden für die Leerverrohrungsförderung nicht zu hoch sein dürfen, die formalen und inhaltlichen Voraussetzungen dürfen den ohnedies durch die zeitlichen Vorgaben entstandenen Flaschenhals nicht noch enger machen. Leider haben die verlautbarten Richtlinien diese Aufrufe nicht beachtet.

In den vergangenen Wochen haben der Gemeindebund und die Landesverbände daher ihre Mitgliedsgemeinden motiviert, nicht nur mögliche Förderungen anzusprechen, sondern vor allem auch auszusprechen, woran es bei dieser Förderung hapert. In einem Gespräch bei Minister Alois Stöger Ende Juni fand Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer klare Worte dafür. Förderungen müssen ein Anreiz sein und dürfen nicht abschrecken.

Schon im Konsultationsverfahren zuvor hatte der Gemeindebund sinnlose formale Hürden kritisiert. Etwa das verpflichtende Beratungsgespräch mit der Breitbandkoordinierung des Bundes, die kurze Einreichfrist bis Ende August und die mangelnde Bereitschaft, schon begonnene Projekte zu fördern. Auch das so genannte „Synergiekriterium" (Mitnutzung) verhindert die Förderung für Gemeinden, in denen die Einbauten mit keinen anderen Infrastruktur-Investitionen koordiniert sind. Dieses Kriterium ist nicht geeignet, das Versorgungsproblem in den peripheren Gebieten zu lösen.

> „Es ist darauf hinzuweisen, dass die Gelder der Breitband-Infrastrukturförderung **vor allem in die benachteiligten Regionen** fließen müssen."

Hinzu kommt das Problem, dass ein Breitbandbetreiber durch den Ausweis eines Gebietes für Kupferausbau („Vectoring") eine Förderung für die Leerverrohrung praktisch verhindern kann, da es ja theoretisch zu einem duplizierten Ausbau kommen könnte.

Ende Mai wurde ein wohl auf dem Breitbandatlas beruhender Fördergebietsatlas präsentiert. Seitdem weiß man auch, dass es Gemeinden gibt, die ein beim besten Willen förderfertiges Projekt in der Lade hatten, aber gar keine Förderungen beantragen konnten, weil die Gebiete gar nicht im Atlas standen. Ein weiterer bis dahin unbekannter Stolperstein ist die willkürlich eingezogene Nutzungsgrad-Hürde aus dem Bewertungshandbuch. Kurz gesagt war es mehr Frust als Anreiz.

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Gelder der Breitband-Infrastrukturförderung vor allem in die benachteiligten Regionen fließen müssen. Bis dato haben die Richtlinien aber keinen wirksamen Effekt gehabt. Der Gemeindebund wird sich daher für eine Verbesserung der Voraussetzungen einsetzen. Gerade deshalb sind die Gemeinden weiterhin aufgerufen, jene Hürden aufzuzeigen, woran eine sinnvolle Förderung von Breitband im ländlichen Raum scheitert. Wir danken für jede Rückmeldung.

STEUER

RECHTSFRAGEN ZUR **IMMOBILIENERTRAGSTEUER**

Seit 1. April 2012 unterliegen alle entgeltlichen Grundstücksveräußerungen einschließlich der kommunalen Grundstückstransaktionen der Immobilienertragsteuer.

TEXT / Dietmar Pilz

Aus dieser Steuer ergeben sich wie bei allen neuen Rechtsmaterien einige offene Fragen, zu denen das Bundesministerium für Finanzen wie folgt Stellung nimmt.

Fall 1:

Immobilienertragsteuer – Grundstückseinlage: Nach § 6 Z 14 lit b EStG wird. Die Einlage eines Grundstücks seitens einer Körperschaft öffentlichen Rechts in einen Betrieb gewerblicher Art (BgA – zum Beispiel ein Kindergarten, Freibad) ebenso als Tausch angesehen wie die Einlage eines Grundstücks einer Gemeinde in ihre Gemeinde GmbH, in der sie selbst alleiniger Gesellschafter ist. Solche Grundstück-Tauschvorgänge unterliegen seit 1. April 2012 gem. § 30 Abs. 1 letzter Satz EStG der Immobilienertragsteuer, wobei jeweils eine Anschaffung und eine Veräußerung vorliegen.
Die Frage an das Finanzminiseriums lautet, ob die Einlage eines Gemeindegrundstücks in einen BgA tatsächlich als Einlage und somit als Tausch zu werten ist. Dies vor dem Hintergrund, dass ein BgA im Unterschied zu einer GmbH keine Rechtsfähigkeit besitzt und daher Grundstücke weder selbstständig erwerben noch veräußern kann, wodurch diese Einlage nicht grundbuchsfähig ist – im Gegensatz zur Einlage eines Gemeindegrundstücks in ihre Gemeinde GmbH.

Die Antwort des Finanzministeriums: Nach der Judikatur des VwGH (17.2.1988, 86/13/0174; 27.3.1996, 93/15/0209) wird das Verhältnis zwischen Trägerkörperschaft und BgA dem Verhältnis eines Alleingesellschafters zu seiner GmbH gleichgestellt. Folglich sind auch im Verhältnis zwischen Trägerkörperschaft aufgrund des steuerlichen Trennungsprinzips Einlagen denkbar. Die Einlage von Wirtschaftsgütern einer Körperschaft in ihrem BgA ist demnach – wie die Einlage eines Gesellschafters in seine GmbH – auf Ebene der Trägerkörperschaft als Tausch gem. § 6 Z 14 lit b EStG 1988 anzusehen. Auf Ebene des BgA liegt ein steuerneutraler Einlagenvorgang gem. § 8 Abs. 1 KStG vor.
Der Umstand, dass der Betrieb gewerblicher Art zivilrechtlich nicht rechtsfähig ist, ist aufgrund der Steuersubjektfiktion des BgA im Körperschaftsteuerrecht unmaßgeblich. Aufgrund der beschränkten Steuerpflicht für Grundstückveräußerungen durch Körperschaften des öffentlichen Rechts seit 1. April 2012 ist folglich auch die Einlage von Grundstücken im Sinne des § 30 Abs. 1 EStG 1988 von Trägerkörperschaften in ihren BgA als Grundstückstauschvorgang steuerpflichtig.

Beispiel: Ermittlung der Immobilienertragsteuer bei Tauschvorgängen: Es geht um die Einlage einer als Bauland gewidmeten Liegenschaft, die im Jahr 1975 um 50.000 Euro erworben und auf der im Jahr 2015 ein Kindergarten errichtet wurde. Der gemeine Wert der Liegenschaft beträgt 120.000 Euro, was zu einer Immobilienertragsteuer von 3,5 Prozent, das sind 4200 Euro, führt. In diesem Zusammenhang stellt sich zwangsläufig die Frage, ob die Gemeinde diese für den Kindergarten genutzte Liegenschaft nicht in Form einer Nutzungsüberlassung dem BgA widmen kann. Aus den entsprechenden Körperschaftsteuerrichtlinien RZ 90 und 91 ist jedoch nicht eindeutig zu erkennen, ob die Möglichkeit der Nutzungsüberlassung eine Immobilienertragsbesteuerung ausschließt. Diese Rechtsfrage wurde bereits an das BMF zwecks Klärung übermittelt.

Fall 2:

Befreiung für selbst hergestellte Gebäude: Für selbst hergestellte Gebäude besteht nach § 30 Abs. 2 Z 2 EStG bei Veräußerungen eine Befreiung von der Immobilienertragsteuer. Für den Grund und Boden kann gem. den Einkommensteuerrichtlinien eine Bemessungsgrundlage iHv 20 Prozent des Veräußerungserlöses angesetzt werden. (Anmerkung: Nicht selbst hergestellte Gebäude sind z. B. über ein Immobilienleasingmodell angeschaffte Gebäude.)

Einnahmen aus der Wohnungsvermietung von Körperschaften des öffentlichen Rechts stellen keine Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung dar.

© Shutterstock/scythers

„GRUNDSÄTZLICH IST DIE **STEUERBEFREIUNG FÜR SELBST HERGESTELLTE GEBÄUDE** AUCH AUF KÖRPERSCHAFTEN ÖFFENTLICHEN RECHTS ANWENDBAR."

In Bezug auf selbst hergestellte Gemeindemietwohnhäuser wurde an das BMF außerdem die Frage herangetragen, ob bei Veräußerung dieser Objekte die Steuerbefreiung greift. Nach § 30 EStG kommt eine Befreiung nämlich nur dann zum Tragen, wenn das Gebäude in den vergangenen zehn Jahren vor der Veräußerung nicht der Erzielung von Einkünften aus Vermietung und Verpachtung gedient hat.
Die Einnahmen aus der Wohnungsvermietung von Körperschaften des öffentlichen Rechts stellen aber keine Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung dar, sondern begründen einen fiktiven BgA gem. § 2 Abs. 3 UStG (im Gegensatz zu § 2 Abs. 1 KStG). Nur letztgenannte BgAs erzielen Einkünfte.

Die Antwort des Finanzministeriums: Grundsätzlich ist die Steuerbefreiung für selbst hergestellte Gebäude auch auf Körperschaften öffentlichen Rechts anwendbar, sofern die Anwendungsvoraussetzungen erfüllt werden. Die entsprechende Steuerbefreiung nach § 30 Abs. 2 Z 2 EStG besteht daher auch für Körperschaften öffentlichen Rechts. Diese Befreiung kommt allerdings insoweit nicht zur Anwendung, als das Gebäude innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Veräußerung zur Erzielung von Einkünften verwendet wurde. Das betrifft insbesondere die Vermietung sowie die Nutzung für betriebliche Zwecke.
Das Gesetz zielt ausschließlich auf den Umstand der Nutzung zur Erzielung von Einkünften ab. Ob diese Einkünfte zu einer Steuerpflicht führen, ist dagegen nicht von Bedeutung.
Einkünfte aus der Nutzung liegen auch dann vor, wenn die Einkünfte nur aufgrund einer Steuerbefreiung nicht einer Ertragsteuer unterworfen sind. Die Steuerbefreiung der Einkünfte von Körperschaften des öffentlichen Rechts, die keinem Betrieb gewerblicher Art zuzurechnen sind, ändert nichts am Umstand, dass aus der Nutzung des Gebäudes Einkünfte erzielt werden.
Daher ist in diesem Fall eine Steuerbefreiung gem. § 30 Abs. 2 Z 2 EStG (Vermietung des gesamten Gebäudes) nicht anwendbar.

Beispiel: Immobilienertragsteuer bei Veräußerung selbst hergestellter Gebäude: Eine Gemeinde hat im Jahr 1965 eine Volksschule errichtet (Anschaffungskosten einschließlich Grund und Boden: 200.000 Euro) und veräußert dieses Objekt im Jahr 2015 um 350.000 Euro. Da das Gebäude selbst hergestellt wurde, unterliegt nur der Anteil von Grund und Boden der Immobilienertragsteuer. Dieser Anteil kann gemäß den Einkommensteuerrichtlinien (RZ 6645) mit 20 Prozent angesetzt werden, womit sich der Grundstückserlös mit 70.000 Euro (20 Prozent von 350.000) bemisst, was bei einem Pauschalsteuersatz von 3,5 Prozent eine Immo-ESt von 2450 Euro ergibt.

Fall 3:

Zeitpunkt der Geltendmachung von Anschaffungsnebenkosten bei der Regelbesteuerung: Anschaffungsnebenkosten sind bei der optionalen Regelbesteuerung im Jahr der Bezahlung (Zufluss-Abfluss-Prinzip) anzusetzen und vermindern in diesem Ausmaß bei privaten Grundstücksveräußerungen den Veräußerungsgewinn (bzw. erhöhen den Veräußerungsverlust). Als Anschaffungsnebenkosten fallen speziell bei Gemeinden Infrastrukturkosten wie die Herstellung von Kanal- und Wasserversorgungsanlagen, Gemeindestraßen oder Stromanschlüssen (etwa bei Betriebsansiedlungsprojekten) an.
Wie ist vorzugehen, wenn die Anschaffungsnebenkosten erst nach Abfuhr der Immobilienertragsteuer aufgewendet werden, wenn also beispielsweise die Immobilienertragsteuer im Jahr 2014 entrichtet wurde und Anschaffungsnebenkosten erst im Jahr 2015 geleistet werden?

Die Antwort des Finanzministeriums: Anschaffungsnebenkosten sind als Teil der Anschaffungskosten bei der Einkünfteermittlung von Einkünften aus privaten Grundstücksveräußerungen gem. § 30

Abs. 3 EStG zu berücksichtigen. Darunter fallen auch nachträgliche Anschaffungsnebenkosten.
Aufgrund des Zufluss-Abfluss-Prinzips sind die Anschaffungsnebenkosten allerdings erst dann als einkünftemindernd anzusehen, wenn sie auch tatsächlich verausgabt werden. Sollte dieser Zeitpunkt erst nach Erzielung der Einnahmen liegen, ist zwischen folgenden Möglichkeiten zu unterscheiden:

a) **Die Anschaffungsnebenkosten fließen nach Entrichtung der ImmoESt, aber im selben Veranlagungszeitraum ab.**
Eine Korrektur der entrichteten ImmoESt ist lediglich im Rahmen der Veranlagung möglich. Die nachträglichen Anschaffungsnebenkosten sind daher unter Ausübung der Veranlagungsoption gem. § 30 b Abs. 3 EStG im Rahmen einer Veranlagung der Einkünfte aus privaten Grundstücksveräußerungen (Körperschaftsteuererklärung) zu berücksichtigen.

b) **Die Anschaffungsnebenkosten fließen in einem späteren Veranlagungszeitraum ab, also nachdem die Einnahmen aus der Grundstücksveräußerung zugeflossen sind.**
Der Anschaffungskosten sind im Abflussjahr zu berücksichtigen; es kommt daher in diesem Jahr zu negativen Einkünften aus privaten Grundstücksveräußerungen.
Werden Akontozahlungen im Jahr des Zuflusses des Veräußerungserlöses geleistet, sind diese im Rahmen der Einkünfteermittlung zu berücksichtigen. Kommt es in späteren Veranlagungszeiträumen zu einer Reduktion der Akontozahlung (Rückzahlung an die Gemeinde), sind diese Beträge als (positive) nachträgliche Einkünfte aus Grundstücksveräußerungen zu erfassen und entsprechend zu versteuern.

STEUERPFLICHTIGER VERÄUSSERUNGSGEWINN BEI NACHTRÄGLICH GELEISTETEN ANSCHAFFUNGSNEBENKOSTEN

Verkaufspreis		1,200.000,00 €
Anschaffungskosten samt Anschaffungsnebenkosten	1,000.000,00 €	
Akontozahlung Anschaffungsnebenkosten 2015	150.000,00 €	1,150.000,00 €
Veräußerungsgewinn 2015		50.000,00 €
Immobilienertragsteuer (25%)		12.500,00 €

Im Falle einer Reduzierung der Anschaffungsnebenkosten um z. B. 10.000 Euro im Jahr 2016 unterliegt dieser Betrag der Immobilienertragsteuer iHv 25 Prozent, das sind 2500 Euro.

Beispiel: Nachträglich geleistete Anschaffungsnebenkosten: Eine Gemeinde veräußert ein von ihr aufgeschlossenes Grundstück für Betriebsansiedlungen zu einem Kaufpreis von 1,200.000 Euro. Der Zufluss des Kaufpreises erfolgte im Juni 2015. An Anschaffungskosten und Anschaffungsnebenkosten (Infrastrukturmaßnahmen) wurden bis zu diesem Zeitpunkt 1,000.000 Euro aufgewendet. Da es sich bei dem veräußerten Grundstück (bereits im Jahr 2010 als gewidmetes Bauland erworben) um Altvermögen handelt, ergibt sich eine Immobilienertragsteuer iHv 42.000 Euro (3,5 Prozent Pauschalsteuersatz von 1,2000.000 Euro).
Die Gemeinde hat sich darüber hinaus im Kaufvertrag verpflichtet, weitere Infrastrukturmaßnahmen (Asphaltierung der Zufahrtswege) in Höhe von 150.000 Euro (Anbotshöhe) im Frühjahr 2016 durchzuführen. Diese Anschaffungsnebenkosten erhöhen jedoch nur dann die Aufwendungen bei Ermittlung des Veräußerungsgewinnes 2015, wenn sie – zumindest in Form einer Akontozahlung iHv 150.000 Euro – bis spätestens 31. Dezember 2015 geleistet werden.
Bei Option zur Regelbesteuerung ergibt sich ein steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn, wie in unserer Grafik dargestellt.

Steuerreformgesetz 2015/16:
Das Steuerreformgesetzes 2015/16 sieht bei privaten Grundstücksverkäufen folgende Neuerungen vor:

- Entfall des Inflationsabschlages (§ 30 Abs. 3 EStG).
- Erhöhung des Steuersatzes von 25 Prozent auf 30 Prozent für Grundstücksveräußerungen ab 1.1.2016 (§ 30 a EStG). Bei Körperschaften (also auch bei Gemeinden) bleibt der Steuersatz weiterhin unverändert bei 25 Prozent (führt z. B. der legitimierte Parteienvertreter irrtümlich 30 Prozent ImmoESt ab, dann besteht die Möglichkeit, über die Regelbesteuerung die zu viel entrichtete Abgabe mittels einer Körperschaftsteuererklärung im Folgejahr rückzufordern).
- Ohne Nachweis sind von den Anschaffungskosten eines bebauten Grundstücks 40 Prozent als Anteil des Grund und Bodens auszuscheiden (neu § 16 (1) Z 8 d EStG). Wenn die tatsächlichen Verhältnisse offenkundig erheblich abweichen, dann gilt diese Annahme nicht. Diese Regelung wird auch bei der Ermittlung des Anteils des Grund und Bodens bei der Befreiung von selbst hergestellten Gebäuden (siehe **Fall 2**) anzuwenden sein.

PROF. DIETMAR PILZ IST FINANZEXPERTE DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
Dietmar.Pilz@austin-bfp.at

BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

DAS „GEMEINDEMINISTERIUM“

Das Bundesministerium für Inneres ist für eine Reihe von Angelegenheiten der Gemeinden zuständig und ist Servicepartner der Gemeinden in Sicherheitsfragen.

Ob Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen im Bereich der Gemeindeorganisation, des Gemeindewahlrechts oder bei Grenzänderungen: In einer Reihe von Gemeindeangelegenheiten ist das Bundesministerium für Inneres (BMI) zuständig. Damit ist die Innenministerin auch „Gemeindeministerin“. Diese Rolle ist historisch auf die Zuständigkeit für innere staatliche Verwaltung zurückzuführen. Nach § 2 des Bundesministeriengesetzes, Anlage H, Zi. 8, sind die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, insoweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes fallen, dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen. Handelt es sich um die Gemeinde berührende Angelegenheiten, die von anderen Ministerien führend behandelt werden, hat die Innenministerin ein Mitspracherecht. Die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes in Gemeindeangelegenheiten bezieht sich auf verfassungsrechtliche Fragestellungen.

Für die Angelegenheiten der Gemeinden ist die Abteilung III/7 (Rechtsangelegenheiten und Datenschutz) – neben der Abteilung III/1 (Legistik) und dem Referat III/1/a (Fremdlegistik) – zuständig. Laut Geschäftseinteilung hat die Abteilung III/7 im Bereich der Gemeinden unter anderem folgende Aufgaben: „Angelegenheiten der Gemeinden, Gemeindeverbände und Verwaltungsbezirke; Beratung der Behörden und Organe der Länder und Gemeinden im Zuständigkeitsbereich der Abteilung.“ Auf Grund des genannten Zuständigkeitsbereiches ergibt sich im BMI folgendes:

- Gemeindeorganisationsrecht: Hier handelt es sich zwar um eine unmittelbare Kompetenz der Länder (Art. 115 Abs. 2 B-VG); zu allen gesetzlichen Maßnahmen (Entwürfe und/oder Beschlüsse) der Länder in diesem Bereich werden vom BMI aber Stellungnahmen im Verfahren nach Art. 97 Abs. 2 B-VG bzw. §§ 9, 14 F-VG 1948 abgegeben.
- Gemeindewahlrecht: Auch hier gibt das BMI – wie beim Gemeindeorganisationsrecht – in der Regel Stellungnahmen durch die Abteilung III/6 (Wahlangelegenheiten) ab.
- Darüber hinaus bestimmt § 8 Abs 5 lit. d ÜG 1920, dass (außer in Wien) Änderungen in den Grenzen der Ortsgemeinden, durch die die Grenzen der Gerichtsbezirke berührt werden – unbeschadet der Einhaltung der in Betracht kommenden landesgesetzlichen Vorschriften – der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen. Änderungen in den Sprengeln der politischen Bezirke oder der autonomen Bezirke werden durch Verordnung der Landesregierung mit Zustimmung der Bundesregierung, Änderungen in den Sprengeln der Bezirksgerichte durch Verordnung der Bundesregierung mit Zustimmung der Landesregierung verfügt.

Sicherheitsstammtisch (oben): Bürgerinnen und Bürger können ihre Anliegen und Fragen zum Thema Sicherheit an die Vertreter der Polizei, der Gemeinde und anderer Organisationen richten. Beamte der Kriminalprävention (links) geben Tipps zur Verhinderung von Straftaten und zum sicheren Umgang im Internet.

Sicherheitsstammtisch: Vertreter von Gemeinden, Organisationen und Behörden treffen einander mit Polizisten der zuständigen Polizeiinspektion zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch im Rahmen eines Sicherheitsstammtisches. Dort werden aktuelle Themen und Probleme in den Gemeinden besprochen und gemeinsam Lösungen vorgeschlagen.

Servicenummer der Polizei

059 133

www.bundeskriminalamt.at
www.facebook.com/bundeskriminalamt

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES

FÖRDERUNG

BIOMASSE ZUR NACHHAL WÄRMEVERSORGUNG

Rund 1500 Biomasse-Heizwerke und Heizkraftwerke versorgen österreichische Gemeinden und deren Bürger und Betriebe bereits mit klimaschonender Wärme aus regional verfügbaren Brennstoffen und erhöhen damit auch die regionale Wertschöpfung.

Was erwartet sich eine Gemeinde von einem Biomasseheizwerk? Grundsätzlich, es profitabel betreiben zu können – und zwar nachhaltig: in wirtschaftlicher, in technischer und natürlich in ökologischer Hinsicht!
Am besten erreicht sie das, indem sie ihren Handlungsspielraum nutzt und aktiv beim Konzipieren und Planen der Nahwärmeversorgung mitwirkt. Das betrifft zuallererst die flächendeckende und systematische Energiebedarfserhebung und ein gezieltes Erschließen sinnvoller Versorgungsgebiete.

Danach ist es ratsam, sich auf Kernversorgungsgebiete mit hohem Wärmebedarf auf engem Raum zu beschränken, um einen effizienten wirtschaftlichen Betrieb von Wärmenetzen und Heizwerken sicherzustellen. Gleichzeitig sollte man aber schon zukünftige Ausbauszenarien mitbedenken, denn auf jeden Fall sollte ein Biomasseheizwerk Teil eines Gesamtenergiekonzepts von Gemeinden sein, das auch Strategien zur Wärmeversorgung von Objekten beinhaltet, die aufgrund der Lage nicht zielführend an ein Nahwärmeprojekt angeschlossen werden können. Die Entscheidung zur nachhaltigen Wärmeversorgung mittels Biomasse bedeutet in jedem Fall: „Wir binden uns langfristig!“

Eine Nahwärmeversorgung kann nicht einfach abgeschaltet oder stillgelegt werden, da es langfristige Wärmelieferverträge gibt und die an die Nahwärmeversorgung angeschlossenen Wärmekunden auf die Wärmeversorgung angewiesen sind. Umso bedeutender ist, dass ja nichts schief geht. Wie stellt man also den Erfolg eines so langfristigen Infrastrukturprojekts wie die leitungsgebundene Wärmeversorgung möglichst sicher?

Wesentlich ist zum einen die Unterstützung und Befürwortung durch die Gemeinde und deren Bürger, die mit erneuerbarer Wärme versorgt werden sollen. Obwohl die Heizwerke zumeist nicht von den Gemeinden selbst errichtet und betrieben werden, so tragen die Gemeinden doch ein hohes Maß an Verantwortung mit.

Zum anderen ist für einen erfolgreichen Anlagenbetrieb eine professionelle und zuverlässige Planung, eine technisch hochwertige Ausführung und eine gewissenhafte Betriebsführung Grundvoraussetzung. Schließlich

Das Biomasseheizwerk Flachau ist ein Musterbeispiel für effiziente und regionale Wärmeversorgung.

FOTOS: © Holzwärme Flachau GmbH / BMLFUW.gv.at

TIGEN

soll ja ein langfristig attraktiver und leistbarer Wärmepreis sichergestellt werden können.

Genau dafür gibt es das klima**aktiv**-Programm Qualitätsmanagement Heizwerke des BMLFUW. Es unterstützt Errichter und Betreiber von Biomasseheizwerken bei der Realisierung hocheffizienter Heizzentralen und Wärmenetze, indem Planung, Bau und erste Betriebsphase von speziell geschulten Qualitätsbeauftragten begleitet werden, die für das richtige Umsetzen und Einhalten der Vorgaben eines speziellen Qualitätsmanagementsystems garantieren. Was eine konsequente betriebliche Optimierung mit Unterstützung von Förderstellen und Experten bewirken kann, sieht man am Beispiel des Heizwerks in Flachau (S): Wenn man Biomasseheizwerke auf Basis eines schlüssigen Gesamtkonzepts und unter Einhaltung grundlegender Effizienzkriterien errichtet und betreibt, sind sie wirtschaftlich und ökologisch erfolgreich, tragen maßgeblich zu einer klimaschonenden und nachhaltigen Energieversorgung bei und erhöhen die regionale Wertschöpfung.

Kontaktpersonen und weiterführende Informationen: www.klimaaktiv.at/qmheizwerke

GENERATION BLUE

IT-GERÄTE CLEVER EINKAUFEN UND NUTZEN

Bei der Neuanschaffung von Computern, Druckern oder Servern unterstützt die Klimaschutzinitiative klimaaktiv des BMLFUW Gemeinden bei der Ausschreibung und der Auswahl der Geräte. Energieeffiziente IT-Geräte brauchen bis zu 70 Prozent weniger Strom.

Ohne Computer und dazugehörige Peripheriegeräte funktioniert heute keine Gemeinde oder Schule mehr. Die vielen zusätzlichen Elektrogeräte erhöhen allerdings auch den Energieverbrauch, und das führt zu hohen Stromkosten für die Gemeinde. Aber gerade im IT-Bereich können die Nutzerinnen und Nutzer durch entsprechende Konfigurationen der Geräte rasch Stromeinsparungen erzielen. Bei der Neuanschaffung von Computern, Druckern oder Servern unterstützt die Klimaschutzinitiative klimaaktiv des BMLFUW Gemeinden bei der Ausschreibung und der Auswahl der Geräte. Energieeffiziente IT-Geräte brauchen bis zu 70 Prozent weniger Strom, sind in der Anschaffung meist nicht teurer und können genauso viel wie herkömmliche Geräte.

Wer gleich mit dem Stromsparen loslegen will, findet auf www.b2b.topprodukte.at viele Tipps rund um energiesparende Nutzung der EDV-Ausstattung. Unter anderem etwa praktische Nutzungs- und Konfigurations-Tipps oder Kriterien für den Gerätekauf. Ebenso dabei sind Empfehlungen für energieeffiziente Geräte und Ausschreibungsempfehlungen für EDV-Geräte.

Wer nach maßgeschneiderten Energiesparlösungen sucht, kann gerne auch persönliche Hilfe anfordern. Das Angebot reicht von der Überprüfung der IT-Geräte vor Ort, Beratung beim Gerätekauf bis hin zu Workshops und Vorträgen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

www.b2b.topprodukte.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

GESTALTEN & ARBEITEN

ENERGIEWENDE
Die Herausforderungen auf dem Weg zu den Erneuerbaren
Seite 82

TIROLER NATURSCHUTZGESETZ
Auswirkungen auf Wasserkraft
Seite 92

KOMMUNALMESSE
Zukunftsforen und ein Praxistag sind die Highlights der Messe
Seite 98

INVESTIEREN IN **ERNEUERBARE ENERGIEN**

Die Gründe, um in erneuerbare Energien zu investieren, sind zahlreich. Sei es, um die CO_2-Emmissionen zu verringern, den Verbrauch fossiler Ressourcen zu vermeiden, oder um energieautark und unabhängig von Stromimporten zu werden. KOMMUNAL wirft einen Blick auf die Situation in Österreich.

Das Wasserkraftwerk Stadtwehr in Waidhofen an der Ybbs kostete (inkl. 1 Mio. Förderung) rund 6 Millionen Euro. Laut Experten werden sich die Baukosten in 25 Jahren amortisiert haben.

TEXT / Andreas Hussak

In erneuerbare Energien zu investieren ist grundsätzlich löblich, sind doch aus wirtschaftspolitischer und umweltfreundlicher Sicht die Vorteile massiv im Überhang. Zudem gibt es Sicherheit und ein gutes Gefühl, zu wissen, dass der Strom, den man verbraucht, lokal produziert wird. Ausschlaggebend, ob derartige Investitionen schlussendlich aber tatsächlich getätigt werden, ist die finanzielle Rentabilität, und diese ist einerseits davon abhängig wie hoch die Investitionskosten sind und andererseits zu welchem Preis man das Produkt Strom verkaufen kann.

Nun hat der Staat Österreich ein fundamentales Interesse, dass in erneuerbare Energien investiert wird. Er versucht daher das Risiko bezüglich der finanziellen Rentabilität zu verringern und setzt zu beiden zuvor erwähnten Aspekten entsprechende Maßnahmen. Die Höhe der Investitionskosten wird durch Förderungen für Wind-, Wasser-, PV- und Biomassekraftwerke abgefedert. Und die Unsicherheit, zu welchem Preis man den selbstproduzierten Strom an den Mann bringen kann, eliminiert der Staat mittels fixer Einspeisetarife sowie der Garantie, Grünstrom aus zugelassenen Ökostromanlagen abzunehmen.

Das Interesse des Staates speist sich aus zwei Quellen. Zum einen ist das der Nationale Aktionsplan für erneuerbare Energien (NAP), der der Europäischen Union gegenüber als verbindlich erklärt wurde, und zum anderen ist das das Ökostromgesetz aus dem Jahr 2012, dessen Zielvorgaben jene des NAP noch übersteigen.

Da sich die österreichische Elektrizitätswirtschaft einem gegenwärtig starken Wandel unterworfen sieht, überrascht es nicht, dass die Investitionen in konventionelle Kraftwerke zurückgegangen sind. Die verstärkten Schwankungen und Dezentralisierung der Stromherstellung im Zuge des Erstarkens der erneuerbaren Energiegewinnung veranlassten den Staat, aktiv zu werden und regulierend einzugreifen. Es soll eine europaweite Infrastruktur geschaffen werden, die technische Ausfälle zu vermeiden hilft.

10
Megavoltampere Leistung darf eine Anlage maximal haben, um noch als Kleinwasserkraftwerk zu gelten.

20
Euro mehr, beträgt heuer die Ökostromumlage für einen durchschnittlichen österreichischen Haushalt als noch 2014 (83€).

30
Jahre lang erhalten in Tschechien Wasserkraftbetreiber den garantierten Einspeisungstarif. In Österreich sind es 13 Jahre.

Das bedeutet zumindest eine teilweise Erneuerung des jetzigen Netzes, und das kann für die erneuerbaren Energien nur positiv sein.
Angenommen, man hat nun eine Anlage, mit deren Hilfe man Ökostrom erzeugen kann. Mit welchen Förderungen darf man rechnen?
Laut Ökostromgesetz ist das abhängig von der jeweils eingesetzten Technologie, in jedem Fall handelt es sich allerdings um garantierte, feste Einspeisetarife oder um Zuschüsse zu Investitionen. In Ausnahmefällen ist auch beides – feste Tarife und Investitionszuschuss – möglich. Zertifikate kommen keine zum Einsatz.

Wieviel bedeutet das nun aber konkret? Der Tarif für die Einspeisung von Energie aus Windkraftanlagen liegt bei 9,27 Cent pro Kilowattstunde. Bei kleinen und mittleren Wasserkraftanlagen hat man die Qual der Wahl. Entweder man entscheidet sich für Investitionszuschüsse, die bis zu 30 Prozent der Investitionskosten ausmachen können, oder – vorausgesetzt man betreibt eine Kleinwasserkraftanlage bis 2 Megawatt Engpassleistung – man beantragt gestaffelte Einspeisetarife. Letztere bewegen sich heuer abhängig von mehreren Faktoren (z. B. Art, Menge) von 3,17 bis 10,34 Cent.
Handelt es sich allerdings um eine PV-Anlage muss man darauf achten, wo sie installiert ist. Befindet sie sich auf einer Freifläche, so gibt es ab heuer überhaupt keine geförderten Tarife mehr. Ist es hingegen eine gebäude- oder fassadenintegrierte Anlage, winkt ein Tarif von 11,50

Cent pro Kilowattstunde. Zusätzlich dazu kann man um einen 30-prozentigen Investitionszuschuss ansuchen, womit bei Bewilligung der Tarif de facto auf 13,70 Cent steigt. Voraussetzung dafür: Die Anlage ist kleiner als 200 kWp aber größer als 5 kWp. Warum? Über 200 kWp gibt es ab heuer keine Förderung mehr, und unter 5 kWp fällt die Anlage nicht unter das ÖSG, sondern wird stattdessen durch den Klima- und Energiefonds gefördert.

Im Großen und Ganzen ist das alles gut und durchdacht. Potenziellen Betreibern wird in Österreich eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit geboten. Und wie beabsichtigt, sind die erneuerbaren Energien auch wirklich sukzessive dabei, ihre Marktanteile zu erhöhen. Was also könnte mögliche Ivestoren überhaupt zögern lassen? Nichts?

Doch. Und zwar das klassische föderale Problem der Kompetenzaufteilung. Das Aufsichtsrecht ist nämlich einerseits auf Bund und andererseits auf die Länder aufgeteilt. Konsquenz daraus: Neun verschiedene Bundesländer bedeutet neun verschiedene (und mitunter sehr verschiedene) Rechtsordnungen.
Hinzu kommt, dass mitunter durch überbordende Widmungsbeschränkungen die angestrebte oder zumindest ökonomisch und ökologisch sinnvolle Errichtung stark erschwert ist.
Irgendwie muss das wohl so sein. Perfekt ist nichts und niemand. Verstecken braucht sich Österreich mit seinem Modell allerdings auch nicht. Dank des hohen Grades an Wasserkraft hatte es schon immer einen verhältnismäßig hohen Anteil an sauberer und erneuerbarer Energie. Diesen Anteil gilt es nun weiter auszubauen und zu diversifizieren.

Das Ökostromgesetz

Mitte 2011 wurde eine Novelle zum Ökostromgesetz (ÖSG) veröffentlicht, die eine Reihe von Zielen entweder bestätigt oder neu erlassen hat. Das ÖSG 2012 musste von der EU-Komission genehmigt werden und trat folglich erst vier Monate nach Genehmigung durch sie in Kraft.

Das Gesetz verfolgt mehrere Ziele: Neben der Versorgungssicherheit und dem Umweltschutz strebt es an, die Investitionssicherheit sowohl für bereits bestehende, als auch für zukünftig errrichtete Anlagen zu gewährleisten. Es zielt auf einen effizienen Fördermitteleinsatz ab und soll bis heuer die Abhängigkeit von Atomstromimporten bilanziell beseitigen. Weiters setzt es technologiepolitisch einen Schwerpunkt, um geförderten und verwendeten Technologien zur Marktreife zu verhelfen. Ebenfalls bis heuer soll sich der Ökostromanteil an der Gesamterzeugung auf 15% steigern, und es ist bereits erkennbar, dass dieses Ziel übererfüllt wird.

ANDREAS HUSSAK
IST REDAKTEUR BEI KOMMUNAL

ÖSTERREICHS VERBORGENER SCHATZ

UNGENUTZTER **ROHSTOFF ENERGIE**

Reich an Bodenschätzen ist Österreich nicht gerade. Zumindest nicht, was man in klassischem Sinne darunter versteht. Wertvolle Rohstoffe birgt das Alpenland dennoch. Sei es die saubere Luft, das kristallklare Quellwasser oder die Kraft der Natur. Diese Urgewalt in ihren zahlreichen Erscheinungsformen zu nutzen ohne sie dabei zu zerstören, ist der richtige Weg in Richtung Energieautarkie.

Millionen Euro rinnen uns täglich durch die Finger, wehen uns um die Ohren, blenden uns im wahrsten Sinne des Wortes, und dennoch nehmen wir sie nicht einmal wahr. Sie tun das nämlich nicht in gedruckter, oder geprägter Form, sondern viel subtiler. Sie stecken in dem Rohstoff Energie.

Energie gibt es in Österreich im Überfluss. Trotzdem befinden wir uns in der kuriosen Lage, große Mengen an Energie(trägern) importieren zu müssen. Das fängt bei diversen fossilen Brennstoffen an und geht bis zu Stromimporten aus Gewinnungsarten, die als nationales Tabu gelten. Aber warum ist das so?
Wir befinden uns in dieser Lage, weil wir die natürliche Energie, die uns umgibt, erst einfangen, bändigen und transformieren müssen, um sie für uns nutzbar zu machen, und das geschieht noch viel zu wenig.

In Österreich schlummert ein riesiges, ungenutztes Potenzial an natürlichen Energien, und das in unterschiedlichen Formen: Da gibt es die Windenergie, die Wasserkraft, die Solarenergie, Geothermie und Wärmepumpen oder die Power, die in Biomasse steckt – um nur einmal die gängigsten zu nennen.
Diese Kräfte für sich nutzbar zu machen, ist der Schlüssel zur nachhaltigen Lebensstandardsicherung, zu mehr Unabhängigkeit und zu einem Ausweg aus dem fortschreitenden Raubbau an Mutter Erde. Eine zweifellos gute Sache. Wie also stellt man es am besten an? Sicherlich auf die effizienteste Art und und Weise. Doch welche ist das? Nun, das ist abhängig von der Umgebung. Ein Solarkraftwerk in Rattenberg sollte wohl ebensowenig die erste Wahl sein wie ein Laufkraftwerk am Donau-Oder-Kanal oder ein Windrad im tief bewaldeten Alpental.

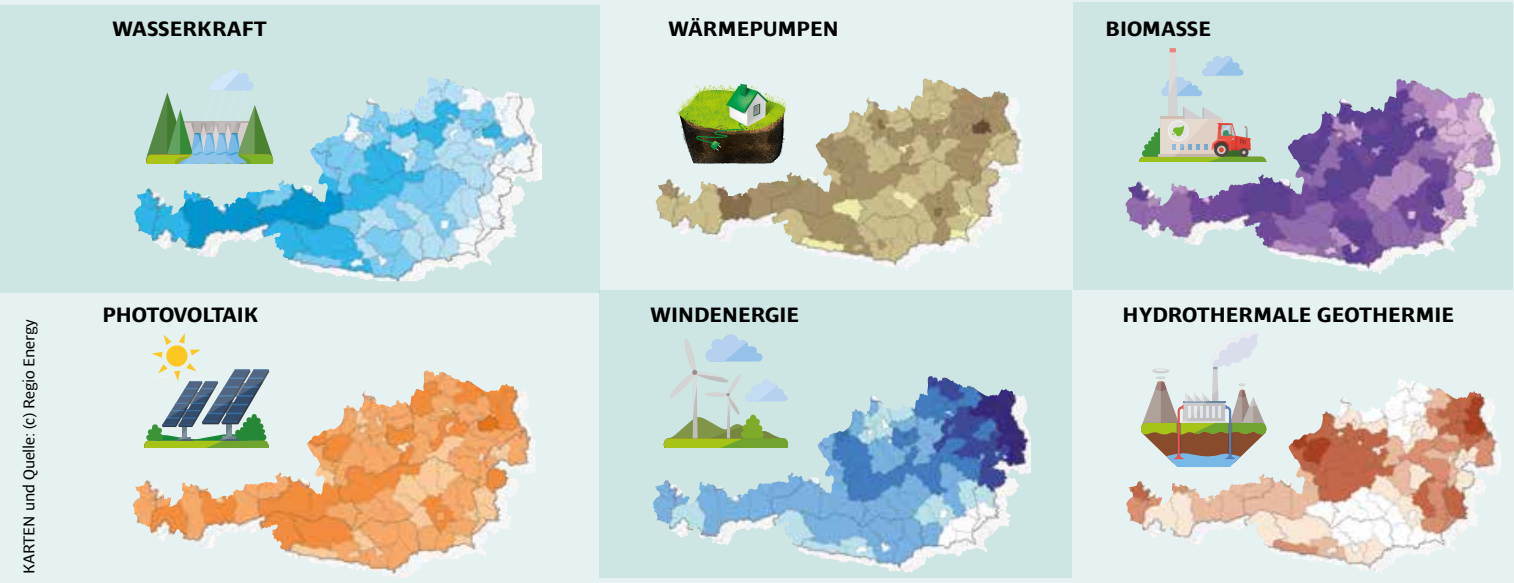
Im Rahmen des Projekts „Energie der Zukunft“ identifizierten mehrere Forschungsgruppen und Institutionen gemeinsam für jeden Bezirk Österreichs die meistversprechenden Energiegewinnungsarten. In einigen Regionen werden diese ermittelten Energiegewinnungsformen schon eifrig angewandt. Es zeigte sich aber auch, dass in manchen Gegenden noch sehr viel ungenutztes Potential auf seinen Gebrauch wartet.

Im Falle der Windkraft sind gegenwärtig die Bezirke Neusiedel am See, Gänserndorf, Bruck an der Leitha und St. Pölten-Land, jene mit der höchsten Stromerzeugung. Sie liegen auch in jenen Regionen, die als am günstigsten für die Gewinnung der Windenergie angesehen werden: dem hügeligen Alpenvorland und dem östlichen Flachland. An den Grenzen zur Slowakei und zu Ungarn hin befindet sich auch nach wie vor das größte noch auszuschöpfende Zuwachspotenzial. Interessant ist aber auch die Erkenntnis, dass im nördlichen Waldviertel, in der Gegend um Waidhofen und Horn, in Kärnten im Raum Villach, und im oberösterreichischen Innviertel, vor allem um Ried, noch einiges an Windkraft eingefangen werden will. Nichtsdestotrotz ist

17

Tausend Tonnen an CO_2-Emissionen jährlich spart das Kleinwasserkraftwerk Hallstatt ein, indem es über 4000 Haushalte mit Ökostrom versorgt.

REGIONALE VERTEILUNG DER ENERGIEPOTENZIALE ERNEUERBARER ENERGIEN IN ÖSTERREICH



KARTEN und Quelle: (c) Regio Energy

„Energie der Zukunft“: Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden die Potentiale für Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien und deren regionale Verteilung in Österreich untersucht. Dünklere Farbtöne bedeuten höheres Potential für die jeweilige Energieart.

Strom aus Windkraft ein zu 90 Prozent ostösterreichisches Phänomen.

Geht es um die Wasserkraft, verhält sich das Ost-West-Gefälle genau umgekehrt. Dem windkraftlastigen Osten steht ein wasserkräftiger Westen gegenüber. Schneeschmelze, Speicherkraftwerke und die naturgegebene Entwässerung der Täler über Bäche, Flüsse, Aachen und Ströme prädestinieren die Gebirgsregionen zur Energiegewinnung aus dem flüssigen Nass. Vor allem in Tirol, und da in Imst, Schwaz und Innsbruck Land, aber auch in den benachbarten Bludenz und St. Johann im Pongau ließe sich künftig noch mehr Strom produzieren. Die Forscher fanden aber auch heraus, dass um das oberösterreichische Steyr und um Perg, ebenso wie im Kärntner Völkermarkt und in Wien dem Wasser noch weit mehr Energie abgetrotzt werden könnte als bisher.

Wiederum anders zeigt sich das Bild, sobald es um die Stromgewinnung mittels Photovoltaik geht. Abgesehen vom östlichen Weinviertel steckt das meiste Entwicklungspotential entlang des Alpenhauptkammes, in der Tauernregion und in Osttirol. Wohlgemerkt wenn es um die Stromerzeugung geht. Bei der Solarthermie gibt es nämlich in noch stärkerem Ausmaß vor allem um die Ballungszentren theoretische Zuwachmöglichkeiten: Im oberösterreichischen Zentralraum beispielsweise, im Grazer Umland, im Innviertel und im Salzkammergut, in großen Teilen Tirols sowie in und um Wien. Dabei sollten aber nicht die Relationen außer acht gelassen werden. Im Vergleich zur Wind und Wasserkraft spielt die Photovoltaik eine marginale Rolle. Der Löwenanteil an erneuerbarer Energie entfällt in Österreich auf die Wasserkraft, und deren Potenzial ist großteils ausgeschöpft. An zweiter Stelle folgt die Windkraft, bei der es sich genau andersrum verhält und der größte Anteil am theoretisch möglichen noch gar nicht ausgeschöpft wird. An dritter Stelle käme dann die Energiegewinnung aus Biomasse, bei der die Verwertung jener aus dem Forstbereich bereits höhere Ausbaugrade aufweist als etwa die aus Äckern oder der Viehwirtschaft. Starke Potenziallagen hat Biomasse übrigens in der Steiermark und im nördlichen Nieder- und Oberösterreich.

Tatsächlich steckt in Österreichs Umwelt so viel erneuerbare Energie (die mit dem heutigen Stand der Technik auch bereits gewonnen werden könnte), dass hinsichtlich der Stromproduktion eine Vollversorgung absolut realistisch ist. Mehr als die Hälfte aller Bezirke können ein Vielfaches ihres eigenen Energiebedarfs abdecken und so die dicht besiedelten urbanen Regionen mitversorgen. Anders sieht es hingegen noch bei der Wärmeversorgung aus. Mit der forstlichen Biomassse als Hauptquelle könnten ländliche Gebiete bis zu zwei Drittel ihres Wäremebedarfs abdecken. Dicht besiedelte Gebiete halten dabei aber nicht mehr mit. Weiterentwicklungen von Technologien wie der Geothermie sind also gefragt.

17

Milliarden Euro gab Österreich im Jahr 2012 für Energieimporte aus.

17

Millionen Euro stehen 2015 insgesamt für das Förderprogramm Photovoltaik-Anlagen des Klimafonds zur Verfügung.

INTERVIEW

„HERAUSFORDERUNGEN DER **ENERGIEWENDE**“

Während die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien in vollem Gange ist, arbeitet die Austrian Power Grid (APG) mit Hochdruck daran, auch die Stromleitungen für die neuen Anforderungen fit zu machen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

KOMMUNAL • Bis 2020 plant Österreichs E-Wirtschaft über 16,3 Milliarden Euro an Investitionen, davon acht Mrd. Euro für umweltfreundliche Stromerzeugung und 8,3 Mrd. für den Ausbau der Netze. Die APG selbst beziffert ihren Netzinvestitionsbedarf bis 2024 im NEP 2014 mit rund 2,5 Mrd. Was sind die wichtigsten Projekte? Wie sieht der Fortschritt beim Lückenschluss im Hoch- und Höchstspannungsnetz (380-kV-Ring) aus?

ULRIKE BAUMGARTNER-GABITZER: Unser 10-Jahres-Investitionsprogramm sieht bis 2024 eine jährliche Investitionssumme von rund 140 Mio. Euro vor. Die Mittel fließen zum einen in neue Leitungsprojekte wie den Bau der Salzburgleitung vom Netzknoten Tauern zum Umspannwerk Salzburg oder den Ersatzneubau der Weinviertelleitung aufgrund des hohen Alters der Leitung und zur Einbindung der dort neu entstehenden Windkraftwerke. Ein beträchtlicher Teil der Investitionen geht aber auch in die Modernisierung und Verstärkung unserer bestehenden Anlagen, die zum Teil bereits viele Jahrzehnte in Betrieb sind und den neuen Anforderungen an die Stromnetzinfrastruktur angepasst werden müssen.

Die Salzburgleitung ist nach wie vor im UVP-Genehmigungsverfahren. Wir würden uns wünschen und gehen auch davon aus, dass die zuständigen Behörden noch im Herbst dieses Jahres einen erstinstanzlichen Bescheid erlassen.

ZUR PERSON
Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer ist Vorstandsvorsitzende der Austrian Power Grid AG

Und wir hoffen, dass wir dann beim Schluss des für Österreich so wichtigen 380-kV-Sicherheitsrings zügig vorankommen.

Im Vergleich zum Strukturumbau bei der Erzeugung geht der Netzausbau nur sehr schleppend voran. Was ist der Grund dafür?

Hauptgrund dafür ist, dass die Genehmigungsverfahren für große Leitungsbauprojekte sehr komplex und daher auch sehr langwierig sind. Das österreichische UVP-Gesetz sieht eine maximale Verfahrensdauer bis zur erstinstanzlichen Entscheidung von neun Monaten vor. Bei der Salzburgleitung läuft das Verfahren aber zum Beispiel bereits seit 34 Monaten. Und wir warten nach wie vor auf eine Entscheidung der UVP-Behörden. Vor allem bei so wichtigen Infrastrukturvorhaben wie der Salzburgleitung ist dies ein inakzeptabler Zustand. Wir müssen hier zu wesentlich rascheren Verfahren kommen – und zwar ohne dabei die Qualität der Umweltverträglichkeitsprüfung zu beeinträchtigen. Ich bin überzeugt, das ist auch machbar.

Inwieweit kann und wird die Einführung der Smart Meter in Österreichs Haushalten die notwendigen Investitionskosten beim Netzausbau zu minimieren helfen?

Ich denke nicht, dass Smart Meter Netzinvestitionen minimieren – ganz im Gegenteil. Smart Meter können den Endkunden mehr Transpa-

„IN ZUKUNFT WERDEN **WINDKRAFT UND PHOTOVOLTAIK** EINE IMMER BEDEUTENDERE ROLLE SPIELEN."

renz bei deren Stromverbrauchsverhalten bringen und damit Energieeinsparungen ermöglichen. Die Verteilnetzbetreiber investieren in den kommenden Jahren sehr hohe Summen in die Intelligenz ihrer Netze. Das Übertragungsnetz der APG ist bereits seit Jahren smart. Das liegt daran, dass unsere Hauptaufgabe darin besteht, in jeder Sekunde das exakte Gleichgewicht zwischen Stromerzeugung und -verbrauch in Österreich zu gewährleisten. Das können Sie nur mit einem intelligenten Netz bewerkstelligen.

Durch die anteilsmäßige Erhöhung der erneuerbaren Energien steigen auch die Schwankungen in der Stromproduktion und Verteilung. Welche Investitionen sind in Österreich notwendig, um die dazu erforderlichen Speicher- und Transportkapazitäten zu gewährleisten?
Unser 10-Jahres-Netzentwicklungsplan (NEP) sieht rund 140 Mio. Euro jährlichen Investitionsbedarf im APG-Netz vor. Der Haupttreiber dieses ambitionierten Programms ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir müssen in der Stromnetz-Hardware mit der raschen Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Stromerzeugung mithalten. In Zukunft wird aber auch die Verbesserung der Software zunehmend an Bedeutung gewinnen. Denn das Systemmanagement wird mit steigendem Anteil an Erneuerbaren an der gesamten Stromerzeugung immer herausfordernder. In diesem Bereich werden künftig Investitionsschwerpunkte zu legen sein.

„Österreich kommt bei der Stromübertragung aufgrund seiner **zentralen Lage** im Herzen Europas eine besondere Bedeutung zu.

Redaktionell gekürzt. Volltext auf **kommunal.at**

Welche Bedeutung haben regionale Kleinkraftwerke für die Energiesicherheit und wie effizient sind sie aus Sicht des Übertragungsnetzbetreibers? Sind viele kleine, dezentrale Kraftwerke ein Segen, da sie nahe am Verbraucher einspeisen und die großen Netze entlasten, oder sind sie eine Herausforderung?
Jede Erzeugungsform hat ihre ganz eigene Charakteristik und übernimmt daher auch ihre eigene Funktion im Stromversorgungssystem als Ganzes. Wir als APG müssen im Bereich der Infrastruktur das Gesamtsystem managen. Und wir orientieren uns daher an den sich abzeichnenden langfristigen Entwicklungen. In der Erzeugungslandschaft der Zukunft werden Windkraft und Photovoltaik eine immer bedeutendere Rolle spielen– national, aber insbesondere auch international. Diese Erzeugungsformen müssen sinnvoll in das Stromversorgungssystem integriert werden. Um die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit aber nicht zu gefährden, werden wir auch weiterhin flexible thermische Kraftwerke brauchen, die in der Lage sind, Erzeugungsschwankungen der Erneuerbaren jederzeit auszugleichen.

Vielen Dank für das Gespräch.

FOTO © Karl Michalski / Austrian Power Grid AG

AUSTRIAN POWER GRID (APG) MUSS NETZ VERSTÄRKEN

BALANCEAKT STROMVERSORGUNG

Die europäische Stromversorgung ist im Umbruch. Der starke Zubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen erfordert zusätzliche Anstrengungen, um das zwingend notwendige Gleichgewicht zwischen Stromerzeugung und -verbrauch in jeder Sekunde zu halten.

Erzeugung und Verbrauch im Gleichgewicht

Die Stromversorgung basiert auf einem einfachen physikalischen Grundprinzip: In jeder Sekunde muss exakt so viel Strom erzeugt werden, wie gerade verbraucht wird. Grund dafür ist, dass Strom nicht beliebig gespeichert werden kann. Kippt das Gleichgewicht, drohen großflächige Stromausfälle.

„In jeder Sekunde das Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch zu halten ist die Kernaufgabe der Austrian Power Grid", erläutert Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer, Vorstandsvorsitzende der APG. „Was vermeintlich leicht klingt, wird angesichts der aktuellen Veränderungen am europäischen Stromsektor zum täglichen Balanceakt: Je höher der Anteil der Erzeugung aus Windkraft am gesamten Stromaufkommen wird, desto massiver sind die Schwankungen, die das Stromnetz abfangen muss. Und umso häufiger müssen Netzbetreiber wie die APG ausgleichend eingreifen."

APG investiert in sichere Stromzukunft

Windkraft und Photovoltaik brauchen ein Stromnetz, das auch mit starken Leistungsschwankungen zurechtkommt. „Der Umbau unserer Stromversorgung in Richtung erneuerbarer Energiequellen erfordert massive Investitionen in unser Stromnetz", so Baumgartner-Gabitzer. „Wir investieren in den kommenden zehn Jahren über 140 Mio. Euro jährlich in die Verbesserung unserer Anlagen. Nur so können wir auch in Zukunft das hohe Niveau der österreichischen Stromversorgung halten."

Ein ganz zentrales Projekt ist die Salzburgleitung. Alleine in dieses Projekt fließen insgesamt über 600 Mio. Euro. Investitionen in das heimische Stromnetz sind wichtige Zukunftsinvestitionen und ein wichtiger Impuls für die heimische Wirtschaft. Rund 80 Prozent der investierten Mittel kommen der österreichischen Wirtschaft zugute.

FOTO: Karl Michalski

Nerven aus Stahl: Auch der APG-Leitungstrupp muss während der Arbeit in luftiger Höhe das Gleichgewicht halten.

APG AUSTRIAN POWER GRID STROM BEWEGT

MEHR INFOS
Kontakt und weitere Informationen zur Austrian Power Grid und ihren Aufgabenbereichen erhalten Sie unter **www.apg.at**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

FIT FÜR EINE NACHHALTIGE ZUKUNFT

BRUCK AN DER MUR SETZT AUF ENERGIEEFFIZIENZ

Bruck an der Mur setzt auf Energieeffizienz und erneuerbare Energie, und das nicht erst seit gestern. Die ganzheitliche Konzeption der Energieprojekte war goldrichtig und macht Bruck zum Best-Practice-Beispiel.

Seit langem beschreitet die im Herzen der Steiermark liegende Stadt Bruck an der Mur den nachhaltigen Weg in Richtung Energie-Selbstversorgung. So wurden in den vergangenen Jahren – getreu dem ökologisch bedeutungsvollen Motto: „Die beste Energie ist die, die nicht verbraucht wird!" – sämtliche gemeindeeigenen Wohnungen thermisch saniert. Darüber hinaus entschieden sich die Gemeindeverantwortlichen sehr früh dafür, die benötigte Energie effizient einzusetzen und aus erneuerbaren Energiequellen bereitzustellen.

2008 wurde durch die Brucker Biofernwärme GmbH eine Biomasse-Nahwärmeanlage mit einer Kesselleistung von 8 MW errichtet. Die höchsten emissionstechnischen Anforderungen fanden durch den Einbau eines Elektrofilters und einer Rauchgaskondensationsanlage Berücksichtigung.

2012 erfuhr das vom Büro für Erneuerbare Energie - Riebenbauer ganzheitlich konzipierte Nahwärmeprojekt eine erhebliche Effizienzsteigerung durch die Einspeisung der ausgekoppelten Industrieabwärme aus dem ortsansässigen Papiererzeugungsunternehmen Norske Skog in das Nahwärmenetz.

Mit dieser Maßnahme können 6 MW Industrieabwärme einer ökologisch sinnvollen und effizienten Nutzung zugeführt werden.

Die ersten Objekte, die an das Fernwärmenetz angeschlossen wurden, waren die öffentlichen Gebäude der Stadt Bruck an der Mur. Die österreichweit einzige Höhere Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft wird seither mit Nahwärme aus Biomasse versorgt.

Weitere Abnehmer der Brucker Biofernwärme sind Wohnbauten der „Brucker Wohnbau- und Siedlungsvereinigung e. gemeinn. Gen.m.b.H.", der „Ennstal gemeinnützige Wohn- und Siedlungsgenossenschaft", das „Pius Institut der Kreuzschwestern", das Kulturzentrum oder der Gartenbau Schacherl.

Seit 2014 wird auch das Landeskrankenhaus Bruck an der Mur mit ökologisch wertvoller Wärme aus Biomasse und industrieller Abwärme versorgt.

20 km Fernwärmenetz bilden eine wichtige Infrastrukturmaßnahme für die zukünftige Entwicklung der Stadt Bruck an der Mur.

Mit der bewussten Entscheidung für Energieeffizienz und erneuerbare Energie spart die Stadt Bruck an der Mur mittlerweile 750.000 l Heizöl, 840.000 m³ Gas und 4.426 t/Jahr CO_2 ein. Damit wurden neue Maßstäbe in der Energiepolitik einer so bedeutenden steirischen Gemeinde wie Bruck an der Mur gesetzt.

Biomasseheizwerk Bruck an der Mur

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER GMBH

MEHR INFOS UND KONTAKT

E-Mail: office@riebenbauer.at
Web: **www.riebenbauer.at**

BÜRO STEIERMARK
Hauptplatz 13
8243 Pinggau
T +43 3339 25 113
F +43 3339 25 113 - 18
M +43 664 344 87 20

BÜRO BURGENLAND
Industriestraße 26/7
7400 Oberwart
T +43 3352 20 229
F +43 3352 20 229 18
M +43 664 854 62 86

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SALZBURG WOHNBAU

ENERGIESYSTEME DER ZUKUNFT

Der Salzburg Wohnbau ist es im Baubereich wichtig, nicht nur am Puls der Zeit zu sein, sondern sogar einen Schritt voraus. Mit der energieeffizienten Wohnanlage „Rosa Zukunft“ im Salzburger Stadtteil Taxham wurden intelligente Energienetze der Zukunft – sogenannte Smart Grids – bereits Realität.

Foto: Neumayr

Die beiden Salzburg Wohnbau-Geschäftsführer Dr. Roland Wernik (li.) und DI Christian Struber versuchen immer einen Schritt voraus zu sein.

Foto: christof-reich.com

2013 wurde das erste Smart Grid-Wohnbauprojekt „Rosa Zukunft“ fertiggestellt.

Rosa Zukunft“ wurde im Rahmen der „Smart Grids Modellregion Salzburg 1.0“errichtet. Bei diesem Programm wurden insgesamt 15 Projekte, die sich mit innovativen Lösungen für einen totalen Umbau des Energiesystems beschäftigen, verwirklicht. Jetzt stehen die Experten mit der „Smart Grid Region Salzburg 2.0“ in den Startlöchern. Dabei wird mit Siemens, der Salzburg AG und AIT, dem Austrian Institute of Technology, das unter den europäischen Forschungseinrichtungen der Spezialist für die zentralen Infrastrukturthemen der Zukunft ist, zusammengearbeitet.

Neue Forschungsprojekte

Drei Bauvorhaben der Salzburg Wohnbau werden integrativer Bestandteil dieses großen Forschungskomplexes „Smart Grid Region Salzburg 2.0“ sein. Einzelne Forschungsprojekte werden bei der geplanten Wohnanlage auf dem Areal der Bärgründe im Stadtteil in Gneis (136 Wohnungen), dem Bauprojekt auf dem freiwerdenden Betriebsgebiet der Firma Windhager in Seekirchen (ca. 100 Wohnungen) und den neuen Wohnungen auf dem Gelände der ehemaligen Rauchmühle (rund 100 geförderte Wohnungen) – ebenfalls in der Stadt Salzburg – umgesetzt werden. Dabei wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein Brennstoffzellenprojekt am Areal der Rauchmühle realisiert werden. Ein weiterer großer Schwerpunkt wird im Bereich der Energiespeicherung gesetzt werden.

Austausch mit internationalen Experten

Ein dritter großer Teilbereich ist ein eigener „Smart-City-Ansatz“, bei dem man auch erstmals internationale Erfahrungen mit Partnern aus Norwegen austauschen wird. Smart City ist ein Sammelbegriff für gesamtheitliche Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen,
Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, nachhaltiger und sozial inklusiver zu gestalten. Diese Konzepte beinhalten technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen. Durch die Herausforderungen des Klimawandels und der demografischen Entwicklung geht es vor allem darum, für die Bereiche Energie und Mobilität in Verbindung mit der Nutzung moderner Kommunikationstechnologien neue Lösungsansätze für die Zukunft zu entwickeln.

MEHR INFOS
Informationen über aktuelle Projekte der Salzburg Wohnbau in Stadt und Land Salzburg unter **0664/1443716**, **www.salzburg-wohnbau.at** oder
www.facebook.com/sbg.wohnbau

SALZBURG WOHNBAU
WIR BAUEN VOR

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Mit dem Projekt konnte gezeigt werden, das man mit der heutigen Technik eine vollwertige Beleuchtung mit Solar realisieren kann.

SONNE SCHEINT IN KÄRNTEN AUCH NACHTS

VOLLWERTIGE SOLARBELEUCHTUNG

Im Jahr 2014 startete die Kärntner Gemeinde Schiefling mit den Überlegungen für eine Ortsbeleuchtung für den Ortsteil Techelweg. Eine schmale Straße, die abschnittsweise zwischen den Häusern verläuft und eine Länge von zirka 800 Meter hat, sollte beleuchtet werden. Gegen eine nachträgliche Verkabelung sprachen die fertige Asphaltierung, der enge Ortskern, die bestehende Infrastruktur (Strom, Kanal, Wasserleitungen) sowie die lange Bauzeit und die dadurch entstehenden Verkehrsbehinderungen. Daher überlegte man die Anschaffung einer autarken Solarbeleuchtung statt einer herkömmlichen netzgebundenen Beleuchtungslösung. Vergangenen Herbst wurden vier Testleuchten aufgestellt und über drei Monate getestet. In diesem Zeitraum wurden die verschiedenen Fabrikate sowohl lichttechnisch vermessen als auch die Akkulaufzeit und Kapazität sowie Lichtbündelung (auf die Straße und nicht in die Häuser) überprüft. Durchgesetzt hat sich dabei die Solar-Beleuchtungslösung der Kärntner Firma CONGAIA. Ein leistungsstarkes 80 Watt-Solarmodul versorgt die Solarbeleuchtungen mit Energie und speichert diese in einem 60 Ah-Akku. Diese Energie reicht für mehrere Wochen Licht. Beim Kostenvergleich zwischen Solarbeleuchtung und der verkabelten Beleuchtung waren beide Varianten fast identisch.

Gas Connect Austria stellt ein modernes und leistungsfähiges Pipelinesystem bereit, über das schnell, sauber und umweltschonend Erdgas innerhalb Österreichs und nach Europa transportiert wird. Entsprechend den Marktanforderungen entwickeln wir ein umfassendes Angebot an Logistik-Dienstleistungen für Kunden aus dem In- und Ausland. www.gasconnect.at

GAS CONNECT AUSTRIA
Energy, everywhere.

Ein OMV Unternehmen

Vor drei Jahren ging die erste Senioren-Rikscha in Kopenhagen auf ihre Jungfernfahrt.

Ehrenamtliche Rikscha-Fahrer für Senioren: Für das Recht auf „Wind im Haar“

Wer im Alter nicht mehr Fahrrad fahren kann, darf sich wieder auf frischen Fahrtwind und wehende Haare freuen. Möglich gemacht wird dies durch spezielle Senioren-Rikschas, die von ehrenamtlichen Fahrern gelenkt werden. Was in Dänemark begann, findet auf der ganzen Welt immer mehr Nachahmer. Auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind in Zusammenarbeit mit Seniorenheimen erste Rikscha-Initiativen entstanden, teilt VoluNation, das Expertenportal für weltweite Freiwilligenarbeit, mit. Vor drei Jahren ging die erste Senioren-Rikscha in Kopenhagen auf ihre Jungfernfahrt. Ein junger Mann hatte die Idee dazu, als er dichten Fahrradverkehr auf alten Schwarz-Weiß-Fotos entdeckt hatte. Daraufhin bot er Bewohnern von Seniorenheimen an, sie regelmäßig in einer Rikscha durch Kopenhagen zu fahren. Die Gäste werden während des Rikscha-Ausflugs in Zeiten zurückversetzt, in denen sie noch selbst in die Pedale treten konnten. Passend zu diesem Konzept lautet das Motto der Rikscha-Bewegung: „Alle haben das Recht auf Wind in den Haaren“. Mehr Infos unter:

www.radelnohnealter.de
www.cyclingwithoutage.org

Regenwasser: Starkregen und Siedlungswasserwirtschaft

Die deutsche Mall GmbH hat im Mai 2015 eine Marktstudie zur dezentralen Regenwasserbewirtschaftung vorgestellt, für die sie Antworten von 1900 Architekten, Ingenieuren und Behördenvertretern ausgewertet hat, die sich mit dem Thema Regenwasser beschäftigen Ziel war es herauszufinden, wie die Branche die Zukunftschancen dezentraler Maßnahmen einschätzt.
Themen der Zukunft sind Starkregen, Regenwasserversickerung und -behandlung sowie die Gestaltung des urbanen Stadtklimas.

Weitere Infos unter www.mall.info.

Frage: Wie entwickelt sich aus Ihrer Sicht die Nachfrage in der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung?

ANGESAGT

Kompakte Präsentation

„Für mich ist immer auch der Donnerstag-Vormittag der Kommunalen Sommergespräche interessant, wenn Kommunalkredit-Chef Steinbichler seine Finanz-Analysen vorträgt. Das bekommt man sonst nirgendwo so kompakt gut präsentiert.“

Christian Schleritzko, Konsulent des Gemeindebundes und Finanz-Experte

„Das Tourismusland Österreich ist attraktiv und wettbewerbsfähig.“

Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftsminister, bei der Präsentation der Juli-Werte der Statistik Austria, die Nächtigungs-Höchstwerte zu Tage brachte

FOTOS: Jakob Glaser / www.cyclingwithoutage.org / Bundesheer/Martin Hoerl / Gemeindebund / BMLFUW/Alex Gretter

ERNEUERBARE ENERGIEN

BRÜCKENTECHNOLOGIE ERDGAS

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Viele Milliarden Kubikmeter Erdgas fließen pro Jahr nahezu unbemerkt durch die österreichischen Netze. Erdgas leistet einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und ist gleichzeitig idealer Partner für erneuerbare Energien. Als sogenannte Primärenergie kann es direkt ohne Umwandlung genutzt werden. Bei der Verbrennung von Erdgas entsteht wesentlich weniger CO_2 als bei herkömmlichen Energieträgern wie Kohle oder Öl und praktisch kein Feinstaub. Zum idealen Partner für Erneuerbare wird Erdgas, weil es immer verfügbar und – im Gegensatz zu Sonne und Wind – auch in großen Mengen problemlos speicherbar ist.

Gas Connect Austria betreibt in Österreich ein modernes und leistungsstarkes Erdgas-Hochdrucknetz und sorgt mit seiner langjährigen Erfahrung für dessen sicheren Betrieb. Als zentrale Drehscheibe im europäischen Erdgas-Netzwerk werden neben Österreich auch weite Teile Europas wie Deutschland, Frankreich, Slowenien, Kroatien und Ungarn versorgt.

Erdgastransport: umweltfreundlich und effizient

Das Pumpen von Erdgas durch Pipelines ist der effizienteste Weg, große Mengen an Energie zu transportieren. Der Erdgastransport durch das unterirdische Leitungsnetz erfolgt besonders umweltschonend. Gas Connect Austria setzt beim Betrieb und Ausbau seiner Erdgasinfrastruktur auf eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Grundeigentümern und Gemeinden. Damit kann auch in Zukunft die ausreichende Versorgung Österreichs und seiner Nachbarländer mit Erdgas sichergestellt werden.

KONTAKT
Gas Connect Austria GmbH
Floridotower
Floridsdorfer Hauptstraße 1
1210 Wien
www.gasconnect.at

Uralt und noch immer voller Energie: Mutter Natur.

Der Natur geht niemals die Kraft aus. Pflanzen- und Tierwelt erneuern sich permanent selbst und erzeugen dabei Biomasse, die wir hervor-ragend für Treibstoff-, Strom- und Wärmegewinnung nutzen können. Nachwachsende Rohstoffe (NAWAROS) und Energiesparbewusstsein bilden das Rückgrat eines die Schöpfung bewahrenden, nachhaltigen Energiekonsumverhaltens. Unsere Natur ist die älteste und zugleich auch modernste Energiequelle. Sprechen Sie mit uns über Erneuerbare Energie – das Natürlichste der Welt.

BÜRO FÜR ERNEUERBARE ENERGIE
ING. LEO RIEBENBAUER

www.riebenbauer.at , office@riebenbauer.at , T 03339 25 113

NOVELLE DES TIROLER NATURSCHUTZGESETZES

NATURSCHUTZ UND **WASSERKRAFT**

Mit der Novelle des Tiroler Naturschutzgesetzes wurden Neuregelungen getroffen, die vor allem für Wasserkraftanlagen relevant sind. Diese Neuregelungen bewegen sich aber teilweise in einem gewissen Spannungsfeld zu bundesrechtlich erlassenen Gesetzen und auch zur EU-Vogelschutz-Richtlinie.

TEXT / Paul Reichel

Am 28. 1. 2015 wurde durch LGBl Nr. 14/2015 die letzte Novelle zum Tiroler Naturschutzgesetz 2005 (idF Tir NSchG 2005) kundgemacht. Diese enthält mehrere Neuerungen, von denen jene hervorgehoben werden sollen, die Wasserkraftanlagen betreffen. Mit der Novelle wurde die Interessenabwägung gemäß § 29 Abs. 2 Tir NSchG 2005 modifiziert: Für die (neuerliche) Erteilung der Bewilligung für befristet bewilligte Wasserkraftanlagen bzw. die Änderung von bestimmten bestehenden Wasserkraftanlagen sollen in der Interessenabwägung auf Seiten des Naturschutzes lediglich die nachteiligen Auswirkungen auf den ökologischen Zustand der Gewässer samt den hierfür maßgeblichen Uferbereichen zu berücksichtigen sein. Dies ist insofern erstaunlich, als der Schutz der unionsrechtlich gebotenen gewässerökologischen Zielsetzungen ohnehin (bundesrechtlich) durch das Wasserrechtsgesetz (WRG) abgedeckt wird. Ob die Nicht-Berücksichtigung anderer Schutzgegenstände des Tir NSchG 2005 tatsächlich die gewünschte Verwaltungsvereinfachung bringen wird, bleibt abzuwarten.

Ausweisung hochwertiger Gewässerstrecken: Im Fall des Bestehens bundesrechtlicher Planungen nach dem WRG soll die Landesregierung ermächtigt werden, hochwertige Gewässerstrecken auszuweisen. Dies mit der Folge, dass bestimmte Vorhaben dort ausnahmslos verboten sind. Dabei handelt es sich nach den Erläuterungen um solche, welche „typischerweise" zu einer Verschlechterung des ökologischen Zustands führen. Betroffen sind hier in erster Linie Wasserkraftanlagen. Im Ergebnis werden hier also bereits durch das WRG bundesrechtlich geregelte Regelungszusammenhänge tangiert. Das WRG eröffnet dem Projektwerber allerdings im Fall einer Verschlechterung des ökologischen Zustands durch ein konkretes Projekt noch die Möglichkeit einer Ausnahmebewilligung gemäß § 104 Abs. 2 leg. cit. (nach Durchführung einer Abwägung der widerstreitenden öffentlichen Interessen bzw. Alternativenprüfung). Für die Beurteilung derselben Parameter soll jedoch in derartigen „hochwertigen Gewässerstrecken" nach dem Tir NSchG 2005 eine Ausnahme explizit ausgeschlossen und auch keiner Interessenabwägung zugänglich sein (die Erläuterungen sprechen bezeichnenderweise davon, dass in diesen Fällen die Interessenabwägung bereits auf Gesetzes- und Verordnungsebene vorweggenommen wird).

„Die Novelle offenbart eine verfassungsrechtliche Problematik: Fragen der Verschlechterung des ökologischen Zustandes bzw. der Erreichung der unionsrechtlich gebotenen Umweltziele sind bereits bundesrechtlich im WRG geregelt."

ZUR PERSON

Mag. Paul Reichel ist Rechtsanwalt und betreut als Spezialist für Umweltrecht die Genehmigung von Industrieanlagen, Energieprojekten, Infrastrukturmaßnahmen und Sportstätten. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Tätigkeit liegt in der Vermeidung von Haftungsfällen beim Grunderwerb im Wasser- und Abfallrecht
Mail: **office@nhp.eu**
Web: **www.nhp.eu**

Hier offenbart sich eine nicht zu unterschätzende verfassungsrechtliche Problematik: Fragen der Verschlechterung des ökologischen Zustandes bzw. der Erreichung der unionsrechtlich gebotenen Umweltziele sind bundesrechtlich im WRG geregelt. Nunmehr werden durch den Landesgesetzgeber bei bestimmten Gewässerstrecken dieselben bereits wasserrechtlich zu beurteilenden Gesichtspunkte strenger geregelt.

Vogelschutz: Neue Ausnahmemöglichkeit von artenschutzrechtlichen Verboten für Vorhaben der Energiewende: Wie bisher ist die Behandlung des Lebensraumes von Vögeln, die durch die EU-Vogelschutz-RL geschützt sind, in einer Weise, dass ihr weiterer Bestand in diesem Lebensraum erheblich beeinträchtigt oder unmöglich wird, verboten. Mit der Novelle wurde nun für „Vorhaben der Energiewende" eine Ausnahmemöglichkeit von diesem Verbot geschaffen, wenn es keine andere zufriedenstellende Lösung gibt und sonstige zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder anderweitiger positiver Folgen für die Umwelt die Erteilung der Bewilligung rechtfertigen.

Nachdem der genannte Verbotstatbestand nicht (explizit) in der EU-Vogelschutz-RL erwähnt wird, geht der Landesgesetzgeber laut Erläuterungen davon aus, er könne Ausnahmebewilligungen auch von anderen als in der EU-Vogelschutzrichtlinie genannten Voraussetzungen abhängig machen (das Europarecht lässt eine Ausnahme von artenschutzrechtlichen Verboten, bei der auch öffentliche Interessen sozialer oder wirtschaftlicher Art berücksichtigt werden können, nur bei von der FFH-RL geschützten Arten zu, nicht aber bei Vögeln). Die nun geschaffene Regelung für „Vorhaben der Energiewende" (welche immer das konkret sein sollen) ist aber unionsrechtlich insofern problematisch, als der Verbotstatbestand, für den diese Ausnahme herangezogen werden können soll, nur scheinbar nicht in der EU-Vogelschutz-RL geregelt ist. Denn eine Beeinträchtigung des Lebensraums von Vögeln, die zu einer Gefährdung ihres Bestandes führen, stellt nichts anderes als eine „Störung" im unionsrechtlichen Sinne dar. Eine „Störung" geschützter Vogelarten kann aber unionsrechtskonform nur unter den in der Vogelschutz-RL genannten Voraussetzungen für eine Ausnahmebewilligung erfolgen, der Landesgesetzgeber kann die Voraussetzungen dafür nicht weniger streng gestalten.

ALOIS STEINBICHLER ZU „10 JAHRE KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE“

„KEINE PATENTREZEPTE FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM“

Bei den Sommergesprächen 2015 fand Kommunalkredit-Boss Alois Steinbichler Zeit, im Interview mit KOMMUNAL „10 Jahre Sommergespräche“ Revue passieren zu lassen.

Heuer feiern die KSG ihr Zehn-Jahres-Jubiläum – Ihr Resümee?
ALOIS STEINBICHLER: Zehn Jahre Kommunale Sommergespräche sind ein sehr positiver Anlass und ein sehr guter Nachweis für eine aktive Kooperation mit dem Österreichischen Gemeindebund. Wenn man sich dazu die diversen Statements ansieht, die wichtige Referenten abgegeben haben, ist es eine Freude, die Kommunalen Sommergespräche Revue passieren zu lassen. In den zehn Jahren – sieben davon habe ich selber mitgestalten dürfen – haben mehr als 2000 Teilnehmer den Weg nach Bad Aussee gefunden. In diesen zehn Jahren ist es immer gelungen, eine sehr gute, kompakte und relevante Tagung mit brennenden kommunalen Themen auf die Beine zu stellen – was uns sehr stolz macht.

Die Diskussionen heuer drehen sich v. a. um den Ländlichen Raum: Mit welchen Herausforderungen hat sich dieser auseinanderzusetzen? Und wie sehr haben sich die Herausforderungen seit 2005 geändert?
Das Thema „ländlicher Raum“ ist insofern ein sehr herausforderndes, weil es „den ländlichen Raum“ eigentlich nicht gibt. Innerhalb dieses Begriffs sind die Unterschiede riesengroß, je nachdem, ob sie eine Tourismusgemeinde in Tirol, eine Abwanderungsgemeinde im Waldviertel oder eine Zuwanderungsgemeinde im Bezirk Vöcklabruck, beispielsweise, sind. Es gibt hier keine Patentrezepte, aber Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Gemeindekooperationen.

Themenwechsel: Die Kommunalkredit Austria wurde am 13. März an ein Konsortium verkauft, in den kommenden Wochen sollte das Closing dazu noch erfolgen. Was können Sie uns dazu erzählen, gibt es eine neue Strategie?
Also, die Strategie der Kommunalkredit als Infrastrukturexperte ist klar definiert und war im Verkaufsprospekt so dargelegt. Alle Bieter haben diese Strategie auch interessant gefunden, soweit wir das erkennen konnten. Die zukünftigen neuen Eigentümer sehen die Bedeutung der Infrastrukturthemen sehr deutlich, und wir sind überzeugt, dass wir auch mit den neuen Eigentümern unsere Ausrichtung fortführen und ausbauen werden.

Für die Gemeinden wichtig: Die Kommunalkredit bleibt als Partner erhalten?
Wir bleiben nicht nur als Partner erhalten, wir brennen darauf, wieder aktiver einzusteigen. Aktiver, weil wir ja mit den Kommunen im täglichen Kontakt stehen, aber aufgrund einer Wettbewerbsauflage der EU durften wir seit 2013 keine neuen Kredite buchen. Unser Ideenaustausch mit den Kommunen wird sich nicht nur fortsetzen, sondern intensivieren. Die Kommunalkredit wird in Zukunft verstärkt wieder da sein.

Letzte Frage: Wo sehen Sie die Kommunalen Sommergespräche in zehn Jahren?
(lacht) … Die Kommunalen Sommergespräche wird’s in zehn Jahren weiter geben und dann werden sie ihr 20-Jahres-Jubiläum feiern. Eine Institution sind sie bereits. Wenn ich mir ansehe, mit welchem Engagement die Diskussionen geführt werden, ist der Markt für diesen Gedankenaustausch absolut gegeben. Eines ist klar: „Das Kommunale“ war immer bestimmend für das Dasein der Menschen und wird es auch künftig sein. Und daher freue ich mich auf die nächsten Jahre und die Fortführung dieses Denk- und Gedankenforums, das wir auch weiter gerne unterstützen werden.

„Das Kommunale war immer bestimmend **für das Dasein der Leute.**“
Alois Steinbichler

Der Beitrag wurde redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf **kommunal.at**

FOTO/event-fotograf.at

KOMMUNAL SONDERAUSGABE

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE 2015

Perspektiven für das Land

Drei intensive Tage mit Analysen, Diskussionen und Impulsen rund um das Thema „Strategien für den ländlichen Raum“.

Zehn Jahre Sommergespräche

Vor zehn Jahren haben sich zum ersten Mal Kommunalpolitiker mit Experten und Expertinnen aus Wirtschaft und Wissenschaft in Bad Aussee getroffen, um Gedanken auszutauschen und über Zukunftsfragen der Gemeinden zu diskutieren. Seitdem haben sich die Sommergespräche stetig weiterentwickelt, sie sind gewachsen und haben sich über die Landesgrenzen ausgedehnt.

Heuer haben wir sehr intensiv über Strategien und Herausforderungen für den ländlichen Raum diskutiert. Ein Qualitätsmerkmal der Sommergespräche war und ist die Herangehensweise an zum Teil sehr komplexe Fragestellungen. Freies Denken, freie Diskussion und das „sich Einlassen“ auch auf unangenehme Wahrheiten. Das ist der Geist, der diese Veranstaltung so wertvoll macht. In den letzten Jahren ist es uns zudem gelungen, auch immer mehr aktive Bürgermeister/innen und Kommunalvertreter/innen für dieses Format zu begeistern. Das ist wichtig, denn in der Theorie erscheint manchmal alles sehr einfach. Entscheidend ist, wie Praktiker die Dinge beurteilen und wie sie die Zukunft der ländlichen Räume sehen.

Der Gemeindebund und die Kommunalkredit sind stolze Gastgeber dieser Veranstaltung im Herzen Österreichs, am geografischen Mittelpunkt unseres Landes. Die vor Ihnen liegende Nachlese gibt einen Überblick über die Themenfelder, mit denen wir uns heuer im Detail befasst haben. Beim Österreichischen Gemeindetag präsentieren wir Ihnen zudem die Rückschau auf die letzten zehn Jahre „Kommunale Sommergespräche“. Wir wünschen Ihnen viel Freude mit dieser Nachlese und freuen uns darauf, wenn Sie nächstes Jahr mit dabei sind. Bei den Kommunalen Sommergesprächen 20. bis 22. Juli 2016 in Bad Aussee.

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria

IMPRESSUM: Herausgegeben vom Österreichischen Gemeindebund, August 2015. Herstellung: Österreichischer Kommunalverlag. Redaktion: Hans Braun, Helmut Reindl, Carina Rumpold Grafik: Thomas Max; Bilder Event: event-fotograf.at, Titelbild: shutterstock

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE 2015

VIEL DISKUTIERT – **VIEL UMGESETZT**

Das Bad Ausseer Kurhaus war auch heuer der Schauplatz der Eröffnung der 10. Kommunalen Sommergespräche. Fast 300 Teilnehmer waren gekommen, um über die Zukunft des ländlichen Raums zu diskutieren.

Franz Frosch, Bürgermeister von Bad Aussee, Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, die Narzissenprinzessin Lisa Niederauer, Bad Aussees Vizebürgermeisterin Waltraud Köberl, Kommunalkredit-Chef Alois Steinbichler und Erwin Dirnberger, Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, eröffneten die Sommergespräche 2015.

BILDERGALERIE

Viel mehr Eindrücke von den Kommunalen Sommergesprächen 2015 finden Sie auf der Website **www.gemeindebund.at**

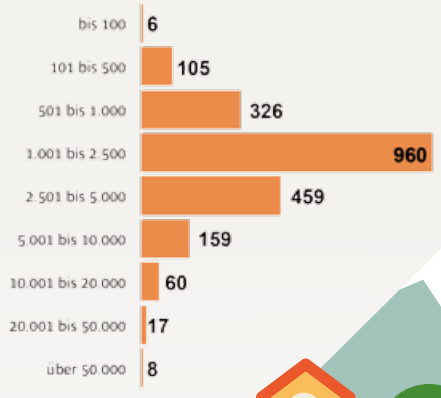
ÜBERBLICK

ÖSTERREICHS GEMEINDEN **IN ZAHLEN**

STRUKTUR DER GEMEINDEN IN ÖSTERREICH

STÄDTE	199
MARKTGEMEINDEN	758
SONSTIGE GEMEINDEN	1.144
ORTSCHAFTEN	17.318
EINWOHNER/GEMEINDE DURCHSCHNITT	4.035

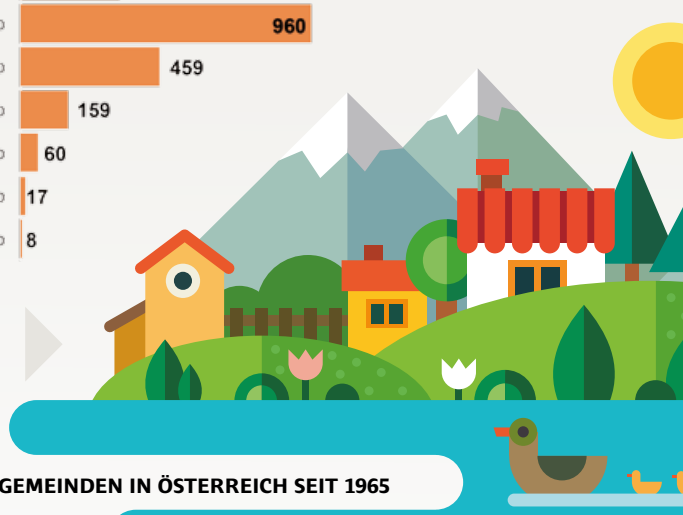
GEMEINDEGRÖSSE



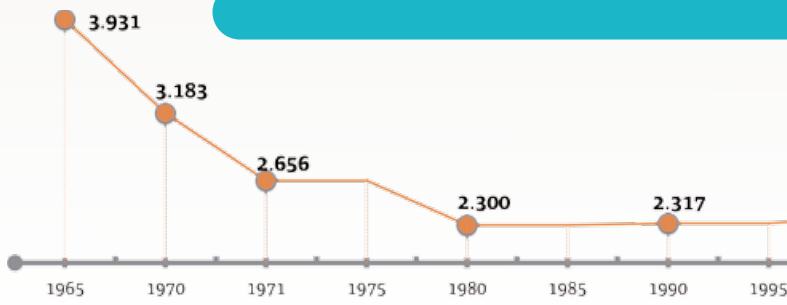
ZUWANDERUNGSGEMEINDEN

IN PROZENT DER EINWOHNERZAHL IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN

Kittsee/B	54,16%
Trumau/NÖ	36,01%
Muckendorf/Wipfing/NÖ	35,89%
Faggen/T	33,57%
Amlach/T	33,24%
Mitterndorf a. d. Fischa/NÖ	32,93%
Gramatneusiedl/NÖ	32,51%
Neusiedl am See/B	31,87%
Perwang am Grabensee/OÖ	31,82%
Wolfsthal/NÖ	29,04%



ANZAHL DER GEMEINDEN IN ÖSTERREICH SEIT 1965



WAS GEMEINDEN LEISTEN

4.500

PFLICHTSCHULEN WERDEN VON GEMEINDEN ERHALTEN

4.500

KINDERBETREUUNGS-EINRICHTUNGEN

4.500

FREIWILLIGE FEUERWEHREN

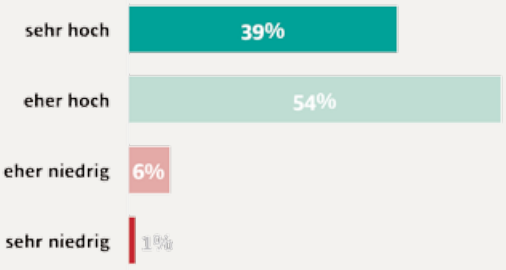
88.000

KM GEMEINDE-STRASSEN

120.000

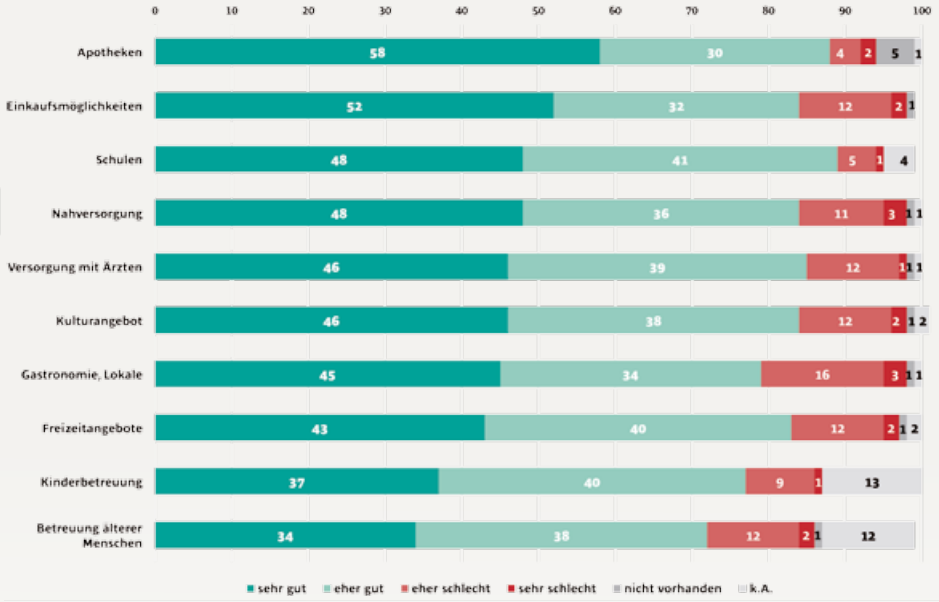
VEREINE

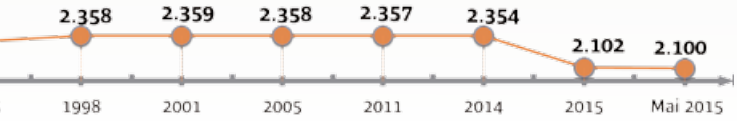
LEBENSQUALITÄT*



VERSORGUNGSLAGE UND ZUFRIEDENHEIT*

IN PROZENT (DIFFERENZEN AUF 100 PROZENT RUNDUNGSBEDINGT)



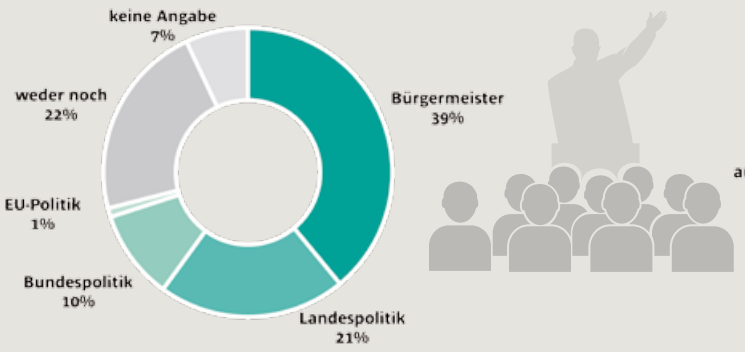


ABWANDERUNGSGEMEINDEN

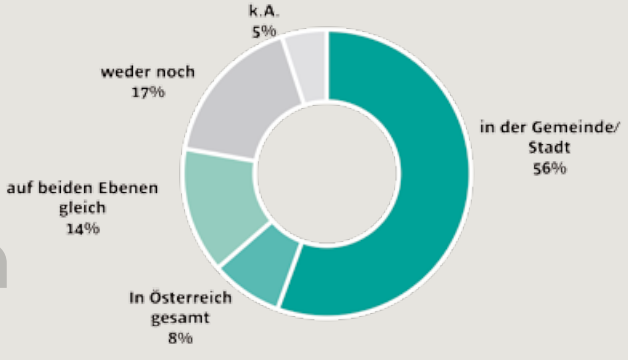
IN PROZENT DER EINWOHNERZAHL IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN

Tweng/S	-30,98%
Eisenerz/Stmk	-25,82%
Gramais/T	-25,81%
Namlos/T	-24,51%
Radmer/Stmk	-20,57%
Hohentauern/Stmk	-18,76%
Warth/Vbg	-17,80%
Bad Gastein/S	-17,76%
Vordernberg/Stmk	-17,63%
Lech/Vbg	-17,16%

WER VERTRITT BÜRGERINTERESSEN AM BESTEN?*



WO KÖNNEN SIE IHRER MEINUNG NACH MEHR MITBESTIMMEN?*



* Quelle: Österreichische Gemeindestudie 2015

Harry Brunnet, Bürgermeister von Hardthausen, Moderatorin Martina Salomon (Kurier) und EU-Abgeordnete Elisabeth Köstinger.

LÄNDLICHER RAUM

KOOPERATION ALS ZUKUNFTSHOFFNUNG

Abwanderung, fehlende Infrastruktur, Überalterung – es gibt viele Themen, die die ländlichen Räume derzeit beschäftigen.

Obwohl in den letzten Regierungsprogrammen immer das Bekenntnis zum ländlichen Raum festgeschrieben wurde, hat sich die Situation in vielen Gemeinden im ländlichen Raum immer weiter verschlechtert. Mit den Eröffnungsvorträgen der Kommunalen Sommergespräche von Harry Brunnet, Vizepräsident des Baden-Württembergischen Gemeindetags, und der Europaabgeordneten Elisabeth Köstinger bekamen die anwesenden Bürgermeister und Gemeindemandatare einige neue Blickwinkel und Impulse.

Europaweit ähnliche Probleme zu beobachten. Die größten Herausforderungen in der Zukunft ländlicher Räume sieht Köstinger, die auch in ihrer Funktion als Präsidentin des Ökosozialen Forums anwesend war, in der Bewältung der demografischen Entwicklung, der Eindämmung des Flächenverbrauchs und der Abwanderung. „Diese Probleme sind aber nicht nur in Österreich zu beobachten, sondern in vielen ländlichen Regionen Europas“, betont sie. Aber sie kennt auch die Lösungsansätze aus anderen europäischen Staaten: So reagierte Schottland auf die mehr als ein Drittel Über-65-Jährigen mit gesteigertem freiwilligem Engagement. „Dort arbeiten Pensionisten in höchstem Maße ehrenamtlich und das in großer Anzahl in der Kinderbetreuung. Dadurch wurde den Müttern die Erwerbsarbeit erleichtert. In weiterer Konsequenz wurden wieder mehr Kinder geboren“, so Köstinger.

„In Schottland arbeiten Pensionisten in der Kinderbetreuung. In weiterer Konsequenz wurden **wieder mehr Kinder geboren**.“

Elisabeth Köstinger, MEP, Präsidentin des Ökosozialen Forums

Auch im eher zentralistisch regierten Rest der Insel wird offensichtlich die Bedeutung der lokalen Ebene schön langsam erkannt. Unter dem aktuellen Ministerpräsidenten David Cameron bekamen die Kommunen wieder mehr Rechte und haben auch mehr Mitspracherecht. Dass Frauen der Schlüssel zu weniger Abwanderung sind, zeigt sich auch in spanischen Regionen, wo es durch die Abwanderung der Frauen ganze Landstriche mit einem überdurchschnittlich hohen Männeranteil gibt.

Brunnet: Kooperationen sind der Schlüssel zur Lösung der Probleme. In einem von den Bürgermeistern viel beachteten Vortrag zeigte Harry Brunnet, selbst Bürgermeister der Gemeinde Hardthausen, wie man in seinem Bundesland mit den bekannten Herausforderungen der ländlichen Räume umgeht. In Baden-Württemberg gibt es mehr als 160.000 Unternehmen im ländlichen Raum, die gut eine Million sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer beschäftigen. Das sind immerhin 28 Prozent aller Beschäftigten im Bundesland.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat das magische Dreieck

„Gemeinden müssen für den Bürger sichtbar bleiben. Sie sind das Frontoffice. Das ist kein Selbstzweck, sondern Notwendigkeit."

Harry Brunnet, Vizepräsident des Gemeindetages Baden-Württemberg

Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus geprägt. „Die ländlichen Räume sollen aus meiner Sicht aber mehr als der idyllische Erholungsraum für gestresste Städter sein", sinniert Brunnet. Er würde dieses Dreieck in ein Viereck umwandeln und noch die Komponente mittelständische Wirtschaft hinzufügen. Diese ist aus seiner Sicht eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung auch ländlicher Gemeinden.

Dass dies in seinem Bundesland gelungen ist, beweist er in der Folge eindrucksvoll: Hugo Boss hat seine Zentrale immer noch in Metzingen am Rande der Schwäbischen Alp oder der Würth-Konzern, vom Schraubenhändler zum Montage- und Befestigungsprofi, mit Sitz in Hohenlohe, im Nordosten Baden-Württembergs, ebenso wie die Firma ebm-Pabst, ein Weltmarktführer für die Herstellung von Ventilatoren. Der Schlüssel zu diesen erfolgreichen Standorten liegt nicht nur in der Infrastruktur, sondern auch in der Kooperation, ist sich Brunnet sicher: „Gemeinden müssen für den Bürger sichtbar bleiben. Sie sind das Front-Office, und im Back-Office werden Effizienzen genutzt durch den interkommunalen Zusammenschluss. Das ist kein Selbstzweck, sondern Notwendigkeit."

Gemeinden müssen selbst aktiv werden. Mit dieser Vorgehensweise wird auch vermieden, dass zu viele Shoppingcenter in einem zu engen Radius entstehen. „Wir Gemeinden haben für uns einen Entwicklungsplan verhandelt. An diesen halten wir uns nun. Daher kann es nicht passieren, dass es einen Wildwuchs an Einkaufstempeln gibt, denn diese Projekte müssen unter den Gemeinden abgestimmt werden", erklärt der Vizepräsident.

Laut Brunnet müssen die Gemeinden das Heft wieder selbst in die Hand nehmen: „Bei einigen wichtigen Punkten waren wir aber längst selbst aktiv und haben notwendige Veränderungen erfolgreich angestoßen." Dazu gehören etwa Initiativen im Bereich der Schulverwaltung, wo eine regionale Schulkonferenz über den Ausbau oder die Schließung einer Schule entscheidet, im Bereich der Ärzteversorgung, wo durch eine freiwillige Vereinbarung mit der kassenärztlichen Vereinigung ein erster Schritt getan wurde, um Ärzte wieder in jede Gemeinde zu holen, und letztlich natürlich auch im Bereich des Breitbandausbaus, wo der Gemeindeverband wichtige Gelder vom Finanzministerium erkämpft hat.

AUFGESCHNAPPT

DAS WORT HAT ...

„Es wird im ländlichen Raum immer dann besser werden, **wenn die Zentralisten weniger zu sagen haben**. Das hängt aber mit Geld zusammen und daher brauchen wir einen Finanzausgleich, der wirklich ausgleicht."

Karl Moser, Bürgermeister von Ysperta l und Vizepräsident des nö. GVV der ÖVP

„Als Gemeinde soll man auf den Flächenverbrauch aufpassen, weil zuviel Fläche verbraucht wird. Gleichzeitig soll ich aber Betriebe ansiedeln, um Arbeitsplätze zu sichern. Die wiederum brauchen Platz. Da beißt sich doch die Katze in den Schwanz, was den **Flächenverbrauch** betrifft."

Martin Voggenberger, Bürgermeister von Munderfing

„Wir brauchen einen **Ausgleich zwischen den Gemeinden**, wo sich Betriebe ansiedeln, und den Gemeinden, wo die Leute, die in den Betrieben arbeiten, dann wohnen. Nur so kann's gehen."

Karl Ehwallner, Bürgermeister von Untzenach (OÖ)

„Wir haben in den ländlichen Regionen im Vergleich zu den Ballungsräumen ja nicht die gleichen Rahmenbedingungen. Und wir sind schon relativ bescheiden geworden, wir verlangen aber wenigstens **vergleichbare Rahmenbedingungen**. Die Gemeinden dürfen nicht weiter angeknabbert werden, sie müssen unterstützt werden!"

Sonja Ottenbacher, Bürgermeisterin von Stuhlfelden

IMPULSREFERAT

DIE KOMMUNEN **IM FOKUS DER WELTWIRTSCHAFT**

Die Finanzmärkte im Hinblick auf die Finanzsituation der Gemeinden waren Thema von Kommunalkredit-Boss Alois Steinbichler zum Auftakt des zweiten Tages der Kommunalen Sommergespräche 2015.

Die öffentlichen Schulden sind weltweit – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – zwischen 1990 und 2000 um drei Prozent gestiegen, aber zwischen 2000 und 2010 um satte 23 Prozent. Dieser Trend hat sich zwischen 2010 und 2014 fortgesetzt.

In Österreich liegen die Ausgaben für das Zinsniveau auf einem Rekordtief. Im Vergleich zu 2008 ist von einer Zinsersparnis von 274 Millionen Euro die Rede. Die Zinsausgaben sanken 2013 weiter um 18,9 Prozent auf 178,2 Millionen Euro (2012 waren das 219,4 Millionen Euro). Dies resultiert vor allem aus der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), des Schuldenabbaus der Gemeinden in den letzten drei Jahren (-333 Millionen Euro) sowie der variablen Verzinsung des Großteils der Gemeindeschulden.

Die globalen Finanzmärkte waren auch im Jahr 2014 wesentlich von den geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken, insbesondere der EZB und der US-Notenbank (FED), aber auch der Bank of Japan (BoJ) geprägt. Anfang Jänner 2015 wurde ein groß angelegter Ankauf von Staatsanleihen (Quantitative Easing) durch die EZB beschlossen; damit soll der Markt mit zusätzlicher Liquidität versorgt und einer möglichen Deflation im Euro-Raum entgegengewirkt werden. Das Programm ist im März 2015 gestartet und umfasst ein Gesamtvolumen von 1.140 Milliarden Euro; über einen Zeitraum von eineinhalb Jahren sollen damit Staatsanleihen und sonstige Wertpapiere von bis zu 60 Milliarden Euro monatlich angekauft werden.

Kommunal gesehen sind all diese Faktoren nicht das Ende der Welt, man muss mit diesen Gegebenheiten nur richtig umgehen. Die Haushaltsdisziplin der österreichischen Gemeinden ist deutlich sichtbar. Die Gemeinden erfüllen den Stabilitätspakt mit 68 Millionen Euro. Der Überschuss der laufenden Gebarung ist mit 1.550 Millionen Euro der dritthöchste seit 2000. Mit einer positiven Finanzspitze von rund 500 Millionen Euro gibt es noch Handlungsspielraum. Zudem bauten die Gemeinden weiter Schulden in Höhe von 7,4 Millionen Euro ab und Rücklagen in Höhe von 110 Millionen Euro auf. Zusätzlich erhöhten sie ihre Investitionen um 181,7 Millionen Euro. Diese positive Haushaltssituation ergibt sich vor allem durch die Entwicklung der Einnahmenseite. So stiegen 2013 die Gemeindeanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) um 4,3 Prozent bzw. 237 Millionen Euro. Die gemeindeeigenen Einnahmenquellen wiesen ebenso deutliche Anstiege auf: Dazu zählen die Gemeindeabgaben (+3,3 Prozent bzw. 100 Mio. Euro), die Gemeindegebühren (+3,1 Prozent bzw. 54 Mio. Euro) sowie Einnahmen aus eigenen Leistungen (+2,7 Prozent bzw. 40 Mio. Euro). Durch die soliden Überschüsse bei den wichtigsten Gemeindefinanz-Kennzahlen und den weiteren Abbau von Schulden sowie den Aufbau von Rücklagen haben die Gemeinden 2013 den Weg der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt.

„Durch **Überschüsse und weiteren Abbau von Schulden** haben die Gemeinden 2013 den Weg der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt."

Alois Steinbichler, Vorstandsvorsitzender der Kommunalkredit Austria

Ein anhaltend hohes Investitionsvolumen auf kommunaler Ebene und der öffentlichen Hand ist sowohl unter dem Aspekt der Aufrechterhaltung qualitativ hochstehender Infrastruktur, als auch im Hinblick auf resultierende positive Konjunktureffekte relevant.

Steinbichler schloss mit einem Hinweis auf die Brückenfunktion, die die Kommunalkredit Austria in diesem Bereich einnimmt.

IMPULS

FUNKTIONSFÄHIGE WIRTSCHAFT SICHERT KOMMUNALE ZUKUNFT

Bernhard Felderer, Fiskalratsvorsitzender und ehemaliger Chef des Instituts für Höhere Studien, bezeichnet die Gemeinden als die „diszplinierteste“ Ebene. Trotzdem sieht er Handlungsbedarf, um gerade den ländlichen Raum für die Zukunft zu rüsten.

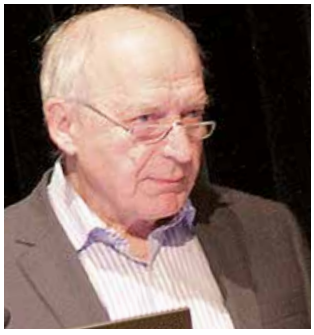
Unter dem Titel „Können wir uns den ländlichen Raum noch leisten?“ sprach Bernhard Felderer, Fiskalratsvorsitzender und ehemaliger Chef des Instituts für Höhere Studien, vor den Teilnehmern der zehnten Kommunalen Sommergespräche. Ein sehr diskursiv formulierter Titel, wie Felderer selbst anmerkte. „Von allen Ebenen waren die Gemeinden in den letzten acht Jahren die mit Abstand disziplinier-testen“, räumt der Fiskalratsvorsitzende ein. Aber trotzdem sieht er noch Sparpotenzial. „Es geht darum, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und trotz gesteigerter Aufgaben handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben“, so Felderer.

Kooperation statt Fusion. Dieses Sparpotenzial soll nicht durch weitere Fusionen gehoben werden, sondern durch regionale Kooperationen. Felderer betont: „Es ist wichtig, dass trotz aller Sparmaßnahmen die Identität erhalten bleibt.“

> „Es braucht wieder **mehr Freiheit** für die Gemeinden.“
>
> **Bernhard Felderer**
> Vorsitzender des Fiskalrats

Auszubauen wären beispielsweise Kooperationen im Personalbereich: „Der Gemeindesekretär könnte für mehrere Gemeinden zuständig sein. Damit könnte man die Gemeindeverwaltung richtig professionalisieren.“ Bei der Abwasserversorgung oder bei Maschinenparks ortet er bereits weitgehend gute Zusammenarbeit.

Abwanderung durch periphäre Betriebsansiedlungen verringern. Sein größter Kritikpunkt sind aber die fehlenden Investitionen. „In Baden-Württemberg konnte man die Abwanderung nicht stoppen, aber zumindest kontrollieren. Dort haben die Gemeinden mehr Einwohner als vor 40 bis 50 Jahren. Dort wurde aber auch in die Infrastruktur und die Wirtschaft investiert.“ Felderer plädiert dafür, dass die Gemeinden finanziell handlungsfähig bleiben, um die Projekte finanzieren zu können, die für die Zukunft jeder Gemeinde individuell dringend notwendig



„Wenn es einem Bürgermeister gelingt, dass sich ein großer Industriebetrieb ansiedelt, dann ist die Schlacht schon gewonnen. Das setzt aber voraus, dass **Bürgermeister sehr aktiv werden**."

Bernhard Felderer

sind. „Da braucht es wieder mehr Freiheit für die Gemeinden", so Felderer.

Wesentlich, um die Abwanderung zu stoppen, ist die Ansiedlung von Betrieben. Das können nicht irgendwelche übergeordneten Einheiten, sondern da muss der Bürgermeister schauen, appelliert der Wirtschaftsforscher: „Wenn es einem Bürgermeister gelingt, dass sich ein großer Industriebtrieb ansiedelt, dann ist die Schlacht schon gewonnen. Das setzt aber voraus, dass Bürgermeister sehr aktiv werden."

Groß ist nicht automatisch billiger. In der an diesen Vortrag anschließenden Diskussion plädierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer dafür, bei den Sparmaßnahmen auch an die anderen Einheiten zu denken. „Ich sage nicht, dass bei uns alles perfekt ist, aber es kommen aus ganz Europa kommunale Delegationen zu uns, um sich unser System erklären zu lassen. Die politische Vertretung in den kleinen Einheiten genießt das höchste Vertrauen. Das bestätigen alle Umfragen." Dass größer nicht gleich billiger heißt, beweist der Blick auf die Anzahl der Gemeindebediensteten pro 1000 Einwohner. In Gemeinden unter 5000 Einwohner liegt diese durchschnittlich bei sieben Mitarbeitern, darüber bereits bei 15.

IMPRESSIONEN

NETZWERKEN LEICHT GEMACHT

Das Netzwerken ist wesentlicher Bestandteil der Kommunalen Sommergespräche. Bei einem kühlen Bier und gutem Essen werden nicht nur die Vorträge nachbesprochen, sondern auch Erfahrungen und Projekte aus den unterschiedlichen Gemeinden ausgetauscht.

BILDERGALERIE

Viel mehr Eindrücke von den Kommunalen Sommergesprächen 2015 finden Sie auf der Website

www.gemeindebund.at

FORUM 1 **LANDLUST RELOADED**

SCHIKANEN ZERSTÖREN DÖRFLICHE STRUKTUREN

Welche Chancen haben Dörfer in der Zukunft? Durch globale Gegentrends durchaus keine schlechten, attestiert der ehemalige Bürgermeister Erwin Mohr im Forum 1 der Kommunalen Sommergespräche.

> „Architektur **ist keine Geschmackssache**."
>
> **Josef Mathis,** Obmann des Vereins „Zukunftsorte"

Es gibt nicht das eine Dorf. Und daher auch nicht die eine Lösung, um strukturschwache Gemeinden wieder zu beleben. Diese Aussage stand am Anfang der Diskussion über die Fragen, ob es ein Comeback des Dorfes gibt, und was „Zukunftsdörfer" von gewöhnlichen unterscheidet. Im Forum zum Thema „Landlust Reloaded" wiesen die beiden Sprecher, Erwin Mohr und Josef Mathis, darauf hin, dass jede Gemeinde ihr Potenzial erkennen und ihren eigenen Weg in die Zukunft finden muss.

Globalisierung, Urbanisierung, Digitalisierung, demografischer Wandel – die großen Trends unserer Zeit stellen Herausforderungen für ländliche Regionen dar. Menschen wandern ab, Dorfläden verschwinden, Schulen schließen, Arbeitsplätze gehen verloren. Wie können Dörfer darauf reagieren? „Neben den Megatrends entstehen auch Gegentrends", sagt Erwin Mohr, Altbürgermeister der Gemeinde Wolfurt in Vorarlberg und bis Ende des Vorjahres Mitglied im Präsidium des Ausschusses der Regionen der EU.

Er spricht von der Sehnsucht nach Überschaubarkeit, einer intakten Umwelt, gesunden Lebensmitteln, nach Ruhe und der heilen Welt. Daraus würden neue Chance entstehen. Dafür sei es aber unumgänglich, das Breitbandnetz auszubauen. „Grafiker brauchen keine schnellen Straßen, sondern Datenhighways", so Mohr.

Wie man Bürgerbeteiligung leben kann, veranschaulichte Josef Mathis am Beispiel seines Heimatortes Zwischenwasser in Vorarlberg. 33 Jahre lang war er dort Bürgermeister und hat in dieser Zeit seine Gemeinde zum Musterbeispiel in Sachen nachhaltiger Energienutzung, Bürgerbeteiligung und Baukultur gemacht. „Baukultur ist der Katalysator für zukunftsfähige Dörfer und Impulsgeber für Dorfgemeinschaften", so Mathis, der auch Obmann des Vereins „Zukunftsorte" ist. „Architektur ist keine Geschmacksache", sagt Mathis. Sie müsse dem Menschen und dem Ort dienen.

In der Diskussion wurde das Thema ehrenamtliche Arbeit aufgegriffen. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die ländlichen Regionen nur durch ein gutes Sozialgefüge, durch die Freiwilligen- und Vereinskultur überlebensfähig sind und forderten bessere Rahmenbedingungen und weniger Auflagen für ehrenamtliche Arbeit. Auch die aktuelle Diskussion darüber, dass die sogenannte „Drei-Tages-Regel", die Erlaubnis für Vereine, drei Tage im Jahr gewerberechtlich aktiv zu sein, auf zwei Tage zu kürzen, stieß auf Widerstand. Verlieren wir die sozialen Zusammenhänge, so die Teilnehmer, sei das eine Bankrotterklärung für die ländliche Region.

Die Beiträge auf diesen Seiten wurden aus Platzgründen redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf **gemeindebund.at**

FORUM 2 **STANDORTSICHERUNG UND INFRASTRUKTUR**

DANN LASST SIE IN FRIEDEN STERBEN

Damit eine Gemeinde überleben kann, braucht es Arbeitsplätze, wie Experte Gerald Mathis in Forum 2 der Kommunalen Sommergespräche ausführte.

Was braucht die Gemeinde im ländlichen Raum, damit sie in Zeiten zunehmender Verstädterung überhaupt eine Überlebenschance hat? Diese zentrale Frage stand im Zentrum des gut besuchten Forums 2 zum Thema „Standortsicherung & Infrastruktur". Die Teilnehmer diskutierten mit dem Vorarlberger Regionalexperten DI Dr. Gerald Mathis vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung. Und dessen sechs „Postulate zur Sicherung und Entwicklung des ländlichen Raums" hatten es wahrlich in sich.

Mathis' zentraler Ansatz: Ohne Arbeitsplätze oder Jobs in einer zumutbaren Entfernung zum Wohnort haben Gemeinden im ländlichen Raum seiner Einschätzung nach kaum Überlebenschancen. „Wenn es in einer Region keine Arbeitsplätze in zumutbarer, in auspendelqualitativer Entfernung gibt, so kommt es zwangsläufig zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung", sagte Mathis. Und es sei nicht so, dass sich Menschen von vornherein bewusst gegen den ländlichen Raum als Wohnort entscheiden. „Für viele Menschen ist das Leben auf dem Land keinesfalls die zweite Wahl, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor. Tatsächlich hat mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ihren Lebensmittelpunkt in einer Gemeinde im ländlichen Raum." Mathis' These: Menschen wollen den ländlichen Raum nicht verlassen, sondern werden dazu gezwungen.

Der Vorarlberger ging noch weiter: Es sei zwingend notwendig, auch im ländlichen Raum aktive Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung zu setzen. Und wenn dies in einzelnen Regionen nicht gelinge, so Mathis, müssten diese Regionen eben von der öffentlichen Hand aufgegeben werden. Mathis zitierte den Koordinator der Österreichischen Raumordnungskonferenz, Heinz Fassmann: „Wenn dies nicht gelingt, dann darf man das Schrumpfen von ländlichen Regionen nicht länger bekämpfen." Eine Aussage, die ebenso wie Mathis' These, dass die Landwirtschaft Teil des Problems des ländlichen Raums sei, im Publikum heftige Diskussionen hervorrief.

Breitbandtechnologie und Versorgung mit leistungsstarkem Internet bezeichnete Mathis als zentralen Standortfaktor. Ein Thema, das mit dem niederländischen Breitbandfachmann Huub van Ettekoven, Gründer von OpenNet Europe, eingehender diskutiert wurde. OpenNet verfolgt den Ansatz, Gemeinden könnten Glasfaser-Netze auch in genossenschaftlicher Zusammenarbeit errichten. „Die Internet-Nutzer werden so zu Netzeigentümern", erklärte van Ettekoven.

> „Für viele Menschen ist das Leben auf dem Land **keinesfalls zweite Wahl**, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor."
>
> **Gerald Mathis,** Regionalexperte aus Vorarlberg

FORUM 3 **BEWEGTE REGION**

RAUS AUS DER OPFERROLLE

Sich selbst am Schopf packen und aus dem Sumpf ziehen – das Beispiel Peter Höbarths und der Gemeinde St. Martin im Waldviertel zeigt, wie eine Gemeinden aus eigener Kraft Zukunftspotenzial generieren kann.

> „Der **demografische Wandel** ist ein größeres Problem als Arbeitsplätzemangel – weil er nicht so offensichtlich ist."
>
> **Gerlind Weber,** Raumplanerin an der Universität für Bodenkultur

Was ist ein Pionier? Man kann vermutlich viele Definitionen suchen, aber viel zukunftsträchtiger als Peter Höbarth dürfte es nicht mehr werden, was langfristige Gemeindepolitik angeht. Sage und schreibe 13 Jahre ist es jetzt her, dass der Bürgermeister von St. Martin im Waldviertel, einer 1700-Einwohner-Gemeinde in einer der strukturschwächsten Regionen Österreichs, einen Plan in Bewegung gesetzt hat, seine Gemeinde (gemeinsam mit den beiden Nachbarorten) mit einem modernen Glasfasernetz auszustatten. Gegen die Empfehlung des Landes, gegen die „Was brauchen wir das"-Unkenrufe, gegen die Skepsis der eigenen Bürger hat Höbarth das gemeindeeigene Glasfasernetz damals durchgesetzt. Heute ist es seit mehr als zehn Jahren in Betrieb – und hilft dabei, junge Menschen zu überzeugen, in dem Ort zu bleiben, statt nach Linz oder Wien zu übersiedeln.

Genau solche Initiativen sind es, die Gemeinden setzen können, um zu verhindern, dass der demografische Strukturwandel ländliche Regionen komplett verwüstet zurücklässt – das ist der Schluss aus dem Forum 3 der heurigen „Kommunalen Sommergespräche" – Thema: „Bewegte Region – Wege in eine neue Zukunft; Anpassungsstrategien an und Vermeidungsstrategien gegen das Wenigerwerden im 21. Jahrhundert". In ihrem Impulsvortrag definierte Gerlind Weber, Raumplanerin an der Boku, den demografischen Wandel als die größte Herausforderung für den strukturschwachen Raum: „Das ist ein größeres Problem als der Arbeitsplätzemangel oder der bloße Wegzug – weil es nicht so offensichtlich ist." Soll heißen: Selbst wenn die Einwohnerzahl in einer Region nur stagniert, kann ein grobes Problem für die Gemeinden dort hervordräuen – wenn vor allem alte Menschen bleiben oder dazukommen, junge mit ihren Kindern dagegen wegziehen.

Eine einfache Schema-F-Lösung gäbe es gegen solche Herausforderungen nicht, erklärt Weber – sie rät Gemeinden und Regionen, Hand in Hand mit der Wissenschaft einen „Generationen-Check" durchführen zu lassen, der systematisch feststellt, warum die entsprechende Gegend unattraktiv für Junge wird. Auf dieser Basis lassen sich Lösungen erarbeiten.

Solche intelligenten Lösungsansätze beschäftigten dann den Rest des Forums: Dass in vielen Fällen veraltete Gemeindeordnungen Zusammenarbeit verhindern würden – etwa was die Schulkooperationen angeht –, wurde aus dem Publikum mehrmals genannt. Kurz zusammengefasst: „Raus aus der Opferrolle!" für strukturschwache Gemeinden.

FORUM 4 **KLIMAWANDEL UND ENERGIEWENDE**

OHNE LÄNDLICHEN RAUM KEINE ENERGIEWENDE

Das Forum 4 der Sommergespräche hat ein Faktum herausgearbeitet: Der Klimawandel ist in den Köpfen der Menschen noch nicht angekommen.

Das sei auch der Grund, weshalb gerade auf kommunaler Ebene noch mehr Bewusstseinsbildung in dieser Richtung notwendig sein wird. Diese Bewusstseinsbildung wirkt auch primär nur auf lokaler Ebene, weil einerseits der direkte Zugang zu den Bürgerinnen und Bürgern vorhanden ist und weil umgekehrt hier das Vertrauen in die politischen Repräsentanten noch gegeben ist.

Da eine erfolgreiche Energiewende also nur über die Kommunen funktionieren kann, versucht die Politik hier die Gemeinden direkt zu unterstützen. Lange Zeit war das problematisch, weil direkte Investitionen zum Beispiel in die Energieeffizienz der Amtshäuser zum „Grauen Finanzausgleich" gezählt wurden.

Beispiele von Fördermaßnahmen sind aktuell:

- Die Pilotaktion „Klimaschutz in Gemeinden":
- Die Gemeindeförderung NEU seit 1.7.2015 für die Förderungsbereiche:
- Thermische Gebäudesanierung
- Biomasse-Einzelanlagen
- Biomasse-Mikronetze
- Thermische Solaranlagen
- Wärmepumpen
- Energiesparmaßnahmen
- Die Mustersanierung 2015:
  Hier können umfassende Sanierungsprojekte von betrieblich genutzten und öffentlichen Gebäuden gefördert werden.
- klimaaktiv mobil
- Klima- und Energie-Modellregionen.

Im Forum wurde auch ein Erfahrungsbericht aus dem Energiebezirk Freistadt präsentiert. Der Energiebezirk existiert seit zehn Jahren und umfasst 27 Gemeinden. Die Haushalte, Landwirtschaften, Betriebe und Gemeinden des Bezirks müssen pro Jahr in Summe rund 120 Millionen Euro für Energie ausgeben. 70 Millionen fließen laut Geschäftsführung des EBF noch immer aus dem Bezirk ab. Ziel: Bis 2030 will man den Energieverbrauch zu 90 bis 100 Prozent aus regionaler erneuerbarer Erzeugung abdecken.

Aber auch Grenzen der Energiewende wurden aufgezeigt. In den Betrieben ist bei Investitionen in Erneuerbare bzw. in Energieeffizienz derzeit ein spürbarer Rückgang zu verzeichnen. Konkret: minus 20 Prozent. Grund: günstige fossile Energie. Die Bürokratie treibt seltsame Auswüchse. Das Ausseerland hätte beispielsweise Potenzial für 40 Windräder. Aufgrund des Landschaftsschutzes ist eine Realisierung undenkbar.

Fazit: Ohne den ländlichen Raum wird die Energiewende nicht funktionieren.

> „Ohne den ländlichen Raum wird **die Energiewende nicht funktionieren**."
>
> **Wolfgang Unterhuber,** Regionalmedien Austria, Forumsleiter

Die Beiträge wurden aus Platzgründen redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf **gemeindebund.at**

... UND DAS SAGEN DIE BÜRGERMEISTER/-INNEN

„DAS NETZWERKEN **PHANTASTISCH“**

KOMMUNAL hat auch heuer nach der Stimmung der Teilnehmer gefragt. Als besonders wichtig wurde die Möglichkeit des ausgiebigen Netzwerkens erachtet.

„Ich war bisher immer dabei. Es gibt **keine bessere Möglichkeit, Erfahrungen unter Bürgermeistern auszutauschen** als die Kommunalen Sommergespräche.

Erwin Mohr, Bürgermeister a. D. , Wolfurt, Vorarlberg

„Ich komme nach Bad Aussee, weil es hier **wirklich gute und lebendige Diskussionen** gibt. Heuer hat mir das Podiumsgespräch von Helmut Mödlhammer und Professor Felderer gefallen. Man hat gesehen, was es für unterschiedliche Meinungen zu einem Thema geben kann.

Josef Mathis, Bürgermeister a. D von Zwischenwasser , Vorarlberg

„Die Kommunalen Sommergespräche finde ich so wichtig, weil es eine **gute Durchmischung zwischen Bürgermeistern und Amtsleitern** gibt, und vor allem, weil es um die Gemeinden der ländlichen Region geht. Und hier vor allem um die kleineren Gemeinden. Ich bin mittlerweile das siebente Mal bei den Sommergesprächen, aber das Thema heuer ist eines der besten bisher.

Sonja Ottensbacher, Stuhlfelden, Salzburg

„Ich war heuer das erste Mal dabei, weil das Thema **ländlicher Raum für mich enorm wichtig** ist. Ich kann mir aber gut vorstellen, wiederzukommen. Das hängt natürlich auch vom Thema ab. Die Asylfrage wird uns beispielsweise auch noch in den nächsten Jahren beschäftigen.

Johannes Nöbl, Bezirkshauptmann von Bludenz, Vorarlberg

„Bei den Kommunalen Sommergesprächen war ich noch nicht. Präsident Mödlhammer hat mich ermuntert, herzukommen. Ich bin überrascht über **die ausgezeichneten Referenten** und denke, dass von der Veranstaltung Impulse für den ländlichen Raum ausgehen können. Für mich nehme ich mit, dass Bürgerbeteiligung enorm wichtig ist. Man soll nicht nur die Köpfe der Gemeinderäte nutzen, sondern das ganze Wissen der Bevölkerung! Ich möchte jetzt Stammtische zu Wirtschaft, Sport und Kultur ins Leben rufen, bei denen die Gemeindebürgerinnen und -bürger ihre Anliegen einbringen können.

Konrad Giner, Thaur, Tirol

HIER IST

„Das ist eine gigantische Veranstaltung. Man lernt sehr viel und man sieht vor allem, dass man **als Bürgermeisterin mit den Problemen nicht allein ist**, sondern dass jeder in seiner Gemeinde die gleichen Probleme hat. Das heurige Thema ländlicher Raum ist für mich wie maßgeschneidert, da meine Gemeinde ja im ländlichen Raum liegt. Auch das Netzwerken ist sensationell – ich habe viele gute Bekanntschaften geschlossen und kenne jetzt einige Kollegen und Kolleginnen, die ich bei Fragen kontaktieren kann.

Renate Habetler, Bernstein, Burgenland

„Die Veranstaltung heuer **war die beste, die ich bislang besucht habe** – ich bin das vierte Mal hier – weil das Thema ländlicher Raum für mich und meine Gemeinde ein ganz wesentliches ist. Gerade in Bezug auf das Thema Kompetenzverteilung auf die Gemeinden müsste die Neuverteilung „weniger Land – mehr Gemeinden" heißen. Das ist vermutlich nicht sehr realistisch, es ist halt schade, weil viel verloren geht. Es ist auch gut, dass die Gruppe der Teilnehmer nicht zu groß ist – so kann man mit praktisch allen ins Gespräch kommen.

Johann Dreier, Weißenbach, Tirol

„Die ‚Kommunalen Sommergespräche' – ich bin jetzt das dritte Mal hier – sind für mich eine **Möglichkeit, von den Besten zu lernen.** Man bekommt einen Überblick, wo die anderen der Schuh drückt. Ich versuche, von jeden Sommergesprächen zwei bis drei Themen oder Punkte mitzunehmen, wo ich mir auch ganz konkret vornehme, dass diese Dinge in meine politische Arbeit einfließen. Noch ein positiver Aspekt ist die Gruppengröße, die hier überschaubar ist und wo das Netzwerken ganz gut funktioniert.

Florian Kasseroler, Nenzing, Vorarlberg

„Ich bin das zweite Mal in Bad Aussee dabei. Es ist eine **ideale Möglichkeit, um zu netzwerken**. Heuer hat mir gefallen, dass viele wichtige Themen rund um den ländlichen Raum angesprochen wurden. In Zukunft wäre eine Veranstaltung zum Thema öffentlicher Verkehr bzw. Verkehr im ländlichen Raum interessant.

Bernd Strobl, Ollersdorf, Burgenland

„Ich bin das erste Mal hier. In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder die Berichte über die Sommergespräche gelesen und mir immer wieder gedacht, da könntest auch einmal hin. Heuer hat mich **der Inhalt besonders angesprochen** und Zeit hatte ich auch – und hier bin ich. Besonders gut und positiv sind die die Gespräche mit den Bürgermeisterkollegen und -kolleginnen rund um die Vorträge. Wenn man am Abend zusammensteht und Erfahrungen austauscht, ist das ein ganz wichtiger Faktor.

Martin Voggenberger, Munderfing, Oberösterreich

LEBENSQUALITÄT IN GEMEINDEN

ERFOLGSFAKTOR **ZUFRIEDENHEIT**

Politikwissenschafter Peter Filzmaier analysierte auf Basis aktueller Studien, welche Rolle die empfundene Lebensqualität und die Erwartung an die Zukunft für die Zufriedenheit mit dem Leben in der Gemeinde spielt.

Politikwissenschafter Peter Filzmaier ist inzwischen Stammgast bei den Kommunalen Sommergesprächen. Kürzlich hat er in einer Studie für den Gemeindebund mit 1000 Befragten die Lebensqualität in den Gemeinden analysiert. Was wollen die Menschen, was brauchen sie? Wie hoch oder niedrig ist das Vertrauen in die kommunale Ebene?

Die Gemeindestudie 2015 des Gemeindebundes (siehe KOMMUNAL 7&8/2015, Seite 21 und Seite 4–5 dieser Nachlese) zeige, dass die Lebensqualität in den österreichischen Gemeinden im Großen und Ganzen als sehr gut angesehen wird. Überraschend sei lediglich, dass die wirtschaftliche Lage der Gemeinden nicht wesentlich besser eingeschätzt wird als jene von Ländern und Bund. Interessant sei es aber, wenn man diese Ergebnisse mit einer Analyse der Gemeinderatswahl in der Steiermark vergleicht. Denn dabei zeige sich, dass die Bevölkerung die Situation der Gemeinden sehr unterschiedlich sieht. „Wähler der FPÖ sind eher negativ eingestellt“, so Filzmaier. Noch krasser sei die Einschätzung der Zukunft: 82 Prozent der FP-Wähler sehen mit Sorge in die kommenden Jahre, Wählerinnen und Wähler anderer Parteien nur zu etwa 20 Prozent.

> „Ich sehe den Sinn der Sache nicht, ständig zu kommunizieren, ich bin so arm, ich krepiere. **Denn was sagen Sie in einem Jahr?**
>
> **Peter Filzmaier**
> Politikwissenschafter, Geschäftsführer des Instituts für Strategieanalysen

Auch andere Aspekte der Steiermark-Wahlen seien beachtenswert. Die Maßnahmen, die die steirischen Reformpartner im politischen Bereich gesetzt hätten, werden weitgehend begrüßt. „Das ist ja auch kein Wunder“, meinte Filzmaier, „denn die Verkleinerung des Landtags tut niemandem weh.“ Die Änderungen im Sozialbereich würden dagegen deutlich negativer bewertet – allen voran die Schließung von Spitälern und Spitalsabteilungen. Auch die Einsparungen bei Sozialeinrichtungen stoßen auf breite Ablehnung.

Die Gemeindestudie zeige weiters, dass die Arbeit der Kommunen äußerst positiv bewertet wird. 80 Prozent der Befragten sind mit ihrer Gemeinde glücklich. Mit der Arbeit der jeweiligen Landesregierung sind nur mehr 69 Prozent zufrieden oder sehr zufrieden, mit der Tätigkeit der Bundesregierung können sich nur 34 Prozent erwärmen.

Dass die Menschen mehr an politischen Entscheidungen beteiligt werden wollen, zeigen Filzmaiers Ergebnisse ebenso. Die Möglichkeiten dieser Mitbestimmung sind freilich nur gering. Was mit Volksbegehren normalerweise passiert, wissen wir alle. Dementsprechend schlecht bewertet die Bevölkerung die Mitbe-

Vor rund 300 Vertretern aus allen österreichischen Gemeinden war Prof. Peter Filzmaier in seinem Element. Sein Rat an die Gemeindevertreter: „Ich rate den Gemeinden zu viel mehr ‚wow'-Kommunikation."

stimmungsmöglichkeiten auf Bundesebene. Nur acht Prozent finden, dass sie österreichweit etwas mitzureden haben. Ganz anders die Lage in den Gemeinden. 55% haben den Eindruck, dass ihre Anliegen gehört werden und sie bei relevanten Entscheidungen beteiligt sind. „Ein sensationeller Wert", findet auch Mödlhammer. „Das zeigt, dass wir die Keimzelle demokratischer Mitbestimmung sind."

Dementsprechend hoch ist auch das Vertrauen in die Arbeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. 39 Prozent gaben an, dass der Ortschef die Bürgerinteressen am effizientesten vertritt. Nur 21 Prozent haben dieses Vertrauen in die Landesebene, nur zehn Prozent in den Bund. Die EU landet weit abgeschlagen mit nur einem Prozent auf dem hintersten Rang.

Interessant sei die Analyse der Verbundenheit mit den politischen Ebenen, so Filzmaier. Die Mehrheit der Befragten fühle sich in erster Linie als Österreicherin oder Österreicher. Filzmaier: „Beim Nationalstolz liegt Österreich auch international weit vorne." Aber auch die Verbundenheit mit der Gemeinde sei hierzulande extrem hoch. Wenig überraschend sei, dass sich kaum jemand in erster Linie als EU-Bürger sieht.

„Das klingt auf den ersten Blick für die Gemeinden sehr gut. Aber es zeigt sich, dass sich vor allem die Älteren sehr stark mit ihrem Heimatort verbunden fühlen. Bei jungen und mobilen Menschen ist diese Verbundenheit deutlich kleiner." Die Faktoren Generation und Mobilität seien da durchaus als Gefahr zu sehen.

Für die Gemeinden selbst, vor allem für jene, die auch unter Abwanderung zu leiden haben, hat Filzmaier auch einen Rat parat: „Ich sehe den Sinn der Sache nicht, ständig zu kommunizieren, ich bin so arm, ich krepiere. Denn was sagen Sie in einem Jahr? Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie sind dann schon tot, dann hat sich das erledigt. Oder Sie sagen dann, ich bin noch ärmer und krepier noch mehr. Glauben Sie mir, das nützt sich, strategisch gesehen, irgendwann einmal ab. Wenn das nun ein Workshop und kein Schlusswort wäre, dann würde ich Ihnen raten, dass Sie auf einen Zettel drei Dinge schreiben, die „wow" in Ihrer Region sind. Reden wir viel mehr über jene Dinge, die in Ihrer Region ‚wow' sind. Durchaus auch kritisch, ob das die restlichen Leute auch so ‚wow' empfinden. Aber generell rate ich den Gemeinden hier zu viel mehr ‚wow'-Kommunikation."

DIE POLITISCHE RUNDE

MEHR FREIHEIT, **WENIGER REGELN**

Die Regulierung jedes kleinsten Details muss aufhören, war eine zentrale Forderung, die Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer auch im Hinblick auf die Verhandlungen zum zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr formulierte.

Die bei der Abschlussdiskussion der Kommunalen Sommergespräche anwesende Familienministerin Sophie Karmasin nahm diese Kritik an, sah das naturgemäß – vor allem was das zweite verpflichtende Kindergartenjahr anging – aber etwas anders. Darüber, dass Familienfreundlichkeit ein wesentlicher Standortfaktor ist, waren sich aber alle Podiumsteilnehmer einig. Neben Mödlhammer und Karmasin nahmen auch die Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe und Politikwissenschafter Peter Filzmaier an der von Moderatorin Martina Salomon geführten Diskussion teil.

„Familienfreundlichkeit ist ein ganz zentrales Element und hat in der Vergangenheit zu wenig Bedeutung erfahren. Diese Bedeutung hat das Ressort nun mit einem eigenen Ministerium bekommen", betont Karmasin. Dass die Bemühungen der letzten Jahre fruchten, zeige sich auch in den steigenden Geburtenzahlen, so die Ministerin. Ob das auf die Zuwanderung oder tatsächlich auf die Maßnahmen (z. B. Erhöhung der Familienbeihilfe, Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung etc.) zurückführen ist, ließ sich im Laufe der Diskussion nicht verifizieren.

Tatsache ist, dass Familienfreundlichkeit nicht nur von oben „diktiert" werden kann. Am meisten ist hier die Ebene vor Ort und damit die Gemeinde gefragt. „Immer mehr Frauen sind gut ausgebildet. Wenn sie vor Ort keinen Job, keine passende Kinderbetreuung, keine gute Schulstruktur – schlichtweg kein familienfreundliches Umfeld – finden, werden sie eine Gemeinde nicht als Wohnort wählen", betont Tirols Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid Felipe. Den Gemeinden steht mit dem Audit „familienfreundlichegemeinde" ein passendes Tool zur Seite. Um eine optimale Kinderbetreuung vor Ort zu organisieren, die von Alleinerziehern bis hin zur Hausfrau – allen Lebensmodellen und Anforderungen – gerecht wird, eignen sich gerade für ländliche und kleinere Gemeinden Kooperationen. Auch die Zusammenarbeit mit Unternehmen möchte die Familienministerin künftig weiter forcieren: „Es geht ja nicht nur darum, Wegzug zu verhindern, sondern Weggezogene zu motivieren, wieder zurückzuziehen." Felipe geht noch ein Stück weiter: „Arbeitsplätze allein werden keine Menschen anlocken, es braucht auch die Software. Denken wir nur an Tourismusgemeinden. Dort gibt es zwar viele Arbeitsplätze, aber die Leute wohnen dort nicht gerne, weil das Rundherum nicht passt."

> „**Arbeitsplätze allein werden keine Menschen anlocken**, es braucht auch die Software."
>
> **Ingrid Felipe,** Landeshauptmannstellvertreterin in Tirol und Landesrätin für Umwelt, Naturschutz, Mobilität und Nachhaltigkeit

Die kleinen Einheiten arbeiten lassen, statt immer neue Regulierungen zu erfinden: Im Hinblick auf den Finanzausgleich fordert Helmut

Politikwissenschafter Peter Filzmaier, Familienministerin Sophie Karmasin, die Tiroler Landeshauptmannstellvertreterin Ingrid Felipe und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer bestritten die politische Abschlussdiskussion zur Frage, „Ist der ländliche Raum noch zu retten?“

Familienfreundlichkeit ist ein wesentlicher Standortfaktor. Darüber waren sich die Diskutanten einig. Aber die Entwicklung darf nicht durch Überregulierung beschränkt werden.

Mödlhammer einmal mehr, die Aufgaben zu entflechten. „Gerade im Kindergartenbereich muss das Geld direkt dort ankommen, wo es gebraucht wird. Für 80 Prozent der Kinderbetreuungseinrichtungen sind die Gemeinden zuständig, die das großartig und je nach Bedarf erfüllen. Die Gemeinden sind nicht die Reformverweigerer, weil sie tagtäglich beweisen müssen, dass sie den Anforderungen der Bürger entsprechen. Wir wollen die Qualität steigern, wir wollen flexible Betreuungszeiten, aber wir brauchen auch mehr Freiheiten. Lasst uns in Ruhe arbeiten und regelt nicht alles bis in die kleinste Ebene. Lasst uns die Arbeit vor Ort machen, wie es den Menschen am besten zugutekommt.“ Im selben Atemzug sprach Mödlhammer auch die strengeren Vorschriften für Vereine an, die das ehrenamtliche Engagement in den kleinen Einheiten Schritt für Schritt unmöglich machen würden.

Im Rückblick auf die Sommergespräche nahm Mödlhammer eines mit: „Wir brauchen mehr Chancengleichheit. Im Bereich des Breitbands, des öffentlichen Nahverkehrs und auch bei der Finanzzuteilung.“ Um wirkliche Chancengleichheit zu erreichen, muss man allerdings an vielen Punkten ansetzen.

IMPRESSIONEN

10 JAHRE KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

Bei den intensiven Diskussionen rund um die Frage des ländlichen Raums wäre ein Jubiläum fast untergegangen: Heuer fanden die Kommunalen Sommergespräche das zehnten Mal statt – ein Grund zum Feiern.

Für die zehnten Kommunalen Sommergespräche gabs natürlich auch eine Geburtstagstorte: Bürgermeister Franz Frosch, Kommunalkredit-Boss Alois Steinbichler, Moderatorin Martina Salomon, Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-General Walter Leiss und Vizebürgermeisterin Waltraud Köberl präsentieren das gute Stück.

„MAN TRIFFT SICH HIER IM ENTSPANNTEN RAHMEN, MAN LERNT DIE LEUTE VON DER PRIVATEN SEITE KENNEN – **DAS NETZWERKEN IST SENSATIONELL.**“

Renate Habetler, Bürgermeisterin der Marktgemeinde Bernstein im Burgenland

BILDERGALERIE

Viel mehr Eindrücke von den Kommunalen Sommergesprächen 2015 finden Sie auf der Website **www.gemeindebund.at**

BEI DIESEN TREFFEN NACH DER ARBEIT KOMMT MAN DRAUF, DASS WIR BÜRGERMEISTER ALLE **IRGENDWIE DIESELBEN PROBLEME HABEN.**“

Johann Dreier, Bürgermeister der Gemeinde Weißenbach am Lech

Wer dahinter steckt

Die „Kommunalen Sommergespräche“ sind das Ergebnis einer Vision, die der Gemeindebund und die Kommunalkredit vor zehn Jahren gemeinsam entwickelt haben. Helmut Mödlhammer und der damalige Generalsekretär Robert Hink setzten dann gemeinsam mit der Kommunalkredit den ersten Schritt: Ein „Alpbach für Gemeinden“.
Inzwischen brauchen die Sommergespräche diesen Zusatz nicht mehr. Sie sind die fest etablierte Denkwerkstatt der österreichischen Gemeinden.
Unter der Ägide von Helmut Mödlhammer, Walter Leiss und Alois Steinbichler entwickelt sich dieser Think Tank stetig weiter. Viele Menschen und viele Gedanken sind notwendig, um diese Veranstaltung zu organisieren und in dieser hohen Qualität zu erhalten. Schon jetzt wird nach Themen und neuen und interessanten Referenten/innen für die Sommergespräche des nächsten Jahres, im **Juli 2016**, gesucht. Wichtig dabei sind die ungewöhnlichen Zugänge, die Freiheit des Denkens. Es geht nicht immer um konkrete Handlungsanleitungen für die Gemeinden, sondern darum, der eigenen Arbeit frischen Wind zu verpassen, neue Ideen und Ansätze zu finden.

Wir laden Sie ein: Helfen Sie uns und gestalten Sie die nächsten Sommergespräche mit. Lassen Sie uns wissen, worüber Sie diskutieren wollen, welche Themen aus Ihrer Sicht für die Gemeinden interessant und richtungweisend sind. Und machen Sie uns auch Vorschläge, welche Referenten/innen Sie gerne hören und sehen wollen.
Schreiben Sie uns Ihre Ideen und Vorschläge an **redaktion@gemeindebund.gv.at**.

Wir freuen uns auf Sie und Ihre Gedanken. Ihr Kommunale Sommergespräche-Team

10 Jahre „Kommunale Sommergespräche“

Der Jubliäumsband „10 Jahre Kommunale Sommergespräche“ wird nach der Eröffnung des Gemeindetages präsentiert.

„Die bessere Einbindung der Bevölkerung durch die ‚Lokalen Aktionsgruppen' im neuen Programm war uns ein großes Anliegen." Andrä Rupprechter.

LEADER-Programm bringt starke Impulse für ländlichen Raum

Insgesamt 77 österreichische Regionen starteten Ende Juli im Tech Gate Vienna gemeinsam mit Bundesminister Andrä Rupprechter in die neue LEADER-Periode. Ziel des Programms ist es, die Lebens- und Wirtschaftsbedingungen im ländlichen Raum durch passende Entwicklungsstrategien zu verbessern. „Wir unterstützen damit kulturell und wirtschaftlich lebendige Dörfer mit einer hohen Lebensqualität – von der Dorferneuerung über touristisch attraktive Kulturveranstaltungen bis hin zu Naturerlebnisangeboten. Das ist eine unverzichtbare Grundlage für ein lebenswertes Österreich", so Bundesminister Andrä Rupprechter. LEADER bringt nicht nur mehr regionale Zusammenarbeit, sondern auch mehr Gestaltungsspielraum für die regionale Bevölkerung. „Jede Region weiß selbst am besten, was für sie die richtige Zukunftsstrategie ist. Die bessere Einbindung der Bevölkerung durch die ‚Lokalen Aktionsgruppen' im neuen Programm war uns ein großes Anliegen", so Rupprechter. Erstmals erhält jede anerkannte Region ein Budget zur eigenständigen Umsetzung ihrer Entwicklungsstrategien samt professionellem Management.

Mehr auf www.bmlfuw.gv.at

Freiwilliges Engagement im Ausland wird noch attraktiver

Mitte Juli ist der Entwurf eines Auslandsfreiwilligendienstegesetzes in Begutachtung gegangen. Der Entwurf, dessen Begutachtungsfrist noch bis zum 26. August 2015 läuft, führt die unterschiedlichen Strukturen der bestehenden Auslandsdienste, also des Friedens-, Gedenk- und Sozialdienstes im Ausland, unter dem Dach des Freiwilligengesetzes zusammen.
Neben wesentlichen Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Verbesserung der sozialen Absicherung von Freiwilligendiensten führt die Zusammenführung der Regelungen im Freiwilligengesetz zu spürbaren Verwaltungsvereinfachungen, zudem wird der Auslandsdienst für Frauen geöffnet. „Gerade im heurigen Gedenkjahr setzt die Gesetzesnovelle ein positives Zeichen für das tägliche Engagement wider das Vergessen und für den aktiven Einsatz junger Frauen und Männer im Ausland", zeigt sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer erfreut.

Vier Hufe für Schmetterlingskinder

Seit dem 22. Juni durchquert Wachtmeister Barbara Poczek mit ihrem Pferd „Schnuffel" Österreich von Ost nach West. Unter dem Motto „4 Hufe für Schmetterlingskinder" sammelt sie dabei Spendengelder für die Selbsthilfegruppe „DEBRA Austria", die sich um sogenannte Schmetterlingskinder kümmert.
Von der Selbsthilfegruppe „DEBRA Austria" wurde ein Spendenkonto eingerichtet: „Schmetterlingskinder" – Kennwort Schnuffel: DEBRA Austria, IBAN: AT22 6000 0000 9000 0041, BIC: OPSKATWW.

Justizminister: ZPR wird einfacher

Keine konkreten Zusagen machte Justizminister Helmut Brandstetter im Juli beim Besuch von Gemeindebund-Vize Alfred Riedl und Gemeindebund-General Walter Leiss. Themen waren „heiße Eisen" wie das Strafrecht für Gemeindemandatare und die Neuerungen bei der Urheberrechtsvergütung.
Beim Zentralen Personenstandsregister (ZPR) werden nun erstmals positiven Seiten sichtbar. Scheidungen können beispielsweise gleich direkt am Gericht eingetragen werden.

www.gemeindebund.at

A1 MACHT DEN LÄNDLICHEN RAUM WETTBEWERBSFÄHIG

BREITBANDINTERNET EROBERT DIE GEMEINDEN

Österreichs führender Kommunikationsanbieter A1 wird seiner Rolle gerecht und sorgt für flächendeckend schnelles Internet auch abseits der Ballungszentren.

Neue Glasfaser-Leitungen werden verlegt. Dank dieser Datenhighways verfügen selbst entlegenste Gebiete über Breitband.

Das Internet ist die Lebensader für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Die Ansprüche an moderne Internet-, TV- und Multimedia- sowie Streaming- Services steigen rasant: Alle 2 Jahre verdoppelt sich das übertragene Volumen. Nur ein flächendeckendes Breitbandnetz kann langfristig diese Ansprüche abdecken. A1 investiert eine halbe Milliarde Euro in das flächendeckende Glasfasernetz, an das bereits jetzt mehr als 3 Millionen Haushalte angebunden sind. Das entspricht immerhin einem versorgungsgrad von 70% der Gesamtbevölkerung.

Die Mittel aus der Breitbandmilliarde unterstützen den Ausbau in wirtschaftlich bisher unrentablen Regionen. A1 begrüßt daher diese Zusage der Bundesregierung für die Breitbandmilliarde und verdoppelt jeden öffentlichen Euro aus der Breitbandmilliarde mit Hilfe von privaten Investitionen. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich hängt wesentlich von einer zuverlässigen, schnellen und zukunftssicheren Infrastruktur ab. Die auf Glasfaserleitungen basierenden Ausbauvarianten kommen auch in den entlegeneren Regionen Österreichs zur Anwendung und bieten noch ausreichend Reserven. Durch neue Technologien ist ohne weitere Grabungsarbeiten eine Verdreifachung der heute angebotenen Leistungen zu erwarten. In enger Zusammenarbeit mit den Ländern und Gemeinden wird A1 durch massive Investitionen in den kommenden Jahren einen flächendeckenden Zugang zum Glasfasernetz ermöglichen. Das Tempo dabei ist hoch. Allein im vergangenen Jahr konnte A1 zusätzliche 400.000 Haushalte in rund 100 Gemeinden willkommen heißen. Das entpricht 10% aller Haushalte Österreichs in nur einem Jahr.

Ähnlich erfolgreich agiert A1 im Mobilfunk: Nach dem Aufbau der LTE-Versorgung in den Städten stand 2014 vor allem der ländliche Raum im Vordergrund. Mit Jahresende betrug der Versorgungsgrad mit dem mobilen Breitbandnetz der vierten Generation bereits rund 60% der Bevölkerung. Schon heuer wird der LTE-Ausbau in ganz Österreich zum Großteil bereits abgeschlossen sein. Wichtig ist das für dünn besiedelte Regionen: „Murau ist eine der am dünnsten besiedelten Regionen Österreichs. Die dezentral gelegenen Gebiete der Region können wir dennoch relativ rasch mit mobilem Breitband versorgen. Unser 4G/LTE-Netz im Frequenzbereich 800 MHz ist dazu durch die günstigen Ausbreitungseigenschaften bestens geeignet“, so Marcus Grausam, Technikvorstand bei A1. Neben dem Bezirk Murau herrscht gegenwärtig auch in Bad Aussee emsige Betriebsamkeit, wo bis Oktober zu den 2500 bestehenden Breitband-Haushalten mindestens weitere 1800 hinzukommen, und das mit Datenübertragungsraten bis zu 50 Mbit/s.

Gleichzeitig investiert A1 rund 100 Mio. Euro in den Breitbandausbau in Oberösterreich. Bis 2016 werden so weitere 100.000 Haushalte erschlossen. Für zahlreiche ländliche Gemeinden bringt das einen Quantensprung, was die Versorgung mit mobilem Breitband betrifft.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

EINFACH(E) GENIALE LÖSUNG:

KINDGERECHTE, KOSTENGÜNSTIGE KINDERGÄRTEN

Experten entwickelten gemeinsam ein Modulbau-System um optimale, gesunde und nachhaltig errichtete Kindergärten zu bauen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse, Kosten und Verfügbarkeit maßgeschneidert werden können.

In ganz Österreich wird derzeit das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen massiv ausgebaut. Nicht immer wird dabei auf Qualität, Nachhaltigkeit und die Bedürfnisse der Kinder Rücksicht genommen.
Die Erweiterung eines Kindergartens in Simmering zeigt, dass das geht – und zwar ganz ohne Kostenexplosion.

Das komplette Projekt wurde nach einer intensiven viermonatigen Planungszeit in einer Bauzeit von nur vier Monaten umgesetzt. Die veranschlagten Baukosten wie auch der Übergabetermin konnten gehalten werden. Seit Herbst 2012 werden bereits bis zu 150 Kinder in den sechs Gruppen nach dem neuesten Stand der Technik und den hohen Anforderungen für Kindergärten betreut und gefördert.
Auch bei einem kompletten Neubau, wie z. B. dem Kindergarten Maria Himmelfahrt in Wien Floridsdorf zeigt sich, dass sich ein ökologisch intelligenter und vor allem an den Kindern orientierter, qualitativ hochwertiger Kindergarten kostengünstig planen und umsetzen lässt. Gelungen ist das der ARGE Kindergartenoffensive, kurz kigago, die extra ein Modulbaukonzept dazu entwickelt hat. Hinter kigago stehen etablierte Ziviltechniker, die Kindergärten und Schulen nach den Bedürfnissen der Kinder planen und umsetzen. Gegründet wurde die kigago! arge kindergartenoffensive 2011 von den Wiener Architekturbüros Paschinger Architekten, Hoppe Architekten und dem Ingenieurbüro RWT plus, verantwortlich für Tragwerksplanung, Bauphysik und Haustechnik.

RÜCKFRAGEHINWEIS

kigago!
arge kindergartenoffensive
Arch. DI Wolfgang Paschinger
Mobil: 0676/ 9611297
Mail: info@kigago.at
1010 Wien, Stubenring 4/13
www.kigago.at

INITIATIVE

100 PUNKTE FÜR DAS STEILDACH

In einem vorzugsweise bergigen Land wie Österreich hat ein Steildach natürliche Vorteile. Aber da ist noch mehr.

FOTO: © Adam Mørk

Entscheidend für die Wahl des Daches sind für mehr als neun von zehn Bauherren die Kriterien Bestandssicherheit, Energieeffizienz, der Schutz bei extremen Witterungsverhältnissen sowie die Kosten des Daches. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des Marktforschungsinstituts „meinungsraum.at“ aus dem Jahr 2014. Ebenso möchte fast die Hälfte der Hausbauer ihr Dach für die Energiegewinnung nutzen. Hier zeigen sich die Vorteile eines geneigten Daches deutlich: Für Solar- und Photovoltaikanlagen besitzt dieses im Gegensatz zu einem Flachdach bereits die optimale Neigung. Solarkollektoren sind nicht nur einfacher und schneller zu verlegen, sie weisen auch eine wesentlich höhere Regensicherheit auf als aufgeständerte Kollektoren.

Die Studie „Steildach vs. Flachdach im Lebenszyklus“ der TU Wien belegt weiters, dass Steildächer bei der Bewertung des Lebenszyklus sowohl ökonomisch als auch ökologisch ähnlich oder sogar besser als Flachdächer abschneiden. Die laufenden Kosten für ein Steildach sind relativ konstant. Erst nach rund 30 Jahren fällt beim Steildach Erneuerungsbedarf an, das Flachdach beginnt bereits nach 15 Jahren in den Erhaltungskosten zu steigen.

Zusätzlich bietet ein Steildach noch die Möglichkeit, zu einem späteren Zeitpunkt den Wohnraum zu erweitern und sogar das ausgebaute Dach bringt noch eine Kostenersparnis. Bei einem Einfamilienhaus mit einer Grundfläche von 200 m^2 liegt die Ersparnis des ausgebauten Steildaches gegenüber anderen Dachtypen bei 83.300 Euro. Zusätzlich ist die Einsparung von mehr als 25 Tonnen CO_2 bei der Produktion der Baustoffe und im Betrieb relevant für den Klimaschutz: 18 Buchen oder 20 Fichten wären notwendig, um diese Menge Kohlendioxid zu binden. Ein energieeffizienter Kleinwagen könnte 204.756 km weit fahren, bis diese Menge an CO_2 ausgestoßen wird. Das wiederum entspricht fünf Umrundungen der Erde.

Mehr auf www.meinsteildach.at

2014 ließ ein renommiertes Marktforschungsinstitut erheben, wie die Österreicher zum Dach ihres Hauses stehen. Die Studie zeigt auf, dass der Trend zu geneigten Dächern wie etwa dem Satteldach oder Mansarddach anhält: 83 Prozent der Befragten wählen eine Variante des geneigten Daches.

ÖSTERREICHISCHE FORSCHUNGSGESELLSCHAFT STRASSE-SCHIENE-VERKEHR

GEMEINDESTRASSE – NACHHALTIG GESTALTEN!

Das längste Straßennetz Österreichs wird von den Gemeinden und Städten, betrieben. Dies stellt vor allem die Bürgermeister sowie die Mitarbeiter der kleinen Gemeinden vor personelle, technische und in letzter Zeit immer mehr vor große rechtliche Herausforderungen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

So sind auf kommunaler Ebene gewisse Grundkenntnisse, aus den Bereichen der Straßenbautechnik, der Straßenausrüstung, der Straßenerhaltung, Baustellenabsicherung und des Winterdienstes erforderlich, um die Verantwortung als Straßen Erhalter tragen zu können. Diese können bei der sechstägigen Seminarreihe der Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr (FSV) „Kommunale Straßen“ erlangt werden.

Ausschreibungsgrundlagen für Rechtssicherheit

Als Herausgeber der „Standardisierten Leistungsbeschreibung Verkehr und Infrastruktur“ bietet die FSV auch bei Ausschreibungen für Infrastrukturprojekte Hilfestellung. Die Rechtssicherheit wird durch die Verwendung von standardisierten Ausschreibungstexten erhöht.

Verkehrssicherheit in Gemeinden

Verkehrsunfälle sind teuer! Deshalb bietet die FSV allen Verkehrsexperten in den Gemeinden, Ein-Tagesschulungen für mehr Verkehrssicherheitswissen an. Ziel ist es, an einem Tag möglichst kompakt sicherheitstechnische Zusammenhänge zu vermitteln.

MEHR INFOS
Österreichische Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr

www.fsv.at

Die neue Dachplatte
www.eternit.at

Durch und durch gefärbt, durch und durch besser.

Ästhetik pur durch schlichte, geradlinige Geometrie und matte Oberflächen-Optik. Extrem sturmsicher dank 2-fach Befestigung. Jetzt exklusiv bei Ihrem Dachdeckermeister.

Eternit®
Baukultur aus Österreich

PORR UND TEERAG-ASDAG:

LOKAL VERANKERT, INTERNATIONAL VERNETZT

In Zeiten knapper Budgets und sinkender personeller Ressourcen im öffentlichen Bereich werden Bauprojekte für Kommunen zur echten Herausforderung. Verlässliche Partner mit einem guten Verständnis für die lokalen Bedürfnisse und umfassender Expertise entwickeln sich immer mehr zum entscheidenden Erfolgsfaktor – dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Groß- oder Kleinprojekte handelt.

FOTO: PORR

Sanierung 10. Oktoberstraße, Klagenfurt.

Baukompetenz hat in Österreich einen Namen: PORR
In Österreich wird höchste Baukompetenz und Handschlagqualität ganz klar mit einer Unternehmensgruppe in Verbindung gebracht: mit der PORR. Seit mehr als 145 Jahren hat Innovation im Bau bei der PORR Tradition. So war das Unternehmen beispielsweise maßgeblich am Bau der Wiener Ringstraße beteiligt. Heute sind die österreichischen Hochbau-Experten in der PORR Bau GmbH gebündelt. Ihr Leistungsspektrum reicht von der Sanierung bis zum Neubau von Objekten, von Kindergärten, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden bis hin zur Schaffung von Wohnraum. Darüber hinaus verfügt das Unternehmen über umfassende Erfahrung bei der Errichtung von Produktionsstätten, Gewerbeimmobilien, Bürogebäuden, Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern. Je nach Anforderung fungiert die PORR beispielsweise lediglich als Baumeisterunternehmen oder als Generalunternehmen für schlüsselfertige Gesamtlösungen.

„Kein Projekt ist uns zu klein, aber auch keines zu groß" – so die Devise der TEERAG-ASDAG
Die österreichischen Tiefbau-Spezialisten der PORR-Gruppe sind in der TEERAG-ASDAG zu Hause. Auch die TEERAG-ASDAG blickt auf eine über 100-jährige Firmengeschichte zurück – ein Indiz für das nachhaltige Agieren und den Anspruch des Unternehmens, sich permanent weiterzuentwickeln und neuen Ideen offen gegenüberzustehen.

Aktuell umfasst das Leistungsspektrum des Tiefbau-Unternehmens die Sanierung oder den Neubau von Straßen, den Bau von Außenanlagen, Pflasterungen, Wasser- und Abwasserbeseitigungsanlagen, den allgemeinen Leitungsbau und auch Freizeitanlagenbau (z. B. Skaterpark). Auch die Bearbeitung von Nischenbereichen wie Bodenmarkierungen und Abdichtungen zählen zur Angebotspalette.

Gleichzeitig ist die TEERAG-ASDAG bekannt für die erfolgreiche Abwicklung komplexer Infrastrukturprojekte. Gerade bei derartigen Großprojekten schafft die konzernweite Zusammenarbeit der internationalen PORR-Experten echten Mehrwert für den Kunden: Nur wenige Anbieter in Österreich verfügen über eine ähnlich umfassende Expertise im Tunnel-, Bahn-, Beton- und Ingenieurbau (wie z. B. Brückenbau) und Grundbau wie die PORR-Gruppe. Und von jedem realisierten Projekt profitiert der Auftraggeber.
Abgerundet wird das Portfolio der PORR in Österreich durch Abbrucharbeiten, Altlastensanierungen und das Betreiben und Errichten von Deponien – in erster Linie erbracht vom Team der PORR Umwelttechnik.

Kundennähe und regionale Arbeitsplätze: Dafür sorgt die österreichweite Präsenz
Projekte zeitgerecht, in der gewünschten Qualität und im vorgegebenen Budget zu realisieren, ist erklärtes Ziel der PORR. Dazu benötigt das Unternehmen Profis auf den Baustellen vor Ort. Alleine in Österreich sind über 9.000 Mitarbeiter der PORR im Einsatz, um Kundenbedürfnisse und -wünsche zu erkennen und zu erfüllen. Dabei spielt die genaue Kenntnis der regionalen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. Kein Wunder also, dass die PORR vorzugsweise auf Mitarbeiter aus der Region setzt. Und so profitiert die öffentliche Hand gleich zwei Mal: einerseits von der lokalen Expertise des PORR-Teams und andererseits von der PORR als regionaler Arbeitgeber.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

WINTERDIENST

ZUVERLÄSSIGER PARTNER FÜR GEMEINDEN

Die kalte Jahreszeit bringt für Kommunen in Sachen Winterdienst Aufgaben mit sich, auf die es sich rechtzeitig vorzubereiten gilt. Als Qualitätsführer im Winterdienst betreut der Maschinenring österreichweit mehr als 15.000 Kunden und sorgt für schnee- und eisfreie Straßen in Gemeinden.

FOTO/Maschinenring

Der Winter kann kommen: Mit den Winterdienstprofis vom Maschinenring sind Gemeinden für Schnee und Eis gerüstet.

Sicher, schnell und zuverlässig: Das sind die zentralen Ansprüche, die Gemeinden an den Winterdienst stellen. Neben rechtlichen Verpflichtungen und Haftungsfragen steht vor allem die Zufriedenheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. Mit dem Maschinenring holen sich Gemeinden einen schlagkräftigen Partner an die Seite, der auch mit extremen Witterungsverhältnissen umzugehen weiß.

FOTO/Rosegg

Franz Werner Richau, Bürgermeister von Rosegg: „Zuverlässige und schnelle Hilfe ist im Winterdienst entscheidend. Die Profis vom Maschinenring sind rasch einsatzbereit, die Zusammenarbeit klappt seit Jahren reibungslos."

Die Winterdienst-Mitarbeiter des Maschinenrings übernehmen für Gemeinden Schneeräumung, Streuung, Kehrung, Sicherungsmaßnahmen und vieles mehr. Die Winterdienstleister stammen aus der jeweiligen Region und kennen die lokalen Gegebenheiten genau – ein unschätzbarer Vorteil. Weil die Winter-Profis vom Maschinenring die benötigten Maschinen zudem selbst mitbringen, entfallen für den gemeindeeigenen Bauhof Anschaffungs- und Erhaltungskosten von schwerem Gerät.

Sicher durch den Winter

Die Marktgemeinde Rosegg in Kärnten vertraut bereits seit mehr als zehn Jahren im Winterdienst auf den Maschinenring. Zwei bis vier Mitarbeiter sind mit eigenem Gerät für die Gemeinde im Einsatz, ein Mitarbeiter arbeitet über die Zeitarbeitssparte des Maschinenrings bei Arbeitsspitzen mit. Die Winterdienstleister des Maschinenrings Oberkärnten sind in Rosegg für die Schneeräumung in einem definierten Gebiet zuständig und übernehmen den Abtransport der Schneemengen. „Zuverlässige und schnelle Hilfe ist im Winterdienst entscheidend. Die Profis vom Maschinenring sind rasch einsatzbereit, die Zusammenarbeit klappt seit Jahren reibungslos", betont Franz Werner Richau, Bürgermeister von Rosegg.

Die Leistungen des Maschinenrings decken alle kommunalen Aufgaben im Bereich Winterdienst ab und können im gewünschten Umfang beauftragt werden. So kann eine Gemeinde den Winterdienst komplett, inklusive Maschinenleistung, an den Maschinenring auslagern oder auch nur bestimmte Aufgaben vergeben. Der Maschinenring übernimmt die Haftung für sämtliche durchgeführten Arbeiten.

MEHR INFOS
winterdienst@maschinenring.at

www.maschinenring.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ÖSTERREICHS NUMMER 1 WIRD ERWEITERT

ERSTKLASSIGER TRANSPORT

Qualität, Leistung, Tradition: darauf legt Volkswagen das Augenmerk. Der Wolfsburger Autohersteller setzt nun seine Erfolgsgeschichte mit der sechsten Generation der T-Baureihe eindrucksvoll fort.

Knapp 2 Millionen Mal verkaufte sich der T5 innerhalb von 13 Jahren weltweit, und auch die neueste Generation knüpft an Altbekanntes an. Grundsätzlich gibt es dabei nach wie vor drei Grundversionen der T-Baureihe – das Nutzfahrzeug (Kastenwagen, Pritsche, Doppelkabine und Kombi), die für den beruflichen und privaten Einsatz konzipierten Großraumlimousinen (Multivan und Caravelle) sowie die Freizeitmobile (California). Alle Motoren – vier neue TDI und zwei TSI – verfügen serienmäßig über ein Start-Stopp-System und arbeiten äußerst wirtschaftlich.

Für Kommunen besonders interessant sind die Ausführungen Kastenwagen, Kombi und Pritsche, da sie vielseitig einsetzbar sind und viele Vorteile mit sich bringen. Beispielsweise genießt man bei der Kastenwagen-Ausführung einen bequemen Zugang zu tief im Gepäckraum transportierter Ladung, die durch die große Öffnungsbreite von 1020 Metern auf der rechten Fahrzeugseite ermöglicht wird.

Wer gerne noch mehr Platz hätte, kann den neuen Transporter auch als Doppellader mit einer zweiten Schiebetür auf der linken Fahrzeugseite ordern. Ein leichtes Be- und Entladen wird durch eine relativ niedrige Ladekante von nur 566 mm ermöglicht und mit sechs oder acht klappbaren Verzurrösen kann die Ladung mit Spanngurten optimal gesichert werden. Der Laderaum (maximale Nutzlast bis zu 1,058 Tonnen) überzeugt in der Grundversion (3000 mm Radstand und Normaldach) mit einer Ladefläche von 4,3 m^2 und einem Stauvolumen von 5,8 m^3.

Für einen Gemeindeausflug würde sich die Kombivariante optimal anbieten, denn das komplett verglaste Modell kann in allen Ausführungen mit bis zu neun Sitzplätzen bestellt werden. Durch die „Easy-Entry-Funktion“ auf der linken und der rechten Seite, ein Novum am Transporter-Segment, wird das Einsteigen zu den hinteren Sitzen erleichtert. Selbstverständlich sind dennoch alle Sitze im Fahrgastraum ohne Werkzeug ausbaubar. So muss man in punkto Geräumigkeit für eventuelle Ladungen auch bei dieser Variante keineswegs Abstriche machen.

Die sechste Generation der T-Baureihe ist nicht nur multifunktionell, sondern auch optisch ein echter Hingucker.

MEHR INFOS

Man kann über die Webseite:
www.vw-nutzfahrzeuge.at

- alle aktuellen Angebote und sämtliche Modelle im Detail studieren.
- Infomaterial per Post oder als PDF anfordern.
- Probefahrten in ganz Österreich reservieren
- Direkte Anfragen rund um alle Neuwagen stellen.
- Per Konfigurator den exakt auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Wagen kreieren.

Wer dennoch auf noch mehr Stauraum nicht verzichten möchte, sollte sich von der Pritschen-Ausführung begeistern lassen. Durch den langen Radstand vergrößert sich bei der Einzelkabine die Größe der Ladefläche von 4,75 auf zirka 5,50 Quadrateter. Bei der Doppelkabine sorgen ein weiterer Stauraum unter der Rückbank und eine Ladefläche von 4,05 Quadratmeter für vielseitige Transportlösungen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOSTENGÜNSTIG AUF DEN NEUESTEN STAND:

MULITMEDIALE SICHERHEIT FÜR AUFZÜGE

Die Firma VIEW Promotion bietet ein neuartiges und multimediales Sicherheitssystem für Aufzüge, das gemeinsam mit der FH Hagenberg entwickelt wurde.

Die Aufzugumrüstung erfolgt über autorisierte Unternehmen, die Kosten werden über Werbung finanziert.

Grundlage des Systems ist ein Bildschirm, welcher gleichzeitig als Werbefläche dient. Dadurch können Einnahmen lukriert werden, die dem Betreiber der Liftanlage helfen, die Betriebskosten bestehender Aufzugsanlagen zu reduzieren.

Die Vorteile im Überblick:

Einfache Umrüstung: Die schnelle Umrüstung auf das VIEW-System erfolgt durch Experten. Die Dauer der Umrüstung beläuft sich auf maximal einen Tag. Das VIEW-Tablet kann in allen bestehenden Aufzugsanlagen nachgerüstet werden.
Leichte Wartung: Das Notrufsystem wird nach strengsten Normvorgaben gewartet. Funktionstests werden über eine Webapplikation durchgeführt.
Professionelles 24h-Notrufsystem: Das intelligente, kameragestützte System erkennt Notfälle sofort. So kann von der Notrufzentrale umgehend eingeschritten und Fehlalarme (und zusätzliche Kosten) verhindert werden.
Neuartiger Notfall-Ablauf: VIEW reagiert Dank der modernsten Technologie schnell und zuverlässig auf jede Störung.
Barrierefreie Kommunikation: VIEW ist speziell für die Bedienung von physisch beeinträchtigen Menschen optimiert. Im Falle einer Störung geht das System auf die jeweilige Einschränkung ein.
Datenauswertung & Displayfunktionen: Über die Displaytechnologie werden relevante Informationen und Werbung direkt in die Aufzugskabine ausgespielt. Der Status des Notrufsystems sowie die Fahrtenzahlen der Aufzugsanlage können jederzeit abgerufen werden.

Barrierefreiheit
Ein kleiner Zugewinn an Selbständigkeit steigert die Lebensqualität von Menschen mit Beeinträchtigungen enorm. Standard-Notrufsysteme funktionieren allerdings via Knopfdruck im Aufzug und Anruf in der Zentrale und stellen daher für Menschen mit Sprach- oder Hörbeeinträchtigung oftmals eine Hürde dar. Das neuartige und multimediale VIEW-Sicherheitssystem mit einfacher Menüführung unterstützt besonders Personen mit eingeschränkten körperlichen Fähigkeiten:

Das **Sprachnotrufmodul** mit natürlicher Sprachausgabe ermöglicht es Personen mit visueller Beeinträchtigung mittels Sprache zu kommunizieren und das System zu steuern.

Das **15 Zoll große, dynamische Display** ist mit zwei Ja/Nein-Tasten nach Önorm 81/70 ausgestattet. Das ergonomische Design erfordert eine weniger genaue Bewegungssteuerung und reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass Funktionen unabsichtlich gedrückt werden. Die Tasten reagieren bereits auf minimalen Druck. Dies unterstützt speziell Menschen mit eingeschränkter Feinmotorik oder motorischen Schwierigkeiten.

Die **Anbringung der Tasten** des VIEW-Systems erfolgt in einer Höhe von maximal 120 cm. So können auch Menschen mit stark eingeschränktem Bewegungsradius diese problemlos erreichen.
Durch die **eingebaute Kamera** werden Fehleinsätze vermieden. Im Notfall kann die Notrufzentrale ein Bild aus der Aufzugskabine anfordern.

Technische Daten
Das System besteht aus bestens aufeinander abgestimmten Hard- und Softwarekomponenten. Als Server-Lösung dient eine skalier- und verteilbare Microservice-Architektur. Die Client-Lösung arbeitet generell autark und kann im Bedarfsfall über eine GSM-Verbindung mit dem Server via REST-Schnittstellen kommunizieren.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Notrufe können über das System auf Knopfdruck durchgeführt werden.

Vandalensicher
Der 15 Zoll Bildschirm wird durch ein spezielles Sicherheitsglas vor Einwirkungen von außen geschützt. Die Kameraüberwachung ermöglicht außerdem einen ständigen Schutz vor Vandalenakten. Die Web-Oberflächen basieren auf HTML5. Die Präsentation der Werbeinhalte sowie Notrufdialoge erfolgt über JavaFX.

Ein Aufzugs-Notrufsystem ist für einen gesetzeskonformen Betrieb einer Aufzugsanlage Voraussetzung. Aufgrund der Änderungen in den Standards der Telekombetreiber von analog auf digital könnte es sein, dass Notrufsysteme künftig nicht mehr funktionieren. Mit dem VIEW-Notrufsystem wird ein zertifiziertes GSM-Modul mitgeliefert, welches eine standardmäßig analoge Telefonleitung ersetzt.

Kosten und Erhaltung
Die Betriebskosten für das Notrufsystem (Notrufpauschale und Telefonkosten) finanzieren sich allein durch die am Bildschirm gezeigte Werbung. Gezeigt wird zielgruppengesteuerte Werbung in Form von Videos mit Untertiteln, jedoch ohne Ton. Als Videoformat wird ein mpeg4-Container verwendet.
Die Werbung kann via Webportal von den Werbetreibenden gebucht werden. Werbeplanung- und Einspeisung erfolgen über VIEW. Insellösungen wie zum Beispiel für Einkaufszentren oder Hotelketten können individuell gebucht werden.

VIEW

KONTAKT
View Promotion GmbH
Frauscherberg 8
5211 Friedburg
Tel.: +43 (0)7746/28520
office@view-elevator.at
www.view-elevator.at
www.gratis-notruf.at
www.aufzugswerbung.at

Das ist PORR!
www.porr-group.com

Ob im Hoch- oder Tiefbau – bei jedem Projekt beweist die PORR kreative Planung und Entwicklung ebenso wie bautechnisch perfekte Ausführung. So schreibt sie seit mehr als 145 Jahren heimische und internationale Baugeschichte. Mit ihrem Auftragsbestand von rund EUR 4,1 Mrd. ist die PORR auch für die kommenden Jahre bestens aufgestellt. Der Konzern bietet damit erfreuliche Perspektiven – für Mitarbeiter, Kunden und Partner und natürlich auch Aktionäre. **Denn mit ihrer Strategie des intelligenten Wachstums ist die PORR im In- und Ausland nachhaltig erfolgreich.**

Intelligentes Bauen
eröffnet Perspektiven

powered by PORR

HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

GUTES GESUNDHEITSSYSTEM MIT VORSORGE

„Vorsorgen ist besser als Heilen" – unter diesem Motto setzt die Sozialversicherung im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit Maßnahmen zum Thema Förderung und Erhalt der Gesundheit der kommenden Generation. Einer der Schwerpunkte 2015: Die Zahngesundheit.

FOTO: fotolia.com/auleena

Seit dem 1. Juli gibt es die kieferorthopädische Sachleistungsversorgung bis zum 18. Lebensjahr.

Das Thema Förderung und Erhaltung der Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen steht zu recht und seit langem im Fokus der Sozialversicherung. Denn alle Maßnahmen, die hier gesetzt werden, stellen die Weichen in Richtung mehr Gesundheit der künftigen Erwachsenen. Und das muss bekanntlich rechtzeitig passieren und nicht erst, wenn die Kinder und Jugendlichen bereits krank sind oder gesundheitliche Schäden haben.

„Bei Kindern und Jugendlichen können wir Vermeidbares vermeiden – und Vieles ist gerade bei Jugendlichen vermeidbar. Das ist nicht nur im Sinne der Erhaltung der Gesundheit des Einzelnen im Erwachsenenalter wichtig. Es stehen dann der Sozialversicherung auch mehr Mittel für die Finanzierung zur Behandlung von unvermeidbaren Erkrankungen sowie für notwendige neue Leistungen zur Verfügung", so Mag. Peter McDonald, Vorstandsvorsitzender des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger. Und diese Mittel brauche man, da die Wissenschaft laufend neue Therapien entwickle, deren Einsatz auch von der Versichertengemeinschaft finanziert werden müsse.

Was die Sozialversicherung für Kinder und Jugendliche erreichen will, ist in der österreichischen „Kinder- und Jugendgesundheitsstrategie" und in den „Rahmen-Gesundheitszielen" festgelegt, an deren beider Erarbeitung die Sozialversicherung intensiv mitgewirkt hat. Die hohe Bedeutung der Kinder- und Jugendgesundheit wird auch dadurch unterstrichen, dass ein Teil der finanziellen Mittel, den die Pharmawirtschaft der Sozialversicherung aufgrund des Medikamenteneinkaufs rabattiert, in die Förderung von Projekten zu diesem Thema in vielen österreichischen Gemeinden fließen.

Der Schwerpunkt der Kindergesundheitsstrategie liegt auf der Gesundheitsförderung und Prävention im Sinne von „Health in all Policies". Das bedeutet, dass möglichst alle beteiligten Interessensgruppen und Politikbereiche daran mitwirken sollen, das Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Gesundheit für alle Kinder zu erreichen. Somit ist die Kinder- und Jugendgesundheit nicht nur die alleinige Aufgabe der Gesundheitspolitik, sondern auch der Bildungs- und Sozialpolitik und selbstverständlich auch der Kommunalpolitik. Diese ist ja unmittelbar mit den Sorgen und Anliegen der Bürger – auch im Bereich Gesundheitsvorsorge – konfrontiert.

Das Jahr 2015 kann nun mit Fug und Recht als das Jahr der Kindergesundheit bezeichnet werden, weil einige Projekte in die Zielgerade gekommen sind bzw. umgesetzt werden konnten. Zwei wichtige gesundheitspolitische Vorhaben für Kinder und Jugendliche seien hier beispielhaft genannt: Die Realisierung einer Kinderrehabilitation, wo sich Sozialversicherung und Länder auf die Schaffung eines Therapieangebotes von österreichweit insgesamt 343 Betten geeinigt haben und das neue Leistungspaket im Bereich der Zahngesundheit für Kinder und Jugendliche. Seit dem 1. Juli gibt es hier die kieferorthopädische Sachleistungsversorgung bei medizinischer Notwendigkeit bis zum 18. Lebensjahr. Sie umfasst die frühkindliche Zahnbehandlung bei schweren Fehlstellungen und die festsitzende Zahnspange zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr bei schwerwiegenden Zahnfehlstellungen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SUCHMASCHINEN-RANKINGS

Haushaltsversicherungen sind gefragt

Eine Analyse der Online-Suchanfragen von Versicherungsprodukten zeigt, dass Versicherungen für Gebäude- und Hausratschäden sowie Online-Tarifberechnung besonders gefragt sind.

Die von ranking-check.info erhobene Statistik zeigt, dass vor allen nach dem Stichwort „Haushaltsversicherung“ gesucht wird. Von insgesamt 5460 Suchanfragen galten 2900 alleine diesem Begriff. Der Begriff „Hausratsversicherung“ kommt weit abgeschlagen auf Platz zwei. Generell ist das Suchvolumen des Themas besonders im Verlauf des letzten Jahres (Mai 2014 bis Mai 2015) gestiegen. Jedes Jahr gibt es einen Höhepunkt in den Suchanfragen um den Jänner, der hauptsächlich vom Keyword „haushaltsversicherung“ verursacht wird. In den letzten beiden Jahren gab es jeweils im Dezember einen starken Einbruch des Suchvolumens. Verantwortlich dafür könnten jährliche Prämienanpassungen der Versicherer sein.

STARK VERTRETEN

Nö. Elektrotechniker erstmals auf Kommunalmesse

Der Elektrotechniker ist der Partner der Gemeinden schlechthin, wenn es um Planung, Errichtung, Betrieb, Instandhaltung oder Sanierung elektrischer Anlagen geht. Egal ob Straßenbeleuchtung, Wasserversorgung, Kläranlage, Kindergarten, Schulen oder sonstige Gemeindegebäude: Sicherheit, Energie- und Kosteneffizienz können nur von einem Fachmann gewährleistet werden.

FOTO/Tanja Wagner

NÖ Landesinnungsmeister Ing. Fritz Manschein, MSc

Wie bei allen anderen Haftungsfragen trägt auch hier der Bürgermeister die alleinige Verantwortung, wenn er sich keiner Fachfirmen bedient.

Die nö. Elektrotechniker zeigen deshalb auf der Kommunalmesse ihr breites Angebot von Alarmanlagen über programmierbare Steuerungen, berührungslose Zutrittssysteme, intelligente Infrarot-Heizungen, PV-Anlagen mit Speichertechnologie bis zu energieeffizienten Beleuchtungsanlagen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Ein Markenzeichen Österreichs:

ÖVGW

GEPRÜFT

Sauberes Wasser.

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG IN DER WASSERVERSORGUNG:

- Leitungs- und Rohrsysteme
- Armaturen
- UV Desinfektionsanlagen
- Messeinrichtungen
- Aufbereitungsgeräte

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH
www.ovgw.at

Raiffeisen
Meine Bank
Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL
SERVICE
für die Zukunft der Region
Wenn’s um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.
Nur wer in der gleichen Region lebt, weiß auch, mit welchen Maßnahmen man Gemeinden gestaltet und kann dabei auf individuelle Bedürfnisse eingehen. Deshalb ist Raiffeisen der beste Partner bei sämtlichen Finanzgeschäften. www.raiffeisen.at

3,2,1 ... GO!

START FÜR MAXIMALE HYGIENESICHERHEIT!

Auf Knopfdruck: enorme Zeit- und Kosteneinsparungen sowie erstklassige Reinigungsergebnisse, die den höchsten Hygieneanforderungen gerecht werden. Seit 1. Juli führt Hygienespezialist hollu exklusiv Reinigungsmaschinen der Marke FIMAP im Sortiment und bietet damit alle Vorteile der maschinellen Reinigung aus einer Hand. Und dabei handelt es sich um die effizienteste und qualitativ hochwertigste Methode in der täglichen Boden- und Unterhaltsreinigung – perfekt für die Reinigung von Klassenzimmern, Aufenthaltsräumen, Aulas, Parkplätzen uvm.

Ein besonderes Highlight stellt die revolutionäre Scheuersaugmaschine Genie XS dar: ein leistungsstarkes Leichtgewicht, das sowohl in ökologischer als auch ökonomischer Hinsicht überzeugt und zuverlässig reinigt. Der Schmutz wird vom Boden gelöst, in einen Schwebezustand gebracht und mit gleichbleibend hohem Druck abgesaugt. Dadurch ist eine wesentlich höhere Schmutzaufnahme möglich.

Maschinelle Reinigung ist die effizienteste und qualitativ hochwertigste Methode in der Boden- und Unterhaltsreinigung

Neugierig? Online finden Sie weitere Informationen rund um das gesamte Maschinensortiment sowie ein Gewinnspiel mit attraktiven Hauptpreisen und Sofortgewinn. Hier geht's zur Microsite: www.hollu.com/glanzlichter/neues-hollu-Maschinensortiment

MEHR INFORMATIONEN

hollu
Systemhygiene GmbH
Salzstraße 6, 6170 Zirl
Telefon: 0800 100 76 10
www.hollu.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Besuchen Sie uns vom
9. bis 11. September 2015
beim 62. Gemeindetag
am Messegelände Wien.
www.gemeindetag.at

Partnerschaftliche Lösungen
KOMMUNAL SERVICE
für die Zukunft der Region

Wenn's um meine Gemeinde geht,
ist nur eine Bank meine Bank.
www.raiffeisen.at

Raiffeisen Meine Bank

KOMMUNAL ZUKUNFTSFORUM – 9. SEPTEMBER, MESSE WIEN

INNOVATIVE LÖSUNGEN UND WEGWEISENDE IDEEN

Infrastruktur und Technologie, Servicequalität und Bürgernähe sowie Gesundheit. Diese für die Gemeinden so wichtigen Aspekte können mit hochrangigen Experten am Kommunal Zukunftsforum, das im Rahmen von Kommunalmesse und Gemeindetag stattfindet, diskutiert werden. Wie die Fachleute die Zukunft der Gemeinden sehen, sagen sie hier.

ALOIS STÖGER, BUNDESMINISTER FÜR VERKEHR, INNOVATION UND TECHNOLOGIE

Wir wissen: Ein leistungsfähiger Anschluss an das Internet wird zur Voraussetzung für fast alle Arbeits- und Lebensbereiche. Darum setzt mein Ministerium gerade die Breitbandmilliarde ein, um auch die heute weniger gut ausgerüsteten Gemeinden in Österreich wettbewerbsfähig zu machen. Weitere Herausforderungen sind High Tech, alternative Energien, Klimawandel, umweltfreundlicher Personen- und Güterverkehr, selbstfahrende Fahrzeuge, eine leistungsfähige Schienen-Infrastruktur, Hochwasserschutz usw. Gemein ist all diesen Aufgaben: wir werden sie nur zusammen mit den Gemeinden lösen können. Die Gemeinde ist die bürgernäheste Verwaltungseinheit mit dem direktesten Kontakt zu den Menschen. Hier spielt die Musik. Darum hat die Gemeinde immer eine Zukunft. Wie die aussehen könnte? Das werden wir im Zukunftsforum behandeln.

CHRISTIAN RUPP, SPRECHER PLATTFORM DIGITALES ÖSTERREICH

Der digitale Wandel schreitet unaufhaltsam voran. Dabei sind gerade die Gemeinden gefordert: Breitband als Standortfaktor für Betriebsansiedelungen aber auch als Gegengewicht zur Landflucht, E-Government für mehr Bürgernähe und Servicequalität zum Beispiel für PendlerInnen, E-Health (online Apotheke, Telemedizin, innovative Technik bei Assistenzsystemen fürs Alter, ...) als Chance für mehr Lebensqualität, usw. sind die Themen von „Digital Kommunal“ und betreffen alle Regionen.

„Ein leistungsfähiger Anschluss an das Internet wird zur Voraussetzung für fast alle Arbeits- und Lebensbereiche.“

Alois Stöger,
Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie

MAX WELLAN, PRÄSIDENT DER ÖSTERREICHISCHEN APOTHEKERKAMMER

Eine Apotheke ist ein Gewinn für jede Gemeinde, denn sie sichert die Nahversorgung der Einwohner mit wichtigen Arzneimitteln und fachkundiger Beratung. Sie stärkt die Infrastruktur und leistet damit einen wichtigen Beitrag gegen drohende Abwanderung. In Notfällen stellen die Apothekerinnen und Apotheker die Medikamente sogar bis ans Krankenbett zu“. Das neue Wir – Dreamteam Bürger und Verwaltung.

FOTO/BMVIT/Zinner, Pflugl

FRANZ-REINHARD HABBEL, SPRECHER DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Bürgernahe Politik und Verwaltung ist geprägt von Augenhöhe, Partizipation und Partnerschaft. So werden Bürgerinnen und Bürger zu Co-Produzenten von Verwaltung. Gerade im sozialen Bereich erbringen sie wichtige, oftmals ehrenamtliche, Dienstleistungen. Es darf nicht vergessen werden, dass das soziale Kapital in der Gesellschaft dem Finanzbudget ebenbürtig ist. Ziel ist letztendlich eine Bürgergesellschaft, die weg vom Vaterstaat und hin zum Bürgerstaat führt. Dazu ist eine weitgehend transparente Verwaltung notwendig, die in einem Netzwerk arbeitet. So stellen digitale Plattformen den Bürgern neue Services wie beispielsweise aktuelle Live-Verkehrsinformationen, Informationen über Ad-hoc Betreuung in Kitas, Daten zur Umweltbelastung u.s.w. als App oder im Web zur Verfügung. Die Kommune der Zukunft schont Ressourcen, arbeitet nachhaltig, effizient und bürgernah. Ihre Bedeutung für die allgemeine Daseinsvorsorge der Bürger hat in den vergangenen Jahren enorm zugenommen und voraussichtlich wird dieser Trend anhalten. Das Zeitalter der Kommune ist gekommen.

MAG. PETER MCDONALD, VORSITZENDER DES VERBANDSVORSTANDS IM HAUPTVERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALVERSICHERUNGSTRÄGER

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die Weichen für das Gesundheitswesen jetzt so zu stellen, dass wir es zukunftsfit machen. Denn wir stehen vor großen Herausforderungen: von der Sicherstellung der Finanzierung angesichts der bekannten Demographie und des anziehenden medizinischen Fortschritts bis zur konkreten Erfüllung von Anliegen der Bevölkerung. Dazu gehören etwa die bessere Erreichbarkeit des Arztes, mehr Zeit für ein wertschätzendes Arztgespräch mit den Patienten, eine niederschwellige, auch telefonische Erstberatung, eine ganzheitliche Betreuung, eine bessere Vernetzung der Ärzte untereinander und mit den Spitälern und eine bessere Zusammenarbeit der Ärzte mit anderen Gesundheitsberufen sowie eine individuelle Betreuung um länger gesund zu bleiben.
Herr und Frau Österreicher verbringen im Schnitt 21 Jahre ihres Lebens in Krankheit. Schon diese Zahl allein, muss Weckruf und Auftrag sein! Jeder zusätzliche Monat Gesundheit bringt nicht nur mehr Lebensqualität, sondern entlastet auch das Gesundheitssystem.

FRANZ HAUGENSTEINER, BUNDESOBMANN DES FACHVERBANDES DER LEITENDEN GEMEINDEBEDIENSTETEN ÖSTERREICHS

Wir leben in einer Zeit mit großen Veränderungen in den Bereichen Kommunikation, Technisierung von Abläufen und einer sehr großen Daten- und Informationsflut. Das erhöht die Erwartungshaltung unserer Bürger an Verwaltungen.
Dazu kommt der Druck auf die öffentlichen Haushalte, Kosten zu reduzieren bzw. die Verwaltungsleistung auf die höheren Erwartungen anzupassen ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Damit entsteht Veränderungsdruck in unseren Abläufen was wiederum nur mit einer vermehrten innerstaatlichen Vernetzung der Verwaltungseinheiten gelöst werden kann.
Der Erfolg dieser Vernetzung wird künftig davon abhängen, wie gut es uns gelingen wird, aus der Flut von Daten, Informationen und Wissen, jenes Wissen auf effiziente Weise zu filtern, welches wir für unsere Verwaltungsprozesse benötigen.
Je stärker die Umgestaltung des Staates vom Ordnungsstaat zum ergebnisorientierten Dienstleistungsstaat fortschreitet, desto lauter wird der Ruf nach gut ausgebildeten und motivierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Wenn sich die Verwaltung in Österreichs Gemeinden vom hoheitsstaatlichen Denken zu vermehrter Dienstleistung am Kunden hin entwickelt und das Bürgerservice in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt, so muss diesem Trend entsprechend, auch das berufsspezifische Wissen entsprechend

LINKS ZUM THEMA
www.gemeindetag.at
www.gemeindebund.at

www.diekommunalmesse.at

IHRE DATEN BLEIBEN ZU 100% IN ÖSTERREICH

CLOUDiA - IHR CLOUD-DIENST „MADE IN AUSTRIA“

Mit CLOUDiA – Your Cloud in Austria sparen Sie erhebliche Kosten für Hard- und Software, minimieren Ihren Aufwand für Administration und Updates und können endgeräte- und ortsunabhängig arbeiten.

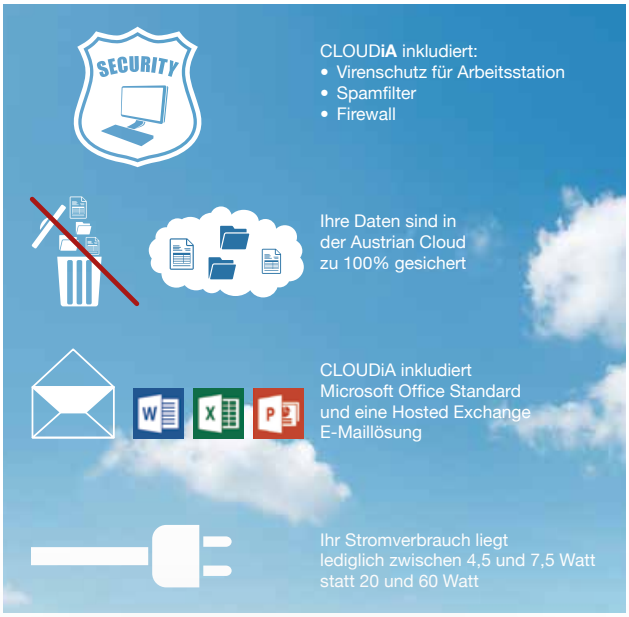
„Cloud Computing“ beschreibt die **Bereitstellung von IT-Infrastruktur und IT-Leistungen** wie beispielsweise Speicherplatz, Rechenleistung oder Anwendungssoftware als Service über das Internet. Und Sie nutzen diesen Service wahrscheinlich bereits täglich: zum Beispiel schreiben Sie E-Mails! Der virtuelle Briefverkehr ist sozusagen die klassische Art von Cloud Computing. Als AnwenderIn nutzen Sie diverse Dienste aus dem Internet, welche in Fachkreisen ausschließlich als „Cloud“ bezeichnet werden.

Aber was genau steht hinter dem Begriff „Cloud“?
Der/die AnwenderIn bekommt aus einer (Internet-)Wolke IT-Dienste auf den Rechner, das Smartphone oder den Tablet-PC geliefert und kann diese uneingeschränkt nutzen. Lediglich eine schnelle Internetverbindung und ein aktueller Webbrowser müssen vorausgesetzt sein.

Beim Cloud Computing dienen das Internet beziehungsweise die Server von **CLOUDiA – Your Cloud in Austria** als Zentrale. So ist es auch im Falle des E-Mail-Verkehrs, dass der Mail-Account, wie auch der dazugehörige Speicherplatz im Web bereitgestellt wird.

Die Datensicherheit von Cloud-Diensten ist nicht erst seit dem NSA-Skandal ein Thema bei Unternehmen.
Mit CLOUDiA – Your Cloud in Austria befinden sich **Ihre Daten zu 100% im neutralen und unabhängigen Rechenzentrum von Interxion in Wien** und unterliegen somit auch dem österreichischen Datenschutzrecht.

Grundsätzlich versteht sich CLOUDiA – Your Cloud in Austria als **Mietmodell mit individueller und spezifischer Anpassung** an die Bedürfnisse der NutzerInnen. Statt der Anschaffung teurer Infrastruktur und hohen laufenden Kosten für Wartung und Instandhaltung wird ein dem Umfang der Leistungen angepasster Mietpreis eingehoben. Diese Skalierbarkeit der Cloud Computing-Dienste macht es möglich, beliebig vielen AnwerderInnen diesen Service zu unterbreiten.



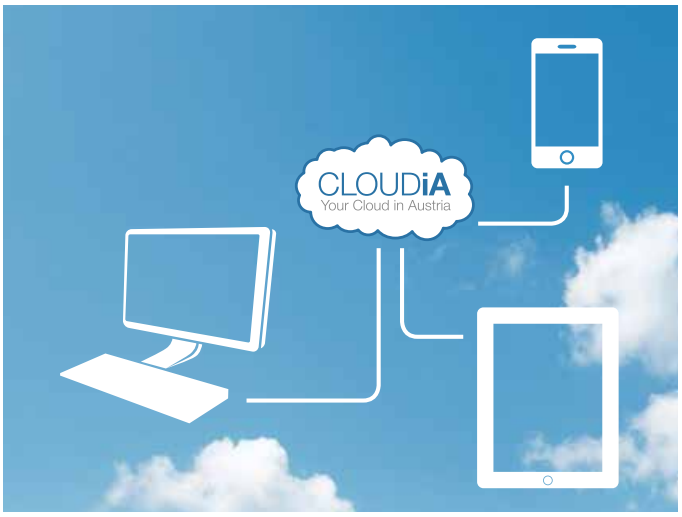
CLOUDiA erfüllt alle Anforderungen an eine leistungsfähige Cloud und wird gleichzeitig den hohen Datenschutzansprüchen der Österreicherinnen und Österreicher gerecht.

Beim Arbeiten mit CLOUDiA – Your Cloud in Austria werden Ihre **zentralen und relevanten Daten, sowie Programme der täglichen Arbeit (z. B MS Office-Paket, ERP-Systeme) vom lokalen Endgerät auf einen zentralen Server migriert.**
Vor Ort steht im Optimalfall nur noch ein günstiges und technisch einfaches Terminal (Thin Client) für den Zugriff auf Ihre Daten. Ein Thin Client benötigt weniger Hardware und weniger Rechnerleistung. Er ist lediglich die Benutzerschnittstelle, während die Datenverarbeitung in der Cloud erfolgt.

Mit CLOUDiA – Your Cloud in Austria starten Sie bereits **ab € 15 pro User / Monat** in den Basisbetrieb. Hier inkludiert sind Leistungen wie:

- Serverbetrieb Windows-Server 2012 R2
- Zugriff per Thin Client
- Unlimitiertes Datenvolumen (fair use)
- Virenschutz
- Monitoring Software
- Tägliches Backup
- Hosted Exchange

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG



Neben dem Basisbetrieb bietet CLOUDiA auch ein Hardware-Paket **ab € 15 pro User / Monat** mit folgendem Leistungsspektrum an:

- Thin Client
- Monitor und Eingabegeräte
- Austauschservice bei Defekt
- Neues Equipment alle 3-5 Jahre

Diverse Microsoft-Lizenzen (Windows Server 2012 R2, Remote Desktop SAL, Microsoft Office Standard, Systemcenter Endpoint Protection MVL, Exchange Standard SAL …) werden zum jeweiligen aktuellen Listenpreis von Microsoft angeboten.

Zusammenfassend können folgende Vorteile von CLOUDiA genannt werden:

- **Einfache Verwaltung:** Die komplette Server-Infrastruktur liegt im hochsicheren Rechenzentrum von Interxion in Österreich. Administration und Updates erfolgen automatisch.
- **Hohe Datensicherung:** Tägliche Backups sowie Viren- und Datenschutz am aktuellsten Stand gewährleisten eine größtmögliche Ausfallsicherheit.
- **Unkomplizierter Hardwareaustausch:** Sollte ein Endgerät defekt sein, gehen keine Daten verloren, da diese in der Cloud gespeichert sind. Im Schadensfall stellen wir ein konfiguriertes Ersatzgerät sofort zur Verfügung.
- **Keine Serverkosten:** Die hohen Anschaffungskosten eigener Server und der einhergehenden Infrastruktur können durch den Betrieb im ausfallsicheren Rechenzentrum in Wien abgefedert werden.

MEHR INFOS
LG NEXERA
Business Solutions AG
Kolonitzgasse 10
A-1030 Wien
Telefon: +43 1 7158944 – 0
Telefax: +43 1 7158944 - 99
E-Mail: **office@lgnexera.at**
Web: **www.lgnexera.at**

Besuchen Sie uns vom **09. bis 11. September** auf der **Kommunalmesse**, **Stand Nr. 129/130**, und erfahren Sie mehr über CLOUD**iA**

www.lgnexera.at

LG NEXERA

ÖKOLOGISCH, GUT UND GÜNSTIG

SOZIAL ORIENTIERTE IT IM VORMARSCH

Der österreichische GreenIT-Wegbereiter Compuritas macht mit seinem sozialen Hardware-Vergabeprogramm PC-Systeme und Laptops für Schulen und Vereine leistbar.

Foto: Sabine Hoffmann

Nachhaltige Arbeit im Dienste sozial-ökologischer IT: Gebrauchte Business-Hardware für neuen Zweck
Von Unternehmen steuerlich abgeschriebene Computer von Unternehmen, denen nichts fehlt, einfach entsorgen? Nicht bei Compuritas: Das Social Start-Up mit Sitz in Graz führt ausrangiertes EDV-Equipment einem neuen, sinnvollen Zweck zu – und wurde dafür mehrmals ausgezeichnet. Darunter der Österreichische Klimaschutzpreis, Trigos, ÖGUT-Umweltpreis, und viele mehr.

Compuritas übernimmt aussortierte Hardware von Unternehmen, setzt diese nach erfolgter Datenvernichtung professionell instand und führt sie Zielgruppen wie Schulen, NGOs, oder Privatpersonen zu, die sich neuwertige Geräte schwer bis gar nicht leisten können.

Diese ebenso einfache wie effiziente Idee schafft sowohl einen **sozialen** Nutzen als auch einen effektiven Beitrag zum **Klimaschutz.**

Ökologischer Nutzen:
Die Lebensdauer von Hardware wird um vier bis fünf Jahre verlängert, was im Vergleich zum Kauf eines Neugeräts eine Ressourceneinsparung von bis zu 550 kg CO_2, 15 kg Chemikalien, 160 kg fossilen Brennstoffen und 900 Liter Wasser bewirkt.

Soziale Wirkung:
Schulen und gemeinnützige Organisationen mit knapp bemessenen Budgets (sowie Menschen mit begrenzten Einkommen) erhalten bei Compuritas einen Bildungsrabatt. Professionell aufbereitete PC-Systeme und Laptops werden mit vollwertiger Software von Microsoft (Windows 7, Office 2010) sowie dem umfangreichen Compuritas-Softwarepaket ausgestattet und den genannten Gruppen zu leistbaren Preisen angeboten.

Für Kommunen doppelt interessant: Sofern eine Erneuerung des IT-Equipments ansteht, erspart sich die Gemeinde mit Compuritas als Partner Kosten im Rahmen der Hardwareentsorgung und betreibt damit gleichzeitig aktives CSR. Wenn es andererseits um Anschaffung und Ausstattung geht, bietet Compuritas öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen (wie Schulen, Lerncafés etc.), Vereinen und gemeinnützigen Organisationen attraktive Spezialkonditionen.

Das Team von Compuritas hat die Bereiche von sozialer IT und ökologischer IT zusammengeführt und setzt diesen Lösungsansatz seit nunmehr fünf Jahren erfolgreich um. Gerne beantworten diese Experten alle Fragen persönlich, z. B. bei der Kommunalmesse (9. - 11.Sept. in Wien) am Compuritas-Stand Nr.24.

MEHR INFOS

Compuritas
Annenstraße 49
8020 Graz
Tel. +43(0)316/890309
info@compuritas.at
Kommunalmesse: Stand 24

Compuritas Webshop
http://shop.compuritas.at
Compuritas Homepage
www.compuritas.at
Compuritas Serviceportal
http://www.gutgemacht.at/c/compuritas-graz

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Mit freundlicher Unterstützung von

weinhof waldschütz

STARKER AUFTRITT AUF DER KOMMUNALMESSE 2015

GEBALLTE KOMPETENZ AUS NIEDERÖSTERREICH

Gemeindevertreter aus Niederösterreich haben es heuer wirklich gut! Zahlreiche Experten aus ihrem weiten (Bundes-)Land stehen an den NÖ-Ständen 67–74 in der Halle C für konzentrierte Beratung, Service und Netzwerken bereit. Mit dabei sind unter anderem:

NOTRUF NÖ
Die Notrufleitstelle Niederösterreichs als präklinischen Informationsdrehscheibe wird knapp 4 Mio. Mal pro Jahr kontaktiert.
Hier werden die Einsätze vom Notarzthubschrauber, über den Rettungsdienst bis hin zur Bergrettung organisiert.
www.notrufnoe.at

„NATUR IM GARTEN“
... ist eine Initiative des Landes Niederösterreich, die sich für die Ökologisierung der Gärten und Grünräume in NÖ und über die Landesgrenzen hinaus einsetzt. In Vorträgen, Seminaren und Lehrgängen wird spannend und praxisnah Naturgarten-Wissen vermittelt. „Natur im Garten“ berät auch zu Gestaltung und Pflege des öffentlichen Grünraums.
www.naturimgarten.at

ENU
Die Energie- und Umweltagentur NÖ ist die erste Anlaufstelle bei allen Energie-, Umwelt- und Naturfragen. Sie wollen Projekte umsetzen, das Gemeindebudget schonen und Ihre Mitarbeiter optimal auf ihre Aufgaben vorbereiten? Die eNu unterstützt Sie bei der Erreichung Ihrer Energie- und Umweltziele mit Hilfe eines umfangreichen Beratung-, Bildungs- und Vernetzungsangebotes.
www.enu.at

NIEDERÖSTERREICHISCHE GLASFASERINFRASTRUKTURGESELLSCHAFT MBH
Ziel des Landes Niederösterreich ist die flächendeckende Versorgung von Haushalten, Unternehmen und Gemeinden mit zukunftsfähigem Breitband. Hierzu wurde die NöGIG gegründet, um das Modell NÖ umzusetzen. Für weiterführende Informationen besuchen Sie uns auf unserem Kommunalmesse- Stand in Halle C Stand 67-74 oder auf
www.noegig.at

NÖ.REGIONAL.GMBH
Wenn es um Regionalentwicklung in Niederösterreich geht, ist seit 2015 die neu gegründete NÖ.Regional.GmbH die erste Anlaufstelle für Gemeinden, Regionen, Vereine und Organisationen. Die Prozessbegleitung bei Dorf- und Stadterneuerung, Kleinregionsbetreuung, Mobilitätsmanagement, grenzüberschreitenden EU-Kooperationen,sowie regionalen Impulsprojekten bilden dabei Arbeitsschwerpunkte.
www.noeregional.at

VOR.
Die Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) sorgt für ein koordiniertes Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel in Wien, NÖ und dem Bgld.
Als Schnittstelle zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen, Gebietskörperschaften und Politik sorgt VOR für umfassende und intermodale Mobilität, Fahrgastinformation sowie effiziente und umweltverträgliche Planung des öffentlichen Verkehrs.
www.vor.at

„TUT GUT!“
Die Initiative »Tut gut!« stellt die niederösterreichische Gesundheitsvorsorge unter ein gemeinsames Dach und agiert als Drehscheibe für Gesundheitsförderung und Prävention.
www.noetutgut.at

AMT DER NÖ LANDESREGIERUNG / ABTEILUNG WOHNUNGSFÖRDERUNG
Wir beraten Sie gerne an unserem Stand bei der Kommunalmesse rund um das niederösterreichische Wohnbaumodell.
www.noe.gv.at

KOMMUNALAKADEMIE
Wir stehen Ihnen mit der Vermittlung von kommunalem Managementwissen und mit Fachinformationen zur Seite.
www.kommak-noe.at

NÖ FAMILIENLAND
Das Kompetenzzentrum für Familienarbeit in Niederösterreich unterstützt Familien, Gemeinden und Institutionen mit zahlreichen Projekten.
www.noe-familienland.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ÖSTERREICHISCHE APOTHEKERKAMMER

STARKE LEISTUNG

GESUND MIT IHRER APOTHEKE

Ob Patienten mit kleinen oder größeren Sorgen, junge Eltern oder chronisch Kranke – in der Apotheke bekommen sie genau das, was sie brauchen, und zwar ohne Termine und Wartezeiten.

Die österreichischen Apotheker beraten individuell und kompetent zu allen Gesundheitsfragen.

In der Apotheke laufen viele Informationen zusammen, die weit über das bloße Arzneimittel hinausgehen. Die Apothekerinnen und Apotheker kennen die benachbarten Ärzte, die Selbsthilfegruppen, Spitäler und Therapeuten und helfen den Kunden mit fachkundigen Ratschlägen.

Die fachliche Beratung zu Arzneimitteln zählt zu den Kernkompetenzen der Apothekerinnen und Apotheker. Dabei wird den Kunden/Patienten erklärt, wie sie Medikamente richtig einnehmen und anwenden, wie hoch sie die Medikamente dosieren sollen und welche Wirkungen, Neben- und Wechselwirkungen diese hervorrufen können. Bei chronisch Kranken stehen die Apothekerinnen und Apotheker kontinuierlich betreuend und beratend zur Seite, um einen möglichst hohen Therapieerfolg zu erzielen. Kein Wunder, dass die Apotheker zu den vertrauenswürdigsten Berufen in Österreich zählen.

Was die Bevölkerung am meisten an den Apotheken schätzt:

Nahversorgung: Eine Apotheke ist ein Gewinn für jede Gemeinde, denn sie sichert die Nahversorgung der Einwohner mit wichtigen Arzneimitteln und fachkundiger Beratung. Sie stärkt die Infrastruktur und leistet damit einen wichtigen Beitrag gegen drohende Abwanderung. Öffentliche Apotheken werden von Apothekerinnen und Apothekern betrieben, die nicht von zentralen Konzernentscheidungen abhängen, sondern Arbeitsplätze, Frequenz und Gesundheit bringen.

Versorgung im Notfall/Nachtdienste: Jede Apotheke hat mindestens 45 Stunden pro Woche geöffnet. Da sich Krankheiten aber nicht an Öffnungszeiten halten, versorgen die österreichischen Apotheken die Bevölkerung auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten mit wichtigen Arzneimitteln. Jede vierte Apotheke versieht dann Bereitschaftsdienst. Die Nachtdienste sind so eingeteilt, dass jeder Österreicher auch in der Nacht eine Apotheke in angemessener Entfernung erreichen kann. In dringenden Fällen werden Medikamente von der Apotheke bis ans Krankenbett zugestellt.

Zustellung: Viele Apotheken liefern die Medikamente im Bedarfsfall direkt ans Krankenbett. Wenn der Patient sein Zuhause nicht verlassen kann, genügt ein Anruf in der Apotheke. Im Gespräch mit der Apothekerin, dem Apotheker wird gemeinsam eine Lösung gefunden. In vielen Fällen setzen sich die Apotheker selbst ins Auto und bringen die Medikamente direkt zum kranken Patienten nach Hause.

Vorsorgeaktionen – diesmal auch auf der Kommunalmesse: Viele Apotheken messen bei ihren Kunden regelmäßig Blutdruck, Blutzucker, Cholesterin und Gewicht. Dank dieser Initiativen können Verdachtsfälle frühzeitig erkannt und an den Arzt verwiesen werden. Bei der Kommunalmesse haben alle Besucher die Gelegenheit, auch ihre Gesundheitswerte kostenlos überprüfen zu lassen. Am Stand der Apothekerkammer messen zwei Apothekerinnen durchgehend Blutdruck, Zucker (HbA1c), Muskelkraft und Lungenfunktion.

MEHR INFOS

- Besuchen Sie uns auf der **Kommunalmesse in Wien!** Erfahren Sie vor Ort mehr über unser Versorgungsangebot und lassen Sie gleich ihre persönlichen Gesundheitswerte überprüfen!

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

CONTAINER SIND BESSER ALS ZELTE

ALTERNATIVE FÜR ASYLBEWERBER

Eine Asylbewerberunterkunft in Innsbruck.

Mit dem Ziel, dass sich jeder Asylbewerber in seiner Unterkunft wohlfühlen soll leistet CONTAINEX einen wichtigen Beitrag im kommunalen Bereich. Insbesondere in den Ländern Deutschland, Schweiz und Frankreich konnten in jüngster Zeit mehrere Asylbewerber-Unterkünfte aus Containermodulen errichtet werden. Auch in Österreich wurden bereits zahlreiche Unterbringungen für Asylsuchende aufgebaut. In Innsbruck entstand erst vor wenigen Wochen ein neues Zentrum. Die Anwendungsgebiete der temporären Wohn- und Sanitärcontainer sind aber vielfältiger und reichen vom Hilfs- und Katastropheneinsatz über Schul- und Kindergärtenbauten bis hin zu Mitarbeiter-Unterkünften.

Das österreichische Unternehmen kann auf eine langjährige und internationale Erfahrung zurückgreifen. Dank der flexiblen Modulbauweise können die Wohnstätten an jedem beliebigen Ort aufgestellt werden. Das modulare System berücksichtigt ebenso bautechnische Anforderungen, wie z. B. Wärmeschutz, Brandschutz und Statik. Durch die hohe Produktionskapazität in den eigenen europäischen Werken entstehen kurze Lieferzeiten. Die Anlagen können beliebig erweitert bzw. für unterschiedlichste Einsätze nachgenutzt werden (z. B. Vereinslokal).

KONTAKT
CONTAINEX Container-Handelsgesellschaft m.b.H.
2355 Wiener Neudorf

Tel.: 02236/601-0
ctx@containex.com
www.containex.com

IHR KOMPETENTER PARTNER ZUM THEMA ASYLBEWERBERUNTERKÜNFTE

CTX CONTAINEX

Der führende Anbieter für mobile Raumsysteme!

Kindergarten mit attraktiver Außenverkleidung

Asylbewerberunterkunft

Schule zweistöckig mit Sekundärdach

Ihre Vorteile:
- Spezielle Ausstattungen für Asylbewerberunterkünfte
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten/Schulen
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Das Produktprogramm:
- Bürocontainer
- Sanitärcontainer
- Lagercontainer

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

Besuchen Sie uns:
KOMMUNALMESSE 2015 9. 10. 11. SEPTEMBER
MESSE WIEN – STAND: 350

SIMPEL, WENDIG, INNOVATIV

ZUWACHS BEI DEN KÄRCHER SAUGKEHRMASCHINEN

Die MC 130 ist das neueste Produkt der Kärcher Kommunalmaschinen-Familie und bleibt auch bei maximaler Zuladung unter dem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t.

Mit der neuen MC 130, ein Modell der Ein-Kubikmeter-Klasse, kann man Arbeiten in der Gemeinde effizient erledigen.

Sie ist im Sinne des Paragrafs 35 StVZO gehwegtauglich und kann ohne weitere Qualifikation mit dem üblichen Pkw-Führerschein gefahren werden. Die MC 130 bietet ein hohes Maß an Servicefreundlichkeit, Ergonomie und Bedienkomfort und eignet sich dank umfangreicher Anbaumöglichkeiten für den Ganzjahreseinsatz in Städten, Gemeinden und der Industrie – sowohl für Eigenreiniger als auch Dienstleister.

Dank ihres geringen Leergewichts kann die neue Saugkehrmaschine eine Last von bis zu 1100 kg aufnehmen und dadurch werden Entsorgungsfahrten auf ein Minimum reduziert.

Bei der Entwicklung der Doppelsitzkabine wurde besonderer Wert auf Ergonomie gelegt: Dank der Entkoppelung vom Chassis und der Vierpunktlagerung treten dort keine störenden Vibrationen auf. Mit 74 dB(A) ist der Geräuschpegel im Inneren für ein Gerät dieser Klasse besonders niedrig. Die verglaste Kabine schafft einen sehr guten Rundumblick für sicheres Fahren und Arbeiten. Dank des zweiten Sitzplatzes erübrigt sich meistens der Einsatz eines zusätzlichen Fahrzeugs.

Die intuitive und simple Bedienung über das Multifunktionsdisplay in der Mitte des Lenkrades erlaubt eine sichere Steuerung der Maschine. Alle notwendigen Einstellungen werden auf einen Blick erfasst – ebenso die Bilder der Rückfahr- und Saugmundkamera. Über zwei Joysticks an der Armlehne wird die serienmäßige Einzelbesensteuerung bedient. Über eine Kurzwahltaste kann der Anwender auf gespeicherte Einstellungen zurückgreifen. Drei Anbauräume an Front, Heck und über dem Motor ermöglichen das Zusammenfassen mehrerer Arbeitsschritte.

Das Schnellwechselsystem am Anbauraum auf dem Hinterwagen reduziert die Rüstzeit, indem es sich die fahrzeugeigene Hydraulikanlage zu Nutze macht. Mit einer Transportgeschwindigkeit von bis zu 40 km/h gelangt die Maschine schnell an ihren Einsatzort, wobei der lange Radstand von 1700 mm dennoch eine ruhige Fahrt gewährleistet.

Konsequent wird innerhalb der Kommunalmaschinen-Familie von Kärcher eine Gleichteilestrategie verfolgt. So nutzt die MC 130 das bewährte Chassis des Geräteträgers MIC 50. Die zahlreichen Gleichteile vereinfachen Wartung und Reparatur, wenn mehrere Modelle in einem Fuhrpark vorhanden sind. Sie können nach einer Schulung durch Kärcher kostengünstig häufig vom eigenen Personal durchgeführt werden.

MEHR INFOS

Informieren Sie sich über die MC 130 und alle weiteren Neuheiten der Produktfamilie bei der Kommunalmesse vom 09.-11.09.2015 am Kärcher-Stand.

Kontakt

Alfred Kärcher GmbH
Lichtblaustraße 7
A-1220 Wien
Tel.: +43 (0)1 250 60-0
Fax: +43 (0)1 250 60-5330
E-Mail: info@kaercher.at

www.kaercher.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMUNALMESSE 2015
www.diekommunalmesse.at

KEHRMASCHINE MIT BESONDEREN TALENTEN

Die neue MC 130 ist geeignet für den Ganzjahreseinsatz in Städten und Gemeinden.

Die größere Kehrbreite und der größere Schmutzbehälter sind die Basis für umfangreiche Kehraufgaben. Sie können die MC 130 je nach Schmutzart, Menge und Arbeitsumgebung individuell einstellen. Die elektronische Steuerungseinheit regelt, was Sie per Joysticks steuern, und zeigt Ihnen auf dem Display alle wichtigen Informationen.
www.kaercher.at

KÄRCHER

makes a difference

KOMMUNALMESSE UND GEMEINDETAG

DAS PROGRAMM

KOMMUNALMESSE 2015 www.diekommunalmesse.at

GTag 2015

Mittwoch, 9. September 2015		
9.30	**Eröffnung**	
10.00 - 11.30	**Zukunftsforum** **Standortfaktor „Infrastruktur und Technologie“**	**Keynote:** Alois Stöger, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie **Podiumsdiskussion:** Alois Stöger, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Harry Gatterer, Trendforscher, Geschäftsführer des Zukunftsinstituts Mag. Werner Gruber, Physiker, Direktor Planetarium Wien Ing. Gerald Gollenz, stv. Fachverbandsobmann der Immobilientreuhänder WKÖ Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Moderation: Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Österreich
13.15 - 14.45	**Zukunftsforum** **Standortfaktor „Bürgernähe und Servicequalität“**	Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Franz Haugensteiner, MSc, Obmann FLGÖ Mag. Ulrike Huemer, CIO Stadt Wien Gottfried Kneifel, Bundesratspräsident Mag. Christian Schneider, Magistratsdirektor Waidhofen/Ybbs Mag.a.Sonja Steßl, Staatssekretärin für Verwaltung und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Moderation: Christian Rupp, Sprecher der Plattform Digitales Österreich
15.00 - 16.00	**Zukunftsforum** **Standortfaktor „Gesundheit“**	Dr. Clemens Martin Auer, Sektionsleiter Bundesministerium für Gesundheit Dr. Gerald Bachinger, NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft, Sprecher der PatientenanwältInnen Ursula Frohner, Präsidentin des Österreichischen Gesundheits- und Krankenpflegeverbandes Dr. Karl Forstner, 1. Vizepräsident der Österreichischen Ärztekammer und Präsident der Salzburger Ärztekammer Mag. Peter McDonald, Geschäftsführender Obmann Hauptverband der SVA Mag. pharm. Max Wellan, Präsident der Apothekerkammer Moderation: Elisabeth Tschachler, Chefredakteurin ÖKZ
18.00	**IMPULS-Preisverleihung und Oktoberfest**	Im Restaurant Kolariks Luftburg, Waldsteingartenstraße 128, 1020 Wien ca. 10 Minuten vom Messegelände entfernt
ganztägig	Open Space-Vorträge, Workshops und World Café zu den Themen IT-Sicherheit, Smart City, Infrastruktur und E-Government	
Donnerstag, 10. September 2015		
11.00	**Eröffnung des 62. Österreichischen Gemeindetages**	mit anschließendem Messerundgang Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner Wirtschaftskammer-Präsident Dr. Christoph Leitl
14.00	**Fachtagung Gemeindetag**	**Thema: Gerechte Verteilung der Mittel, kommunales Rechnungswesen und die Auswirkungen der Steuerreform** Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling Vbgm. Mag.a. Renate Brauner (Wien) Prof. Dr. Gottfried Haber Dr. Peter Filzmaier Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer
19.30	**Galaabend**	Messezentrum Wien
ganztägig	Open Space-Vorträge	
Freitag, 11. September 2015		
9.30	**Haupttagung zum** **62. Österreichischen Gemeindetag**	Präsident Helmut Mödlhammer LH Präs. Bgm. Dr. Michael Häupl /Vertreter Städtebund Bundespräsident Dr. Heinz Fischer Festrede: Vizekanzler BM Dr. Reinhold Mitterlehner
anschl.	Messerundgang und kulinarischer Ausklang	

Bürgermeister/innen

Seminar

Fonds Gesundes Österreich

SEMINAR GESUNDHEITSFÖRDERUNG FÜR BÜRGERMEISTER/INNEN UND AMTSLEITER/INNEN

Um die eigenen Ressourcen zu stärken und um gesundheitsförderliche Strukturen in der Gemeinde/Stadt zu unterstützen, gestaltet der Fonds Gesundes Österreich gemeinsam mit dem Gemeindebund ein Seminar, das den Bedürfnissen der Bürgermeister/innen bzw. Amtsleiter/innen in klarer und kompakter Form entspricht. Es bildet eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Gesundheitsförderung in der Gemeinde/Stadt und ermöglicht den Teilnehmer/innen auch einen kritischen Blick auf ihre eigene Gesundheit.

Zielgruppe:
- Bürgermeister/innen
- Vizebürgermeister/innen
- Ortsvorsteher/innen
- Amtsleiter/innen

Gruppengröße: 6 – 20 Personen

Seminardauer: 3 Tage

Seminar:
- → Grundlagen der Gesundheitsförderung
- → Gesundheitsförderung in der Gemeinde lebbar machen
- → Projektmanagement, Fördermanagement
- → Lebensqualität und Gemeindeentwicklung
- → Ressourcenfindung
- → Ernährung
- → Bewegung
- → Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit

Ziel:
Dieses Seminar soll Grundlagen der kommunalen Gesundheitsförderung in Theorie und Praxis vermitteln und gibt die Möglichkeit zu einer kritischen Reflexion des eigenen Umgangs mit Gesundheit und des persönlichen Gesundheitszustandes.

Termin:
1.- 3.10.2015
Vorarlberg, Gaschurn
Hotel Felbermayer ****
Anmeldeschluß: 10.9.2015

Information und Anmeldung:
petra.gajar@goeg.at
01/895 04 00-12
https://weiterbildungsdatenbank.fgoe.org

FLGÖ

Österreichischer Gemeindebund

GEFÄHRLICHER SCHULBEGINN
Mehr als 300 Schulkinder verunglücken jedes Jahr
Seite 104

STANDORTFAKTOR INNOVATIONSKULTUR
Ein Interview über die Bedeutung von „Kreativität“
Seite 110

DER MENSCH HINTER DER BÜRGERMEISTERIN

„ICH BIN EINE BRÜCKENBAUERIN“

Wörgl im Tiroler Unterland ist in mehrerer Hinsicht herausragend. Nicht nur als ein wirtschaftliches Zentrum Tirols und als Verkehrsknotenpunkt, sondern auch mit seiner reichhaltigen Geschichte. Das Experiment mit dem Wörgler „Schwundgeld“ – oder „Freigeld“ – ging in den 30er-Jahren um die Welt. Heute hat Wörgl mit Hedi Wechner eine der raren Bürgermeisterinnen Österreichs.

Wie sieht ein normaler Arbeitstag bei Ihnen aus?
Morgens gibt es Besprechungen und übliche Büroarbeit, danach Termine bis in den Abend. Selten gibt es einen freien Abend oder ein freies Wochenende.

Wörgl ist eine der am schnellsten wachsenden Gemeinden Tirols und zweifellos das Wirtschaftszentrum des Tiroler Unterlandes. Aber was ist für Sie „Gemeinde?
Gemeinde ist politische Gemeinschaft, in der Realpolitik möglich ist und ehrliche Politik betrieben wird. Die unmittelbare Rückmeldung der BürgerInnen erfolgt prompt.

Wörgl hat 13 Brücken. Verstehen Sie sich als Brückenbauerin?
Wörgl hat sogar 34 Brücken, Tatsächlich ist letztes Jahr eine größere Brücke gebaut worden. Ich sehe mich auch als Bindeglied zwischen Amt, Politik und den Menschen in Wörgl – ja, ich bin Brückenbauerin.

Es gibt zu wenige Frauen, die Bürgermeisterin werden wollen. Wie könnte man das ändern?
Es gibt keine allgemeingültigen Regeln, jede Frau muss die Entscheidung selbst treffen. Eine Bürgermeisterin ist härteren Bewährungsproben ausgesetzt. Einem Mann wird oft Vorschussvertrauen, einer Frau Vorschussmisstrauen entgegengebracht. Jedenfalls müssen Frauen von ihren Fähigkeiten überzeugt sein und sagen: Ich will und ich kann das! Man muss ein bisschen eine „Rampensau“ sein.

Wollten Sie immer schon Bürgermeisterin werden?
Nein, aber das Amt kam mir sehr gelegen! Es bedeutet Einsatz für die Menschen und dauerndes Dazulernen.

Was bedeutet ein erfülltes Leben für Sie?
Zufriedenheit, Freunde und das Gefühl, gebraucht zu werden.

Welchen Stellenwert hat „Familie“ für Sie?
Das ist eine Form des Zusammenlebens, sie kann Geborgenheit bieten oder gelebter Horror sein.

Was ist für Sie „zu Hause“?
Ein Ort, an dem ich auch das Allzu-Menschliche ausleben kann, ohne befürchten zu müssen, beobachtet zu werden – also auch ungeniert die Beine auf den Tisch legen.

Ein guter Freund ist …
… jemand, den man nicht überfordern sollte.

Wann waren Sie das letzte Mal traurig? Oder wann glücklich?
Ich bin gesund, habe einen Partner, der es mit mir aushält, Freunde, die mit mir lachen oder sich mit mir ärgern, ich bin also grundsätzlich glücklich. Ignoranz, Dummheit, Intoleranz und Widerspruch ärgern mich zwar, aber ich bin deshalb nicht unglücklich.

Wenn ich einen Wunsch frei hätte, würde ich …
… würde ich gern mehrere Sprachen in Wort und Schrift beherrschen – Sprachen öffnen die Wege zu den Menschen.

Wie würden Sie sich mit einem Wort selbst beschreiben?
Pragmatisch und zukunftsorientiert.

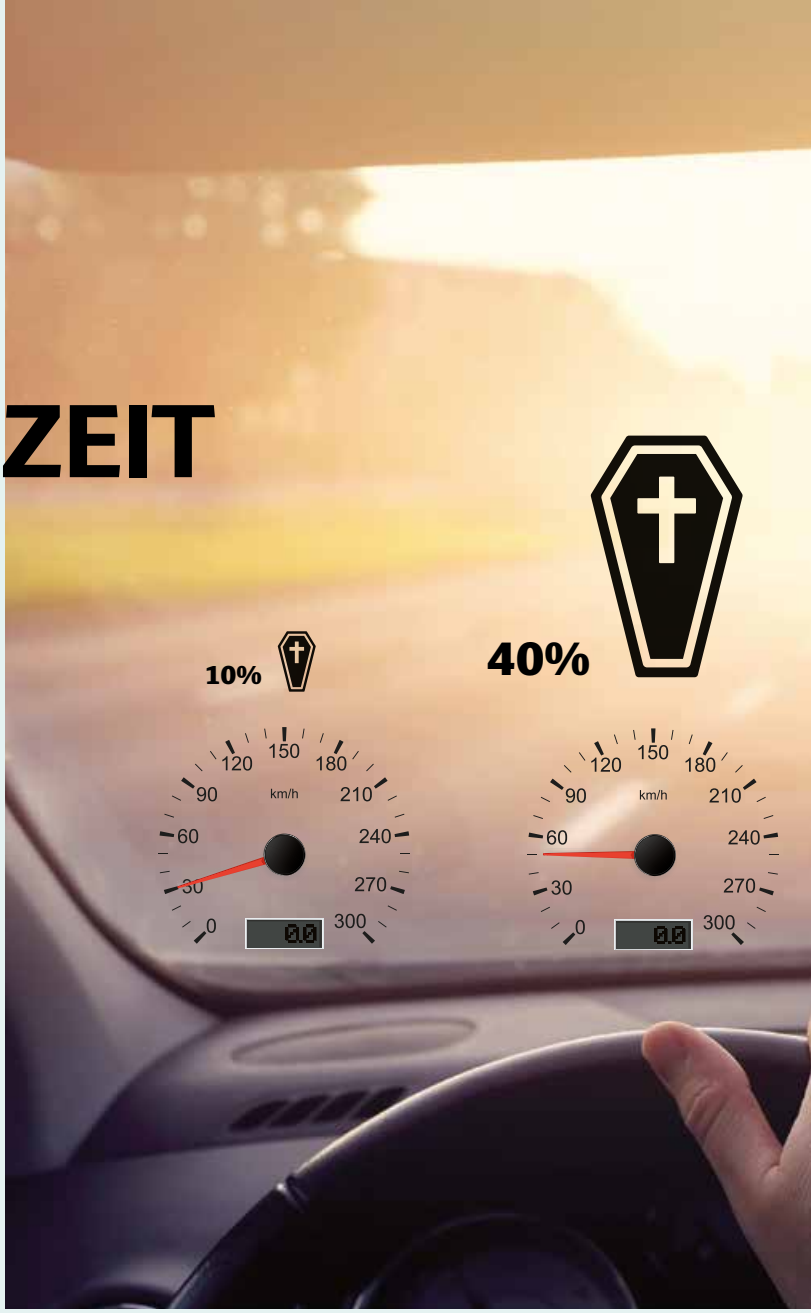
Der perfekte Mann trägt für mich …
… niemals Socken in Sandalen zu kurzen Hosen.

Mein Lebensmotto lautet:
In jeder Lebenslage bestehen (überleben) können.

SCHULBEGINN

GEFÄHRLICHE ZEIT FÜR KINDER

Mehr als 500 Kinder verunfallen jährlich in Österreich auf dem Schulweg.



Meist kann durch einfache bauliche Maßnahmen und gestalterische Elemente das Schulumfeld sicherer gestaltet und sensible Gefahrenstellen für Kinder entschärft werden. Entschärft werden muss allerdings auch die Geschwindigkeit der Autofahrer im Schulumfeld: Studien zeigen, dass bereits eine Senkung der Durchschnittsgeschwindigkeit innerorts um einen km/h die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um vier Prozent senkt.

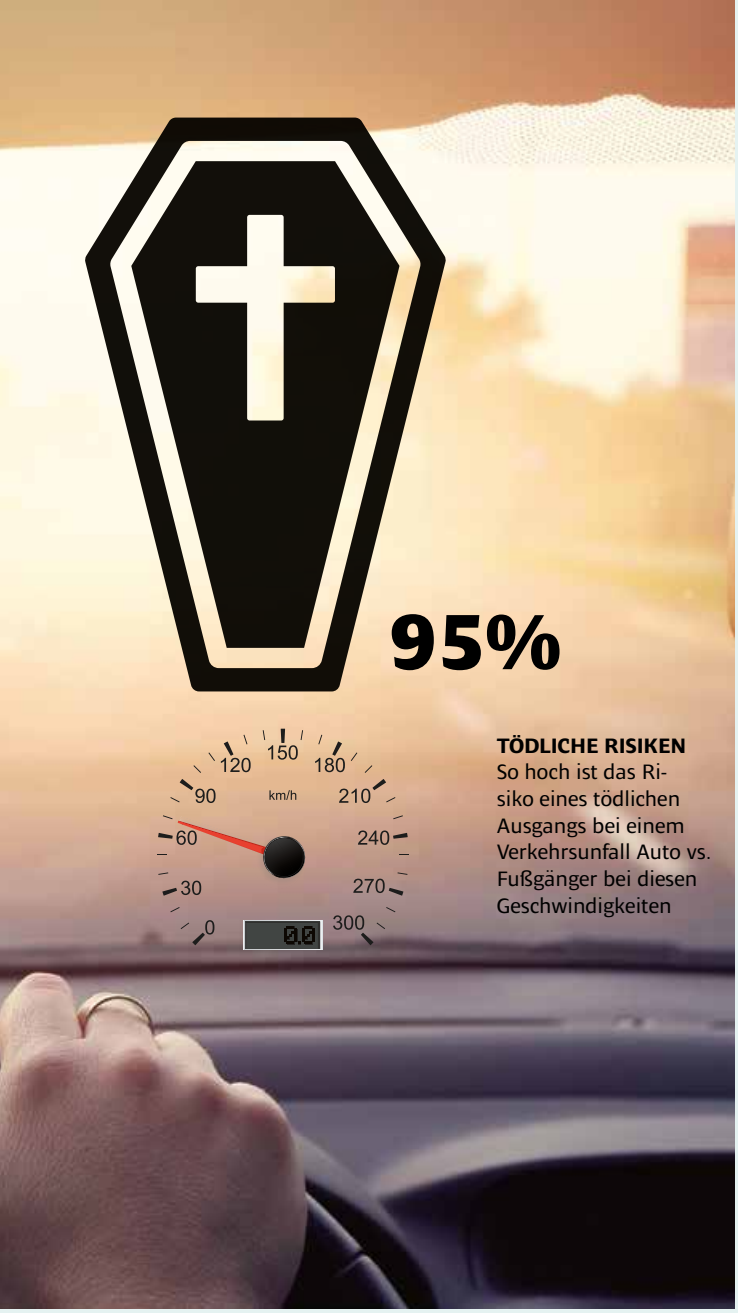
Im September beginnt für viele Kinder nicht nur (wieder) das lesen, schreiben und rechnen lernen, sondern auch das selbstständige Bewegen im Straßenverkehr. Vor allem Erstklässler sind auf dem Schulweg das erste Mal alleine auf der Straße unterwegs. Damit steigt auch die Unfallgefahr: Von den rund 3000 verletzten Kindern im Straßenverkehr jährlich werden mehr als 500 Kinder – das entspricht mehr als 22 Schulklassen – bei Verkehrsunfällen auf dem Schulweg verletzt. Gerade zu Schulbeginn sind daher alle Verkehrsteilnehmer ganz besonders aufgefordert, auf Kinder noch mehr Rücksicht zu nehmen.

Das neue Verkehrssicherheitsprojekt des KFV schlägt ein: Bereits 300 Schulen haben sich und ihre Gemeinde für die Umgestaltung des Schulumfeldes angemeldet.

Tempo 30 vor Schulen sinnvoll? Bei einer Kollisionsgeschwindigkeit von 30 km/h liegt die statistische Wahrscheinlichkeit für Fußgänger und Fußgängerinnen tödlich verletzt zu werden bei rund zehn Prozent. Bei 50 km/h steigt das Risiko, getötet zu werden, bereits auf 40 Prozent und bei 70 km/h überleben nur mehr fünf von 100 Fußgänger/innen diesen Unfall mit schweren Verletzungen. Die Reduktion der Geschwindigkeit der Autofahrer im Schulumfeld auf 30 km/h ist daher im wahrsten Sinne des Wortes lebensrettend.

Mehr als 300 Schulen beteiligen sich bereits am neuen KFV-Verkehrssicherheitprojekt. Im März diesen Jahres startete das KFV mit einem neuen Verkehrssicherheitsprojekt, das neben baulichen und gestalterischen Elementen „Tempo 30 vor Schulen“ empfiehlt. Das Interesse an dem neuen Verkehrssicherheitsprojekt ist enorm: Bereits 300 Schulen haben sich und ihre Gemeinde für die Umgestaltung des Schulumfeldes durch das KFV angemeldet.

Neben der Anbringung von seitlichen Bodenmarkierungen – so genannten Haifischzähnen – die die Autofahrer anregen sollen, langsamer und achtsamer zu fahren, sorgen von Kindern selber gestaltete Schilder für die nowendige Aufmerksamkeit bei den Autofahrern.



Jede Aktionstafel wird mit wechselnden, wetterfesten Motiven ausgestattet, so können die Motive regelmäßig getauscht werden. Alle Bilder stammen dabei von Schulkindern der teilnehmenden Schulen. Was die Kinder malen, steht ihnen natürlich frei, die Materialien stellt das KFV zur Verfügung. Als besonderes Highlight besucht auch Verkehrssicherheitsexperte Helmi alle teilnehmenden Schulen und informiert über das richtige Verhalten im Schulumfeld. Interessierte Gemeinden, Behörden und Schulen können sich für nähere Informationen direkt an das KFV wenden, das ein umfangreiches Startpaket mit allen wichtigen Informationen, Unterlagen und Materialien zur Verfügung stellt.

Interessiert? Nähere Informationen erhalten Sie unter: www.kfv.at; Tel.: 05 77 077 4000; E-Mail: aktionen@kfv.at

KUBO – DIESER WÜRFEL LÖST RAUMPROBLEME

DIE RAUMLÖSUNG FÜR DIE ASYLFRAGE

Ein niederösterreichisches Unternehmen revolutioniert die Raumfrage bei der Asylproblematik. Alles, was eine Gemeinde oder ein Betreiber braucht, ist ein korrekt gewidmetes Grundstück mit allen Anschlüssen.

Zelte sind in Österreich keine Unterbringungs-Lösung – auch und schon gar nicht für Flüchtlinge! Nach den tropischen Temperaturen Anfang Juli – in manchen Gemeinden rückte die Feuerwehr aus, um den unter der Hitze stöhnenden Menschen wenigstens ein bisschen Erleichterung zu bringen – folgte Ende Juli ein Temperatursturz mit teils heftigen Regengüssen. Mit solchen kontinentalen Klimaschwankungen muss aber bei uns immer gerechnet werden. Allein aus diesem Grund sind Zelte die mit Abstand schlechteste und menschenunwürdigste Lösung für Österreichs Probleme mit der Unterbringung von Flüchtlingen.

Ein niederösterreichisches Unternehmen, die Handler-Holding aus Bad Schönau in der Buckligen Welt, bietet eine durchdachte Lösung für dieses Problem an. Eine koppelbare, stapelbare oder verschachtelbare Raumlösung mit dem klingenden spanischen Namen „Kubo“ (für „Würfel“). Diese vorgefertigten Wohn- und Sanitäreinheiten werden auf ein Schraubfundament gesetzt und mit allem notwendigen Zubehör ausgestattet. Raum bieten die Elemente in der Basiseinheit für bis zu 18 Personen in Mehrbett-Räumen. Durch die kombinierbaren Raumeinheiten kann diese Anzahl nach oben beliebig erweitert werden. Ausgeführt sind die Elemente in einer gedämmten Holzriegelkonstruktion mit hinterlüfteten Fassaden, Boden und Decken sind in Brettsperrholz mit Wärmedämmung und Isolierung gefertigt. Fenstertüren an beiden Schmalseiten bieten ausreichend Licht und Bewegungsfreiheit. „Alle Oberflächen innen sind aus geschliffenen Holzplatten oder Gipskarton gefertigt und gespachtelt oder gestrichen“, wie Zimmermeister Markus Biehl von der Handler Holding ausführt.

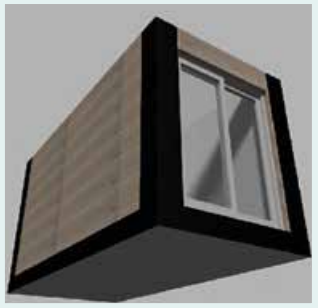
„Das System ‚Kubo‘ passt sich an jede Bauordnung an.“

Markus Handler, geschäftsführender Gesellschafter der Handler Holding

Für das Raumklima sorgt eine mechanische Raumlüftung. Die Raumhöhe mit 2,75 Meter entspricht auch österreichischen Standards. „Da es aber neun verschiedene Raumordnungen gibt, können wir Details nach Bedarf fertigen“, so Markus Handler, geschäftsführender Gesellschafter der Handler Holding.

Die ebenfalls kombinierbaren Sanitärzellen sind für eine Obergröße von bis zu 30 Personen ausgelegt. Die Sanitärzellen selbst verfügen nach österreichischen Standards über eine Keramikeinrichtung.

Und das Beste: Das Einzige, das eine Gemeinde bereitstellen muss, ist ein als Wohn- oder Bau-



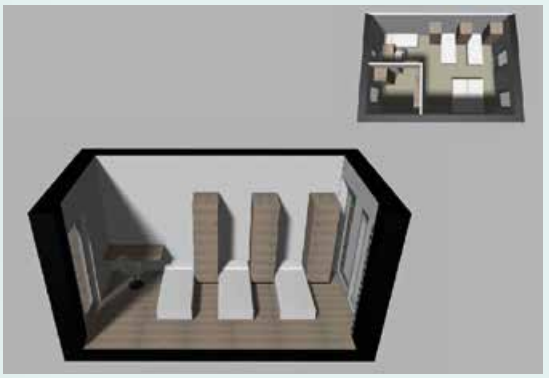
mischgebiet gewidmetes Grundstück. Und die notwendigen Anschlüsse wie Wasser, Strom und Kanal müssen bis zur Grundgrenze reichen.

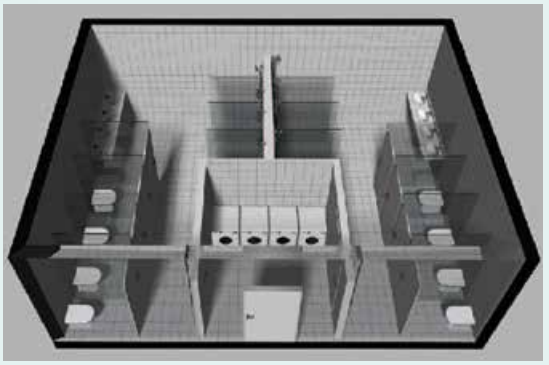
Klar muss für die Gemeinde auch sein, dass ein eigenes Betreibermodell oder ein Betreiber gesucht werden muss. Auch baurechtliche Besonderheiten wie die Installation eines Notkamins (wie es in einigen Bauordnungen vorgesehen ist) ist mit dem System „Kubo“ problemlos möglich.

Dass die Gemeinde vorher einen Grundsatzbeschluss zu treffen hat und ihre Bürgerinnen und Bürger natürlich informiert, ist heutzutage sowieso kein Thema.

Kosten fallen für die Gemeinden (außer dem Grundstück mit den Anschlüssen und der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen) **keine an**. Finanziert wird das Quartier durch einen Anteil am Unterbringungsgeld, das der Staat für die Flüchtlinge bereitstellt.
Allenfalls hat die Gemeinde nach der Laufzeit (auch das richtet sich nach den rechtlichen Voraussetzungen des jeweiligen Bundeslandes) die Möglichkeit, die Quartiere als Start-up- oder Single-Wohnungen weiter zu verwenden.

„Kubo“ bietet nicht nur für Flüchtlingen eine ideale Lösung, sondern kann für eine Gemeinde auch Räume für Jungfamilien oder Start-up-Unternehmen schaffen. Entworfen wurde das komplette System von Johannes Handler, Geschäftsführer vom Planungsbüro Art Handler, www.art-handler.at





INFOS

MEHR INFORMATIONEN ZUM SYSTEM „KUBO“ BEI:

Handler Holding
Walter-Handler-Straße 1
2853 Bad Schönau
0043/2646-278-420
office@handlerbau.at

VORLAGEN

VORBILDLICHE PROJEKTE

Für den Gemeindeinnovationspreis IMPULS wurden rund 100 Projekte eingereicht. Viele davon können anderen als Vorbild dienen oder Anstöße für neue Ideen liefern.

KLIMA UND UMWELT

BÜRGER/INNENGÄRTEN IN MISTELBACH

Eigenes Gemüse kultivieren, pflegen und natürlich ernten! Seit 2014 ist das auch im Stadtgebiet von Mistelbach in Form der „Mistelbacher BürgerInnengärten“ möglich. Rund 30 Mieterinnen und Mieter können auf 30 oder 60 m² großen Parzellen ein Gemüseparadies im Grünen entstehen lassen oder Blumen anbauen. Die Gartenflächen sind eingezäunt sowie mit einem Wasseranschluss und mehreren Wasserentnahmestellen ausgestattet. Es bleibt jedem Mieter selbst überlassen, welches Gemüse bzw. welche Pflanzen angebaut werden. Einzige Vorgaben: Die Parzellen müssen biologisch bewirtschaftet, mit einjährigen Pflanzen besetzt werden sowie eine laufende Bearbeitung bzw. Pflege der jeweiligen Mietfläche erfolgen. Die Mieter übernehmen im Frühjahr zu Saisonbeginn eine Parzelle und bezahlen einen Saisonbetrag in der Höhe von 40 Euro für eine 30 m²-Parzelle oder 80 Euro für einen 60 m² große Parzelle. Nach der Ernte im Herbst wird die Fläche wieder an die Stadtgemeinde zurückgegeben.

MITVERANSTALTER

Raiffeisen Meine Bank

PARTNER & SCHIRMHERREN

MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWERTES ÖSTERREICH

Österreichischer Gemeindebund

KOMMUNAL

Vorstellung der Projekte unter **www.kommunal-impuls.at**

VERWALTUNG

LEITLINIEN FÜR DIE BÜRGER/INNENBETEILIGUNG IN GRAZ

Die Stadt Graz hat unter Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern Spielregeln erstellt, die klar definieren, bei welchen Vorhaben Bürgerbeteiligung möglich ist.
Die Leitlinien sind Spielregeln, die dazu dienen, transparent und nachvollziehbar zu machen:
1. bei welchen Planungen und Vorhaben der Stadt BürgerInnenbeteiligung wie in Gang kommt
2. wie sie durchgeführt wird und
3. was mit Ergebnissen aus Beteiligungsprozessen passiert.
Eine online einsehbare Vorhabenliste dient einer möglichst frühzeitigen übersichtlichen Information über wichtige/große Vorhaben der Stadt. Dort wird auch darüber informiert, ob bei einem Vorhaben BürgerInnenbeteiligung angeboten werden kann oder nicht. Ist bei einem Vorhaben keine Bürgerbeteiligung vorgesehen, dann gibt es die Möglichkeit der formalen Anregung von BürgerInnenbeteiligung für vier definierte Gruppen.

www.graz.at/buergerinnenbeteiligung

SOZIALES ENGAGEMENT

GEMEINSAM STATT EINSAM IN GRAFENSTEIN

Das Generationenprojekt „Gemeinsam statt einsam“ entstand aus einer Abholsituation in der Kindertagesstätte Sterntaler. Die Beobachtung strahlender Kinderaugen, als Zwillinge von einer Oma abgeholt wurden, inspirierte das Team der Kindertagesstätte. Es wurde erkannt, dass die Synergien, welche sich aus dem Umgang der Generationen miteinander ergeben, positiv für alle Beteiligten genützt werden können. Jetzt basteln Kinder und Senioren gemeinsam, machen Ausflüge und veranstalten Feste.

BAUKULTUR

GEMEINDE- UND ÄRZTEZENTRUM GROSSKLEIN

Das neue Gemeinde- und Ärztezentrum im steirischen Großklein wurde 2012 eröffnet. Unter Berücksichtigung des Prinzips Sparsamkeit wurde ein modernes Gemeindeamt mit angeschlossenem Ärztezentrum, Café sowie einer Kunstgalerie geschaffen. Die auffällige Bauform vor allem des Foyers – die Kuppel deutet ein Hügelgrab an – wurde bewusst gewählt, denn in der Gemeinde wurden die bedeutendsten Funde aus der Hallstattzeit im Südostalpenraum gemacht.

KLIMA UND UMWELT

MOBILCARD KRENGLBACH

Der Verein „Mobilcard Krenglbach“ hat sich zum Ziel gesetzt, eine Mobilitätsgarantie für die Bewohner und Gäste in der Gemeinde zu schaffen. Dadurch wurde die Mobilitätssituation für all jene deutlich verbessert, die sich z. B. kein eigenes (Zweit-) Auto leisten können oder wollen, aber auch für jene, die auf Fahrdienste durch Dritte angewiesen sind. Das „Kraxi“ – das Krenglbacher Anrufsammeltaxi – holt seine Fahrgäste vor der eigenen Haustür ab.

www.mobilcard.at

SOZIALES ENGAGEMENT

BURGBAU IN FRIESACH

Friesach, die älteste Stadt in Kärnten, ist DIE Mittelalterstadt Österreichs. Bei dem Projekt wird eine Burganlage mit dem Handwerkswissen aus alten Zeiten ausschließlich mit mittelalterlichem Werkzeug und ohne moderne technische Hilfsmittel errichtet. Dadurch werden langfristig Arbeitsplätze gesichter. Die veranschlagte Bauzeit beträgt 30 Jahre, wobei derzeit 50 Menschen, zukünftig noch deutlich mehr, Arbeit finden.

www.burgbau.at

ZUKUNFTSORTE BRAUCHT DAS LAND

STANDORTFAKTOR **INNOVATIONSKULTUR**

Das Projekt „Zukunftsorte“ (www.zukunftsorte.at) hat es sich zur Aufgabe gemacht, innovative Gemeinden vor den Vorhang zu holen. KOMMUNAL sprach mit Christof Isopp, einem der Initiatoren, über Bedeutung von Innovation für die kommunale Entwicklung und die Zukunft der Zukunftsorte.

Innovative und kreative Gemeinden stehen im Fokus des Projekts „Zukunftsorte braucht das Land“. Welche Rolle spielen Kreativität und Innovation für österreichische Gemeinden? Wie beeinflussen sich Kreativität und Innovation gegenseitig?
Das Wesen der Kreativwirtschaft ist es, ständig Neues, Innovatives zu schaffen. Wenn Gemeinden mit Kreativen zusammenarbeiten und sich damit einen neuen Blick, neue Impulse von außen holen, können innovative Projekte schneller ent- und in vielen Fällen nachhaltiger bestehen. Gemeinden, die in ihrem Handeln kreativ und offen sind – egal ob es um Baukultur, Kommunikation oder Gestaltung der kommunalen Lebenswelt geht –, haben auch eine Anziehungskraft nach außen hin. Innovatoren im Kleinen und im Großen, Einzelpersonen und Unternehmen, werden dort hingehen, wo sie ein offenes, innovationsfreudiges, kreatives Klima vorfinden.

Das Projekt „Zukunftsorte braucht das Land“ hat sich unter anderem zur Aufgabe gemacht, Kreativschaffende mit kommunalen Entscheidungsträgern zusammenzubringen. Wie gelang dies und was waren die konkreten Ergebnisse?
Wir haben Formate für Vernetzungsveranstaltungen entwickelt, bei denen z. B. abwechselnd Inputs aus der Gemeindepolitik bzw. -verwaltung und der Kreativwirtschaft kamen. Dabei war uns ein gemütlicher, kommunikativer Rahmen wichtig, in dem die Leute zusammenkommen und sich unverbindlich austauschen können. Was daraus schlussendlich entstanden ist, sieht man oft erst einige Zeit später.

„Gemeindepolitik möchte verständlicherweise Fehler vermeiden. Kreativschaffende und Innovatoren wissen, dass sie Fehler machen werden, ja müssen.“

Redaktionell gekürzt. Das vollständige Interview finden Sie auf **kommunal.at**

Ist die Schaffung eines kreativ-innovativen Gemeindeklimas planbar?
Unserer Ansicht nach nicht, nein. Das Schaffen eines kreativen, innovationsfreudigen Klimas kann man eher mit dem Setzen einer Folge von Nadelstichen an der richtigen Stelle vergleichen – wie bei der Akupunktur. Und es braucht eine breite Kooperation aller „Gemeinde-Akteure“. Themen wie das kommunale Bauen betreffen jeden in der Gemeinde.

Wo sehen Sie die größten Reibungspunkte zwischen Kommunalpolitik und Kreativwirtschaft?
Gemeindepolitik möchte verständlicherweise Fehler vermeiden. Kreativschaffende und Innovatoren wissen, dass sie Fehler machen werden, ja müssen. Sie lernen aus ihnen und begreifen sie als wesentlichen Anstoß für Innovationen. Trifft eine experimentierfreudige Kultur auf die Bereitschaft zu langfristigem Denken, dann lassen sich Dinge umsetzen, die morgen vielleicht nicht sofort populär sind, aber übermorgen zur Verbesserung der Lebensqualität in der Gemeinde beitragen. Eine große Portion Mut und ein langer Atem sind für die TrägerInnen dieser Veränderungsprozesse allerdings unabdingbar.

Wie geht es weiter mit den Zukunftsorten?
Das vom Förderprogramm „impulse“ der Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) geförderte Projekt „Zukunftsorte“ ist abgeschlossen. Sie werden als Netzwerk auch weiterhin aktiv bleiben, voneinander lernen und Kooperationsprojekte durchführen – Schwerpunktmäßig soll es nun, neben der Kreativwirtschaft, um Themen wie Bildung, Mobilität oder Energie gehen.

familienfreundlichegemeinde

Generationen verbinden - Familien in allen Lebensphasen unterstützen

Vom Pflegebettverleih bis hin zu generationenübergreifendem Wohnen - in familienfreundlichen Gemeinden finden sich viele nützliche Maßnahmen für Jung und Alt

In Sachen Familienfreundlichkeit denken viele von uns vorrangig an Familien mit (kleinen) Kindern. Manchmal in Vergessenheit geraten dabei die älteren Generationen. Im Rahmen des **Audit *familienfreundlichegemeinde*** wird jedoch auf alle Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden geachtet. Die vom Familienministerium staatlich ausgezeichneten familienfreundlichen Gemeinden entwickeln daher unterschiedlichste nützliche Angebote für Jung und Alt sowie auch Maßnahmen, die die Generationen wieder stärker zueinander finden lassen.

© Fotolia.com

Gelebte Familienfreundlichkeit verbindet Angebote für Jung und Alt

Die Gemeinde - attraktiver Lebensraum für Jung und Alt

Die Marktgemeinde Bad Fischau-Brunn (NÖ) kombiniert unter dem Motto „Aktiv Wohnen" barrierefreie Wohneinheiten für Seniorinnen und Senioren mit Wohnanlagen junger Familien und einem Kindergarten. „Auch viele generationenübergreifende Aktivitäten, wie gemeinsames Kochen, Spielenachmittage, gemeinsame Ausflüge und Feiern werden im Zuge dessen angeboten und sehr gut angenommen," erklärt die Auditbeauftragte, GR Eva Greiner. Die Gemeinde Bergheim (SBG) stellt für die Unterstützung von pflegebedürftigen Personen Pflegebetten zur Verfügung. Die Gemeindebürgerinnen und -bürger können so ihre Angehörigen auch in häuslicher Pflege versorgen.

Beide Gemeinden sind nur zwei Beispiele der Gemeinden aus ganz Österreich, die heuer wieder mit dem staatlichen Gütezeichen ausgezeichnet werden. „Als Bürgermeister freut es mich besonders, dass unsere Gemeinde ihren Familien ein gutes Umfeld bieten kann. Die Verleihung des Zertifikates *familienfreundlichegemeinde* ist für uns die Bestätigung, dass wir in der Familienpolitik auf dem richtigen Weg sind," freut sich Bürgermeister Johann Hutzinger auf die heurige Verleihung.

Staatliche Auszeichnungen 2015

Bisher haben österreichweit bereits knapp 350 Gemeinden am Audit teilgenommen. Somit profitieren schon über zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger von den familienfreundlichen Maßnahmen.

Gemeinden, die sich erfolgreich dem Thema der Familienfreundlichkeit im Rahmen des Auditprozesses gewidmet haben und die unterschiedlichsten familienfreundlichen Maßnahmen für alle Generationen in der Gemeinde nachhaltig umsetzen, werden auch heuer wieder mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Familienministerin Sophie Karmasin verleiht diese am **21. Oktober 2015** im Rahmen einer **Festveranstaltung in Innsbruck**.

Weitere Informationen zur Verleihung, zur Teilnahme am Audit sowie viele gute Beispiele finden Sie unter:

www.familieundberuf.at

Setzen auch Sie auf Familienfreundlichkeit!

Familie & Beruf Management GmbH

E-Mail: office@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

Sind Sie schon dabei?

UF UNTERNEHMEN FÜR FAMILIEN

www.unternehmen-fuer-familien.at

bmfj BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige

KOMMUNALBEDARF.AT

Die KOMMUNAL-Einkaufsplattform

KOMMUNAL-Kompetenz heißt: Mit uns sicher unterwegs sein.

Sichern Sie sich 15% Rabatt auf unser komplettes Sortiment an Verkehrszeichen, wie zum Beispiel

- Achtung Kinder Tafeln
- Geschwindigkeitsbeschränkungen
- Vorrang geben Tafeln
- Stop Tafeln
- Baustellenverkehrszeichen
- Und vieles mehr

auf alle Verkehrszeichen bei Bestellung in unserem Onlineshop: www.kommunalbedarf.at

Wo KOMMUNAL-Kompetenz zu Hause ist.

www.kommunalbedarf.at

GEMEINDE-MOUNTAINBIKER

ES LEBE DER **SPORT**

98 Gemeindebedienstete stellten bei der Salzkammergut-Trophy ihre Sportlichkeit unter Beweis.

Die Gewinner der Teamwertung über 37,9 km: Stadtamt Attnang-Puchheim

Biken und Teamgeist wurden bei der 18. Salzkammergut-Mountainbike-Trophy, die am 11. Juli 2015 in Bad Goisern stattfand, wieder groß geschrieben. Schon zum vierten Mal fand die oö. Gemeinde-MTB-Meisterschaft auf der 22,1-km-Strecke statt, doch es gab auch eine neue Herausforderung: den Bürgermeistern, Funktionären und Gemeindebediensteten wurde dieses Jahr erstmalig auch eine österreichweite Wertung für Kommunalpolitiker und Gemeindebedienstete geboten, die auf einer 37,9 km langen Renndistanz stattfand.

Die Teamwertung bei der oberösterreichischen Gemeinde-MTB-Meisterschaft über 22,1 km konnte die Gemeinde St. Gotthard im Mühlkreis für sich entscheiden, der zweite Platz ging an die Gemeinde St. Marienkirchen und die Stadtgemeinde Leonding landete mit dem 3. Platz ebenfalls auf dem Podest. Bei den Damen konnten gleich zwei Bewohnerinnen der Marktgemeinde Altmünster ihre Sportlichkeit unter Beweis stellen: Bettina Zopf freute sich über den erten Platz und Anita Pfeifer landete mit ihrem dritten Platz ebenfalls auf dem Podest. Den zweiten Platz ergatterte Irene Seidl aus der Gemeinde Frankenmarkt.

Bei den Herren holte sich Manuel Wurdak aus der Stadtgemeinde Leonding den Sieg und auch Kurt Haslinger von der Gemeinde St. Gotthard im Mühlkreis und Sebastian Pucher von der Gemeinde St. Marienkirchen wurden für ihre Leistung mit Stockerlplätzen belohnt. Den allerersten Sieg bei der österreichischen MTB-Meisterschaft über 37,9 km in der österreichweiten Wertung sicherten sich die Mountainbiker vom Stadtamt Attnang-Puchheim, auf dem zweiten Platz landete das Team aus der Gemeinde Rottenmann aus der Steiermark und der dritte Platz ging widerum nach Oberösterreich an die Gemeinde Weißenkirchen im Attergau.

Bei den Einzelwertungen sicherten sich Angelika Egger aus St. Johann/Tirol, Stefanie Gärtner aus Attnang-Puchheim (OÖ) und Silvia Fiedler aus dem Salinenort Hallstatt (OÖ) ihre Podestplätze. Bei den Herren entschieden drei Oberösterreicher das Rennen für sich: Franz Reisinger von der Marktgemeinde Lasberg, Manfred Hiptmair und Christoph Lasinger, beide vom Stadtamt Attang-Puchheim.

Insgesamt nahmen 5039 Biker aus 45 Nationen an dem Wettbewerb teil. Bei den Gemeindemeisterschaften kamen 23 Teams bzw. 98 Teilnehmer in die Wertung und wurden bei der Siegerehrung von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, Roland Richter von der Energie AG Umwelt Service und von Bad Goiserns Bürgermeister Peter Ellmer beglückwünscht. Als Souvenir durften alle Teilnehmer ein Radtrikot vom Sponsor Energie AG Umwelt Service mit nach Hause nehmen.

LINK ZUM THEMA

www.trophy.at

BURGENLAND

Leo Radakovits, Erich Trummer, Peter Pohl, Hans Niessl, Dieter Posch, Ingrid Salamon, Alfred Wiesinger, Christian Sagartz

One-Stop-Shop-Prinzip in der Verwaltung

Fortbildung und geplante Gesetzesnovellen standen im Mittelpunkt der 67. Jahreshauptversammlung der Amtmänner und -frauen (=Amtsleiter) des Burgenlandes. Rund 180 Gäste kamen zu der Veranstaltung nach Neudörfl.
Landeshauptmann Hans Niessl hob in seiner Begrüßung die Schlüsselrolle der Amtmänner und -frauen in der Gemeindeverwaltung hervor und sprach sich nachdrücklich für den Bürokratieabbau aus: „85 Prozent der Bürokratie sind auf Bundesgesetze zurückzuführen. Wir sind bestrebt, auf Landesebene alles für den Abbau von zu viel Bürokratie und für Verfahrensvereinfachungen zu tun. Dafür werden wir auch das ‚One-Stop-Shop-Prinzip' schrittweise umsetzen."

Museumsbahn wird versteigert

Die Museumsbahn zwischen Oberwart und Oberschützen soll versteigert werden. Die der Firma Schuch, Betreiberin der Südburgenländischen Regionalbahn, gehörende Bahn hat bereits seit einigen Jahren keine Betriebsgenehmigung mehr.
Die Gemeinden Oberschützen, Bad Tatzmannsdorf und Oberwart sind für eine Wiederaufnahme des Betriebs. Ihrer Ansicht nach ist es im öffentlichen Interesse, dass die Bahn fährt. Aus finanziellen Gründen werden sie bei der Versteigerung nicht mitbieten. Sie prüfen aber, ob sie im Bereich der Bahnstrecke flächenwidmungsmäßige Maßnahmen treffen können. Laut „Kurier" gibt es ein Gutachten des Landes, das feststellt, dass die Verkehrsflächen nicht umgewidmet werden können. Der Schätzwert der insgesamt 147.898 m² beträgt 481.295 Euro.

KÄRNTEN

Überregionale **Kinderbetreuung**

Im überregionalen Kinderbetreuungszentrum in Fischertratten wird eine Rundumbetreuung für Kinder von ein bis sechs Jahren angeboten. Das Kinderbetreuungszentrum besteht aus einem viergruppigen Kindergarten und einer zweigruppigen Kindertagesstätte. In den Ferien gibt es eine Sommerbetreuung für alle Kinder und auch für Schüler. Vorbildhaft ist auch die Flexibilität der Betreuungszeiten.
„Ein Kind braucht seine Eltern. Eltern und Familie sind die wichtigsten Bezugspersonen eines Kindes. Unverzichtbar sind aber auch Bildungseinrichtungen für unsere Jüngsten, in denen sie liebevoll und altersentsprechend nach ihren Talenten und Vorlieben gefördert werden", betonte Gemeindereferentin Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig bei einem Besuch.

Kindergartenleiterin Heike Pirker, Bürgermeister Klaus Rüscher, Landeshauptmann-Stv. Gaby Schaunig und Amtsleiter Friedrich Pöllinger

Neue Natura-2000-Schutzgebiete

In Kärnten gibt es zwei neue Natura-2000-Schutzgebiete. Das erste ist das 24,4-Hektar-Gebiet zwischen der Gurkbrücke am östlichen Siedlungsrand Grafensteins bis zur Gurkmündung in die Drau. Die Gurk verfügt in diesem Abschnitt über einen sehr guten fischökologischen Zustand.
Ebenso als Schutzgebiet ausgewiesen wird ein 6,1 Hektar großes Gebiet zwischen der Stadt Radenthein und der Erdmannsiedlung: In diesem Bereich existiert das repräsentativste Vorkommen des Grünspitz-Streifenfarns in Kärnten, einer geschützten Pflanze.

NIEDERÖSTERREICH

Ziele des Gesetzes sind eine übersichtliche Struktur, Demokratisierung und die Stärkung der Funktionäre.

Neues **Feuerwehrgesetz** beschlossen

Das niederösterreichische Feuerwehrgesetz 2015 tritt mit 1. Jänner 2016 in Kraft.
Mit der Einführung der Organstellung der Bezirksfeuerwehrkommandanten und Abschnittsfeuerwehrkommandanten wurde die Eigenverantwortung und Selbstständigkeit dieser Funktionäre bei der Führung ihrer Geschäfte gestärkt.
Die bisherige Trennung von Feuer- und Gefahrenpolizei entfällt.
Der Umfang der feuerpolizeilichen Beschau wurde neu definiert und umfasst im Wesentlichen die Überprüfung der Einhaltung feuerpolizeilicher Vorschriften und Vorschreibungen nach dem Feuerwehrgesetz. Im Bereich der Überprüfungs- und Kehrtätigkeiten des Rauchfangkehrers wurde der Überprüfungsumfang auf jene Gegenstände und Tätigkeiten eingeschränkt, die sicherheitsrelevant sind bzw. der unmittelbaren Abwehr von Brandgefahren dienen.

Zufriedene Radfahrer

Niederösterreich wird als sehr radfahrfreundlich wahrgenommen. Das ergibt eine aktuelle, vom Verkehrsklub Österreich (VCÖ) in Auftrag gegebene Umfrage unter Radfahrern. Grund dafür sind verbesserte Bedingungen zum Radfahren und eine verbesserte Radinfrastruktur. Niederösterreich investiert jährlich mehrere Millionen Euro, um Gemeinden beim Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zu unterstützen. Finanziert werden innerörtliche Radwege, der Ausbau des Radwegenetzes zwischen den Gemeinden und der Bau von Radbrücken.

OBERÖSTERREICH

Essbare Landschaft

In Ottensheim eröffnete die erste „essbare Landschaft“ Österreichs. Was es in Deutschland schon mehrfach gibt, startete mit der „Kostbaren Landschaft Ottensheim“ auch hierzulande.
Seit 2014 wird am Projekt „Kostbare Landschaften Ottensheim“ gearbeitet. Das Projekt möchte im Besonderen die Menschen und ihre Grundbedürfnisse nach Kommunikation, guter Nahrung, Kreativität und gesunder Umwelt in den Fokus stellen. Die Bevölkerung wurde von Anfang an in die Planung eingebunden. Gemeinsam wurde beispielsweise ein Lehmofen gebaut sowie 16 Beerensträucher gepflanzt.

www.kostbare-landschaften.net

Bürgermeisterin Ulrike Böker mit Projektverantwortlichen und Landesrat Rudi Anschober.

Regionalbahnen sollen bleiben

„Die Politik hat sich dazu verpflichtet, die Regional- und Lokalbahnen in Oberösterreich auszubauen und zu modernisieren, anstatt dem Beispiel anderer Länder zu folgen, die diese regional so wichtigen Bahnverbindungen verfallen lassen und letztendlich zusperren müssen.“ Das erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer bei der Eröffnung des neuen Bahnhofgebäudes Attersee, das an der Attergaubahn liegt.
Unterstützt wird die Aussage Entholzers durch eine Umfrage des Forschungsinstituts SORA. Derzufolge sehen 83 Prozent der Oberösterreich den Erhalt und Ausbau der Regionalbahnen als wichtigste Aufgabe der Verkehrspolitik. Die nunmehr abgeschlossenen Arbeiten sollen die Attergaubahn als bedeutende regionale Schienenverbindung fit für die Zukunft machen.

FOTOS/V Bgld. Landesmedienservice, Büro LHStv.in Schaunig, Baldauf, Ded/Land OÖ

SALZBURG

In Salzburg-Stadt ist die Betreuung meist teurer.

Kosten für Kinderbetreuung **regional unterschiedlich**

Die Preise, die Salzburger Eltern für die Betreuung ihrer Kinder zahlen müssen, sind von Region zu Region sehr unterschiedlich. Besonders hoch sind die Differenzen zwischen der Stadt Salzburg und den Landregionen. Das zeigt eine Studie, die vom Land in Auftrag gegeben wurde.
So beträgt der mittlere Tarif bei den Krabbelgruppen in der Stadt Salzburg 385 Euro, in den Landregionen hingegen nur 117 Euro (Flachgau, Tennengau) beziehungsweise 133 Euro (Lungau, Pinzgau, Pongau). Die Tarife der alterserweiterten Gruppen klaffen mit 415 Euro in der Stadt Salzburg und rund 125 Euro in den Landbezirken sogar noch weiter auseinander.
Bei den Kindergärten gibt es hingegen nur geringe Unterschiede.

Gehälter in Kindergärten

Im Land Salzburg gibt es – siehe oben – nicht nur große Kostenunterschiede bei der Kinderbetreuung, auch die Gehälter der Kindergartenpädagoginnen werden in Zukunft stark differieren Nach zehn Jahren Verhandlungen haben sich das Land und die Gemeinden über ein neues Gehaltsschema geeinigt. Dieses bringt den rund 1000 Pädagoginnen in den Gemeindekindergärten deutlich mehr Geld. Das ist den privaten Trägern von Kindergärten ein Dorn im Auge. Deren Angestellte verdienen zukünftig 300 bis 400 Euro pro Monat weniger als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Gemeindekindergärten. Deswegen fürchten die Privaten, dass ihnen das Personal davonläuft. Auch die SPÖ sieht einen Wettbewerbsnachteil für private Kindergärten und verlangt, dass alle Fachkräfte gleich bezahlt werden sollen.

STEIERMARK

GEMEINdeSAM für Kinder- und Jugendfreundlichkeit

Ziel des „GEMEINdeSAM" ist, Impulse in den steirischen Gemeinden zu setzen, damit eine innovative Kinder- und Jugendpolitik fortgesetzt wird bzw. erste Aktivitäten in diese Richtung angeregt werden.

Kategorie 2 – Gemeinden zwischen 2501 und 5000 Einwohner
Markt Hartmannsdorf
Stattegg
St. Michael in der Obersteiermark

Siegerehrung in Graz.

Die Sieger
Kategorie 1 – Gemeinden bis 2500 Einwohner
Bad Gleichenberg
Vorau
Deutsch Goritz

Kategorie 3 – Gemeinden über 5000 Einwohner
Knittelfeld
Weiz
Kapfenberg,

www.gemeindesam.org

Brandgefährliche Photovoltaik

In der Steiermark wurden kürzlich zwei Großbrände durch defekte Photovoltaikanlagen ausgelöst. Die Löscharbeiten waren schwierig, weil die Anlagen nicht einfach abgeschaltet werden können. Auch wenn die Montage fachmännisch gemacht wurde, kann die Anlage im Fall eines Feuers zur Gefahrenquelle werden. „Die Leitungen, die von den Photovoltaikzellen wegführen, stehen ständig unter hoher Spannung. Die Einsatzkräfte haben keine Möglichkeit, die Stromversorgung der Leitungen zu deaktivieren", sagt Herbert Hasenbichler, Geschäftsführer der Landesstelle für Brandverhütung, in der Kleinen Zeitung.

TIROL

Die Bürgermeister des Zillertals können sich künftig über zwei Millionen Euro jährlich an Wertschöpfungsbeitrag freuen.

Gemeinden sollen von **Wasserkraft** profitieren

Der Verbund beabsichtigt, seine Kraftwerksanlagen im Zillertal in den kommenden Jahren zu erneuern. Der aus dem Jahr 1969 stammenden „Zillertalvertrag" zur Abgeltung nicht messbarer Schäden durch die Wasserkraftnutzung wurde nun durch einen weiteren Vertrag ergänzt. „Mit dem ‚Zillertalvertrag II' ist fixiert, dass die 24 Gemeinden des Planungsverbandes Zillertal auch die möglichen unmessbaren Beeinträchtigungen, die durch die geplanten Modernisierungen und Erweiterungen der Kraftwerksanlagen entstehen, abgegolten bekommen", erklärt der Tiroler Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler.

Finanzlage der Gemeinden

Die Tiroler Gemeinden wiesen im Jahr 2014 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1105 Euro pro Einwohner auf. 2013 erzielten die Tiroler Gemeinden bei einem Vergleich mit den anderen Bundesländern mit 1099 Euro pro Einwohner den bundesweit geringsten Wert. Der durchschnittliche Österreich-Wert lag bei 1697 Euro. Im Vergleich dazu betragen die Staatsschulden etwa 38.232 Euro pro Österreicher. Aktuelle Gemeinde-Vergleichsdaten für das Jahr 2014 aus anderen Bundesländern liegen derzeit noch nicht vor. Der Schuldenstand der Tiroler Gemeinden ist leicht gestiegen: von 779,5 Millionen Euro im Jahr 2013 auf 790,5 Millionen Euro.

www.tirol.gv.at/tirol-europa/gemeinden
Bericht zur Finanzlage der Tiroler Gemeinden

VORARLBERG

1,9 Millionen für **Wasserinfrastruktur**

Für sieben Projekte im Bereich Siedlungswasserbau hat die Landesregierung in Summe knapp 1,9 Millionen Euro freigegeben. Die Mittel fließen in die Erneuerung und in den Ausbau von fünf Abwasserbeseitigungsanlagen und zwei Wasserversorgungsanlagen in mehreren Gemeinden und Städten.

- In Dornbirn werden drei Abwasserbeseitigungsanlagen um mehr als 1,1 Millionen Euro erneuert bzw. erweitert.
- Das Projekt in Feldkirch sieht die Erschließung von Grundstücken in der Parzelle Bergäcker im Stadtteil Nofels vor.
- In Bregenz soll die bestehende zentrale Abwasserreinigungsanlage erneuert werden.
- In Raggal und Laterns wiederum werden Projekte im Bereich Wasserversorgung finanziell unterstützt.

Wasserwirtschaftliche Infrastrukturprojekte sind für die Gemeinden mit einem beachtlichen Kostenaufwand verbunden.

Kindgerechte Lebensräume

Auf Basis des 2009 im Landtag verabschiedeten Spielraumgesetzes haben bis heute insgesamt 45 Vorarlberger Gemeinden ein Spiel- und Freiraumkonzept beschlossen. Die Landesregierung hat erneut in Summe knapp 59.000 Euro für zwei Projekte in Aussicht gestellt. Zur Neugestaltung des Spiel- und Pausenhofes bei der Volksschule Rankweil-Brederis wurden Beteiligungsworkshops durchgeführt. Kinder und Erwachsene haben dazu Vorschläge eingebracht, eine Landschaftsarchitektin hat daraus ein Gestaltungskonzept entwickelt. In Meiningen soll die in die Jahre gekommene Anlage beim Sportplatz umgebaut werden.

FOTOS: Sergey Novikov/shutterstock, LOGO, Verbund, Stefano Carniccio/shutterstock

BLICK ÜBER DIE GRENZE

LAND HILFT BEI DER STRASSEN-INSTANDHALTUNG

Die Autonome Provinz Bozen Südtirol wird den Gemeinden bei der Straßeninstandhaltung helfen. Bei der letzten Sitzung der Landesregierung wurde beschlossen, für die Asphaltierung von Gemeindestraßen noch heuer zwei Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Mit dem Geld sollen die dringendsten Instandhaltungsarbeiten finanziert werden.

Landesweit benötigen rund 600 Kilometer an Gemeindestraßen in Südtirol eine neue Asphaltierung. Weil viele Gemeinden finanziell überfordert sind, hat die Landesregierung beschlossen, diese bei der Straßeninstandhaltung zu unterstützen. „Diese zwei Millionen sind für jene Straßen vorgesehen, die dringender Instandhaltungsarbeiten bedürfen“, sagt Landeshauptmann Arno Kompatscher. Zudem erklärte sich die Landesregierung bereit, über den Straßendienst für die Ausschreibung, Projektierung und Durchführung der Arbeiten zu sorgen. „Damit können die Arbeiten landesweit ausgeschrieben werden und die Durchführung ist kostengünstiger und schneller zu bewerkstelligen. Dies kann die Gemeindekassen zusätzlich entlasten“, erklärt der für die Gemeinden zuständige Landesrat Arnold Schuler.
Nicht zuletzt sprach sich die Landesregierung für die Erarbeitung eines Mehrjahresplanes aus. In diesem sollten die notwendigen Arbeiten nach Priorität aufgelistet werden. Die 600 Kilometer sollten dann in etwa sechs Jahren neu asphaltiert sein. „Eine solche Programmierung stellt sicher, dass der Straßenbelag über die Jahre hinweg periodisch erneuert wird. Außerdem entsteht damit Planungssicherheit und ein Investitionsstau wird verhindert“, so Landesrat Schuler.
Der Präsident des Gemeindenverbandes, Andreas Schatzer, zeigt sich zufrieden. „Wir haben bereits mehrfach auf das Problem hingewiesen. Die Instandhaltung der Straßen ist eine sehr kostenaufwändige Angelegenheit. Besonders Berggemeinden mit einem ausgedehnten Territorium stoßen an ihre finanziellen Grenzen. Allein schon der Winterdienst bringt viele dieser Gemeinden in Not. Für die außerordentliche Instandhaltung fehlt dann oft das Geld. Mit diesem neuen, auf mehrere Jahre ausgelegten Programm wollen wir nun zusammen mit dem Straßendienst des Landes sicherstellen, dass die notwendigen Arbeiten durchgeführt werden. Auch eine ordentliche Straße prägt das Erscheinungsbild eines Ortes und trägt damit zum Image einer Gemeinde bei“, so Schatzer.

INFORMATIONEN
Südtiroler Gemeindenverband
Tel. +39 0471 304655
presse@gvcc.net

PERSONALIA

Thomas Oberbeirsteiner neu im Amt

WATTENS// Die in Innsbruck-Land gelegene Gemeinde Wattens hat am 6. Juli 2015 ein neues Gemeindeoberhaupt bekommen. In der Gemeinderatssitzung wurde Thomas Oberbeirsteiner mit 16 Stimmen zum Bürgermeister gewählt, insgesamt gab es drei Enthaltungen bei der Wahl. Somit übernimmt Oberbeirsteiner das Amt seines Vorgängers Franz Troppmair, der 18 Jahre lang das Bürgermeisteramt ausübte. „Wichtig ist es mir vor allem, die Kontinuität in der Gemeinde beizubehalten“, so Oberbeirsteiner. Sein Vorgänger hat bereits einige Projekte geplant, die es nun gilt, in die Tat umzusetzen.

Gerhard Altziebler gewählt

FRESACH// Gerhard Altziebler ist neues Gemeindeoberhaupt im kärntnerischen Fresach. Seit 2009 war Altziebler bereits Vizebürgermeister der Gemeinde. Von April bis Oktober 2014 vertrat er den ehemaligen Bürgermeister Walter Bernsteiner. Bei den Wahlen im März konnte der 38-Jährige 51,69 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt 87 Prozent für sich verbuchen. Fresach lag 17 Jahre lang in den Händen von Walter Bernsteiner, der 2014 seiner Gesundheit zuliebe als Bürgermeister zurücktrat.

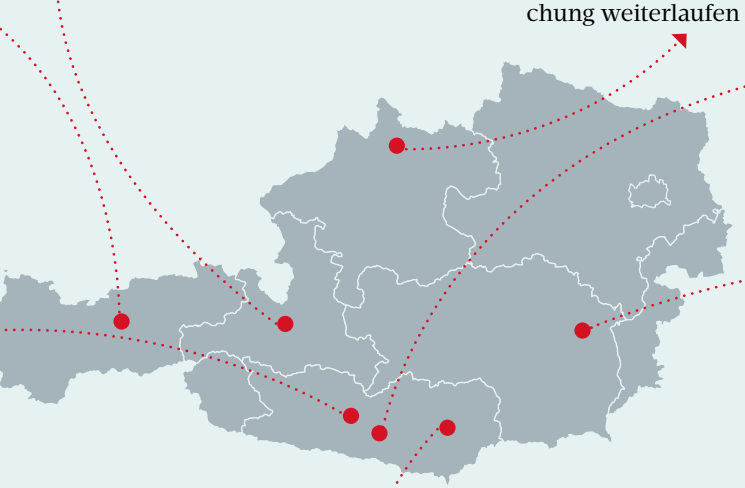
Rücktritt

LEND// 22 Jahre stand Peter Eder „seiner“ Gemeinde Lend im Pinzgau vor. 2014 bestritt er noch eine Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl, nun hat er sich aber aus gesundheitlichen Gründen entschieden, sein Amt an der Spitze der Gemeinde zurückzulegen. Der 68-Jährige wird sein Amt aber noch bis Ende Oktober 2015, bis zu den Bürgermeisterwahlen, ausüben.

Johann Reiter ist neuer Ortschef

ARNREIT// Seit der außerordentlichen Gemeinderatssitzung am 19. Mai 2015 gibt es in Arnreit, Oberösterreich, einen neuen Bürgermeister. Mit dem Rücktritt von Johann Reiter, der 13 Jahre die Geschicke von Arnreit lenkte, sollte frischer und vor allem jüngerer Wind in die Gemeinde kommen.

Sein Parteikollege und bisherige Vizebürgermeister Heinz Kobler wurde einstimmig vom Gemeinderat zum neuen Bürgermeister gewählt. Für Kobler war die Übergabe lange geplant: „Wir haben schon vorher längere Gespräche geführt, es war also keine Überraschung. Die Übergabe war geordnet, sodass die Gemeindegeschäfte ohne Unterbrechung weiterlaufen konnten.“



Günther Albel folgt Helmut Manzenreiter

VILLACH// In Villach ging mit den Kommunalwahlen im März 2015 eine Ära zu Ende. Alt-Bürgermeister Helmut Manzenreiter (SPÖ), der seit 1987 die Geschicke der Stadt leitete, kündigte schon im Vorfeld an, sich aus der Politik zurückziehen zu wollen. Parteikollege und Spitzenkandidat Günther Albel erreichte bei den Bürgermeisterwahlen über 55 Prozent und folgte damit Manzenreiter ins Amt nach. Auch über die Gemeinderatswahlen konnten sich die Sozialdemokraten freuen: Albel schaffte es, seiner Partei mit 23 Mandaten im Stadtsenat die absolute Mehrheit zurückzuholen: „Das ist für mich der Beweis, dass der bisherige Villacher Erfolgsweg richtig war und von den Bürgern auch entsprechend anerkannt wird.“

In der Zukunft erhofft sich der 41-Jährige für Villach, dass der Erfolg der Stadt nicht nur gehalten, sondern sogar ausgebaut werden kann:

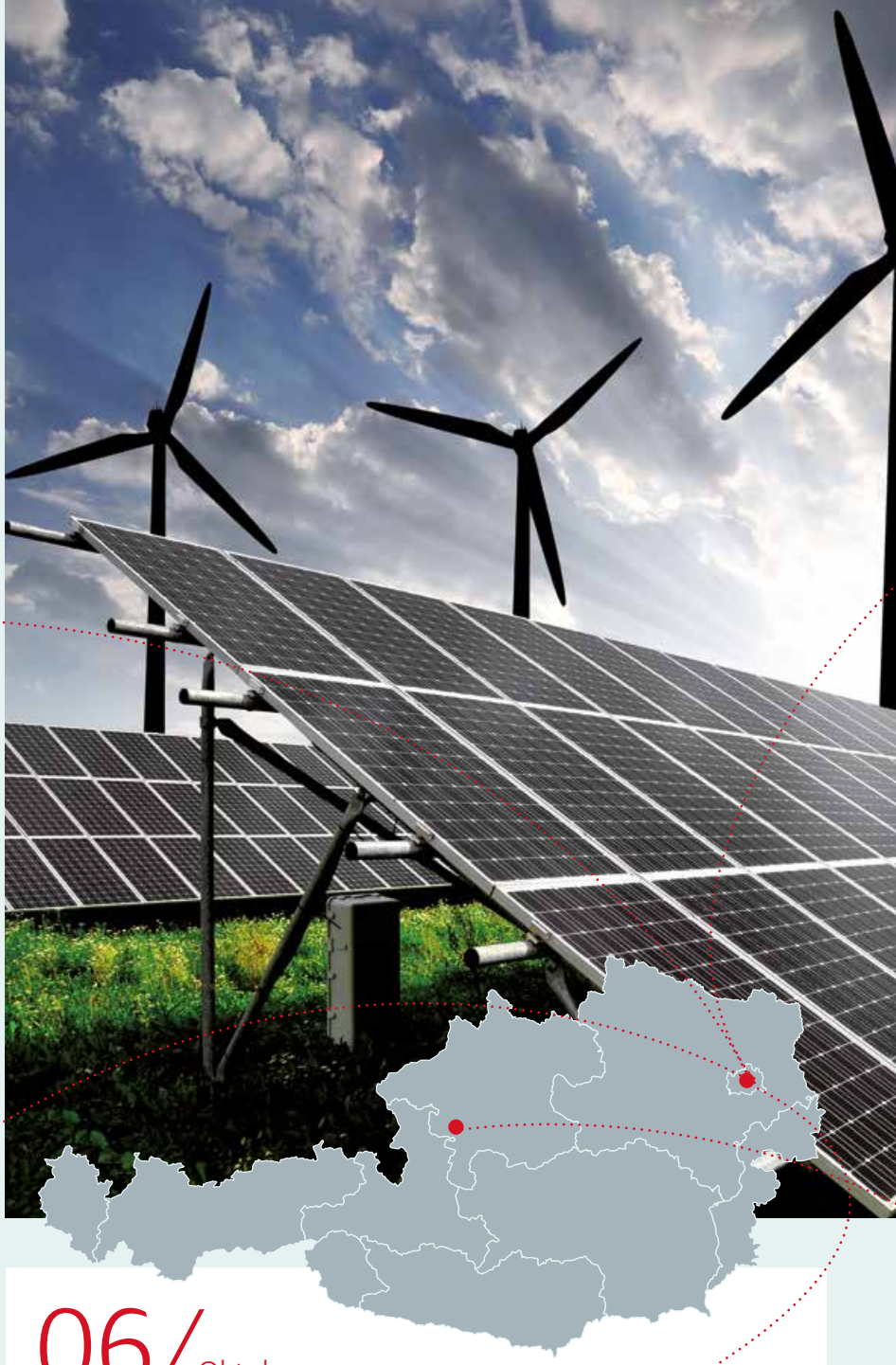
Wechsel nach 40 Jahren

BRÜCKL// Im Zuge der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in der Kärntner Gemeinde Brückl kam es schon im März zu einer Stichwahl, die für viel Gerede sorgte, weil nach 40 Jahren das „rote“ Brückl von der FPÖ erobert werden könnte. Bei der Stichwahl entschieden sich die Bürger dann aber doch für SPÖ-Spitzenkandidat Burkhard Trummer. Trotz einer neuen roten Gemeindespitze musste die Partei aber Stimmen einbüßen.

Trauer um Hans Graf

NAAS// Die steirische Gemeinde Naas im Bezirk Weiz musste am 20. Juli 2015 einen tragischen Verlust verkraften. Bürgermeister Hans Graf ist zu Hause an den Folgen eines Herzinfarkts verstorben. Die Reanimation blieb erfolglos, für ihn kam jede Hilfe zu spät. Graf übte sein Bürgermeisteramt seit dem Jahr 2004 aus, seit 1991 war er zudem Bezirksgeschäftsführer der ÖVP Weiz. Der Langzeitbürgermeister und Familienvater hinterlässt seine trauernde Ehefrau Maria sowie vier erwachsene Kinder und zwei Enkel.

TERMINE IM HERBST



16/ September

Klima- und Energiemodellregionen:

Pioniere der Energiewende

Wie genau sieht ein neues, unabhängiges System ohne Fossilenergie aus? Wer finanziert die Transformation? Welche Finanzierungsmodelle gibt es? Welchen Einfluss haben die Modellregionen als Vorreiter auf europäischer Ebene? Was kann Österreich von Projekten aus anderen Ländern lernen?

www.klimafonds.gv.at/veranstaltungen/anmeldung
Ort: Wien, Aula der Wissenschaften

17-18/ September

klimaaktiv-Konferenz

Energie- und Mobilitätswende gemeinsam gestalten

Im Fokus stehen vor allem die Themen Bauen & Sanieren und klimafreundliche Mobilität. Es erwarten Sie internationale Redner wie Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und der Zukunftsforscher Stephan Rammler, vielfältige Informationen u. a. aus den Bereichen Forschung und Förderungen, Workshops und Exkursionen.

www.klimaaktiv.at/konferenz2015
Ort: Wien, Wirtschaftskammer Österreich

06/ Oktober

Kosten – Preis – Qualität: Chancen und Risiken für den Trockenbau

Investoren streben nach rentablen Immobilien, Architekten schaffen herausragende Formensprache, Facility Manager zielen auf minimale Energiekosten und die Nutzer wollen möglichst bald einziehen. Wie Trockenbau-Unternehmen in diesem Spannungsfeld erfolgreich bestehen können, steht im Mittelpunkt des 1. VÖTB Forums. Unter der Leitung von Dr. Gisela Gary diskutieren u. a. Univ.-Prof. Dr. Alfred Pfabigan, Abg. z. NR Beppo Muchitsch, ÖSW-Vorstand DI Michael Pech und VÖTB-Präsident Gregor Todt.

1. VÖTB Forum
6. Oktober 2015

http://voetb.at
Ort: Wien.

FOTOS: Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

Alternative Energieformen boomen. Gut gewappnet für die Zukunft setzt Österreich auf erneuerbare Energien.

11 / November

Wildbach-aufseher/in

Ziel des ÖWAV-Kurses „Ausbildungskurs zur/zum WildbachaufseherIn“ von 11. bis 13. November ist die Schulung von Wildbachaufsichtsorganen. Die umfassende Ausbildung deckt alle relevanten Inhalte ab, wobei das Wissen praxisnahe mit ausreichend Zeit im Gelände vermittelt wird.

www.website.at
Ort: Gmunden

21 / September

Ausschreibung ÖGUT Umweltpreis 2015

Die ÖGUT feiert ihr 30-jähriges Bestehen. Wissen sollte zum Einsatz kommen, angewendet werden, Praxis werden. Einen Schwerpunkt dieses Jubiläums bildet daher der ÖGUT Umweltpreis, der die VorreiterInnen und Vorbilder bei der praktischen Umsetzung von Wissen in Handeln auszeichnet: Projekte und Persönlichkeiten im Bereich Umwelt, Nachhaltigkeit und Gesellschaft können sich bis **21. September** in insgesamt sechs Kategorien **bewerben**. Ziel der Auszeichnung ist es, herausragende Persönlichkeiten, innovative Produkte, Dienstleistungen, Initiativen und Projekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung und Gesellschaft einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Umweltpreis 2015 wird in folgenden Kategorien vergeben:

* **Frauen in der Umwelttechnik** (Sponsor: bmvit)
* **Nachhaltige Kommune** (Sponsor: Österreichischer Städtebund)
* **Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement** (Sponsor: Lebensministerium)
* **„Stadt der Zukunft“** (mit Unterstützung des bmvit)
* **Zukunftsfähiger Materialeinsatz in der Produktion** (Sponsor: Coca-Cola Hellenic Austria)
* **Energie studieren – Talenteförderpreis des Landes NÖ** (Sponsor: Land Niederösterreich)
* Zusätzlich wird der **Businessart/Lebensart-Sonderpreis** verliehen. Die Einreichung zum Sonderpreis erfolgt automatisch mit der Einreichung zu einer der Kategorien.

Die Entscheidung über die Auszeichnungen werden von zwei unabhängigen ExpertInnenjurys im Oktober getroffen. Die Preisverleihung findet im Rahmen des ÖGUT-Jahresempfangs am 25. November statt.

www.oegut.at/de/events/umweltpreis/
Ort: Wien.

16 / September

Österreichischer Verwaltungspreis 2016

Das Bundeskanzleramt schreibt den Österreichischen Verwaltungspreis 2016 aus. Damit werden zukunftsweisende Projekte der Gemeinden, Länder und der Bundesverwaltung prämiert. Teilnehmende Verwaltungen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten die Gelegenheit, ihre exzellenten Leistungen der breiten Öffentlichkeit vorzustellen.
Alle öffentlichen Verwaltungen Österreichs sind eingeladen, sich mit ihren innovativen Projekten in folgenden Kategorien zu bewerben:

1. Moderne Steuerung
2. Dienstleistungen in neuem Design
3. Innovative Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern
4. Gender, Diversity und Integration

Nutzen Sie die Chance und bewerben Sie sich bis zum **16. September 2015** mit Ihren innovativen Projekten!

www.oeffentlicherdienst.gv.at/verwaltungsinnovation
Hier finden Sie nähere Informationen zum Verwaltungspreis sowie den Link zum Online-Bewerbungsformular – Unterpunkt „Wettbewerbe“.

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Ein-Hund-Politik in Shanghai und Peking

Die Ein-Kind-Politik gibt es in China schon länger. Nach deren Vorbild wurde im Jahr 2011 in der Millionenmetropole Shanghai eine Ein-Hund-Politik eingeführt. In Peking gibt es die Ein-Hund-Politik sogar schon seit 2006.

In Shanghai müssen Welpen bis zum Alter von drei Monaten abgegeben werden, wenn im Haushalt bereits ein Hund lebt. Diese Maßnahme beschloss die Regierung schon vor längerem aufgrund der Verschmutzung, die durch die zahlreichen Haustiere ausgelöst wird. Ihre Ausscheidungen sollen ein zunehmendes Problem für die Umwelt gewesen sein. Geschätzt lebten im Jahr 2011 in Shanghai 800.000 Hunde, rund drei Viertel davon waren jedoch nicht registriert.

Hundebesitzer, die bereits vor dem Gesetzesbeschluss mehr als nur einen Hund hielten, mussten nicht um ihre Liebsten fürchten. Jene Hunde, die bereits zuvor registriert waren, durften auch weiterhin behalten werden.

www.derstandard.at
www.welt.de
https://en.wikipedia.org

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

62. Gemeindetag und Kommunalmesse 2015

Der Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse sind das kommunalpolitische Event des Jahres 2015. Wir bringen alle Details.

ARBEIT & GESTALTEN

Thema „Winter“

Der Winterdienst der Gemeinden beginnt im Sommer. Trotz oft glühender Hitze zerbrechen sich die Verantwortlichen in den Gemeinden jetzt den Kopf über Schneeräumung und Co.

Videodolmetschen in Gemeinden

Kommunikation ist in einer globalisierten Welt alles. Gerade die Gemeinden sind mit einer fast babylonischen Sprtachenvielfalt konfrontiert. Wir stellen Pilotprojekte vor.

KOMMUNAL 10c/2015 erscheint am 30. 09.2015

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller politischer Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund),Mag. Amra Ducis (BM für Europa, Integration und Äußeres), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Arnold Obermayr (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Johannes Pasqual (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage 35.854 (rollierender Jahresdurchschnitt 2013/2014)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

KOMMUNALMESSE 2015

www.diekommunalmesse.at

9.-11. September 2015, Messe Wien, Halle C

Im Rahmen des 62. Österreichischen Gemeindetages

Jetzt informieren!

www.diekommunalmesse.at

LEBENSRÄUME SCHAFFEN

ZUKUNFT GESTALTEN

- 14.000 m² Ausstellungsfläche
- mehr als 150 Aussteller aus allen Branchen
- Partner und Experten für erfolgreiche Kommunalprojekte
- Hoher Praxisbezug

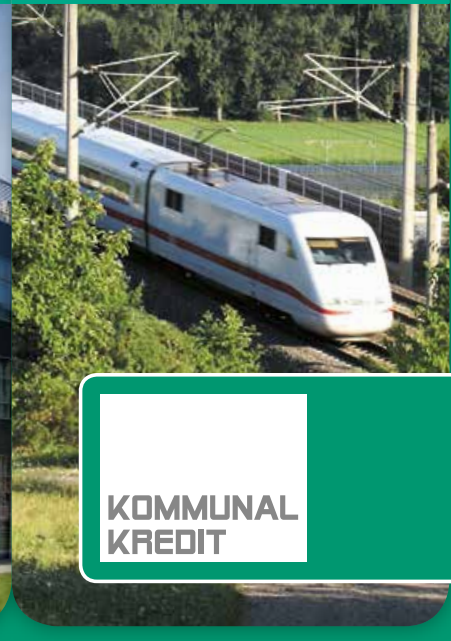
UNSERE PROJEKTBERATUNG FÜR ÖSTERREICHS INFRASTRUKTUR.

Investitionen in öffentliche Infrastruktur sind ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Zukunft. Die Expertinnen und Experten der Kommunalkredit Austria sorgen mit ihrem Know-how und ihrer Erfahrung dafür, dass Ihr Vorhaben nachhaltig erfolgreich wird – ob im Segment **soziale Infrastruktur, Energie** und **Umwelt** oder **Verkehr**. Von der Strukturierung über die ideale Finanzplanung bis hin zum Projektmanagement stehen wir **Städten, Gemeinden** und **Unternehmen** verlässlich zur Seite.

ENERGIE & UMWELT

SOZIALE INFRASTRUKTUR

VERKEHR



KOMMUNAL KREDIT

ÖSTERREICHS BANK FÜR INFRASTRUKTUR
INFRA BANKING EXPERTS

www.kommunalkredit.at